

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. März 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Interaktions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
geile oder deren Raum 50 Pfg. für  
politische und gewerkschaftliche Berichts-  
und Berichtigungs-Anzeigen 80 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (voll-  
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schloß-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegraphen-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis: pränumerando:  
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich. Ausland  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Kurland, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

## Der 18. März.

Am dritten Jahrestage der Revolution, 1851, als ganz Deutschland unter der Schmach der infamen Konterrevolution ächzte, ließ Ferdinand Freiligrath die Revolution sprechen:

Die Zukunft, die nicht fern mehr ist! Sie spricht mit dreifem Prophezeien  
So gut wie weiland unser Gott: Ich war, ich bin — ich werde sein!

Mit welchem Spott und Hohn mögen es damals die Nachthaber vernommen haben. War nicht alles vorbei, sahen sie nicht wieder fest im Sattel; deckten nicht die Gräber längst das modernste Gebein der Rebellen? Hatte nicht der Spießbürger den Schloßknüttel für immer vernichtet? Herrschte nicht wieder Ruhe und Ordnung weit und breit? Rochte der Dichter im Exil immerhin drohen und prophezeien; eine gute Zensur wachte darüber, daß seine Worte nicht die Schläfer weckten. Ach und es war ja so wenig Gefahr, daß sie erwachten! Das „tolle Jahr“ war nur noch ein böser Traum. — Und heute? Heute nach sechzig Jahren schlagen Millionen Herzen zuberstichtlich, wenn der Revolution stolze Losung widerhallt:

Ich war, ich bin — ich werde sein!

Ich werde sein, und wiederum voraus den Völkern werd' ich gehn!  
Auf eurem Raden, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich stehn!

Heute wissen die Nachthaber genau, daß die Welt schwanger ist mit einer Revolution, gegen die 1848 ein Kinderspiel war. Sie wissen, daß es kein Entrinnen gibt und bauen nur noch auf die rohe Gewalt, auf die Platte, die schließt, und den Säbel, der haut. Oder sie tun wenigstens, als ob sie's glauben. Denn sie wissen sehr wohl, daß zu dem Arm, der die Platte regiert und den Säbel, ein Kopf gehört und daß Tag für Tag in den Köpfen die Gedanken klarer werden. Sie wissen ferner, daß seitdem ein anderes Dichtervort erprobt ist, das Wort „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, daß dieses Wort die Drohung eines furchtbaren Kampfes enthält, eines Kampfes, in dem selbst die Schnellfeuergeschütze und Kleinkalibrigen versagen.

Das Jahr 1848 kehrt nicht wieder — zum Unglück für die Regierenden. Es ist nicht mehr getan mit einer Attacke der Dragoner und der Garde gegen einen wehrlosen Haufen, nicht mehr mit dem Sturm auf ein paar Dugend Barrikaden. Wenn das nächstemal das revolutionäre Gewitter sich entläßt, wenn die Welt in Flammen aufgeht, dann helfen keine Worte mehr und keine theatralischen Umsüge mit der schwarz-rot-goldenen Fahne. Denn die Proletarier, die dann dem Rufe der Revolution folgen, die gehen nicht mehr den salbungsvollen Schwägern auf den Leim.

Freilich, auch die Machtmittel der herrschenden Klasse sind unendlich viel größer und vor allem diese herrschende Klasse ist in sich fester gefügt, denn je. Wohl tobt „der Kampf um den Platz am Futtertrog“; doch besteht darüber kein Zweifel, daß im Ernstfalle von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten des bürgerlichen Lagers alles zusammensteht gegen das Proletariat. Für uns in Deutschland vor allem wäre ein Zweifel daran lächerlich. Haben wir doch in den Jahren des Sozialistengesetzes die Probe aufs Exempel gemacht, als wir die Söhne der Leuchten von Frankfurt in Reich und Glied gegen die Arbeiter sahen. Waren wir doch in den letzten Jahren Zeugen des wider-natürlichen Bündnisses zwischen Freisinn und Stodreaktionären; haben wir uns doch jetzt an dem erhebenden Schauspiel der Bruderliebe zwischen den katholischen Pfaffen und den „Kulturkämpfern“ von gestern. Wo derartige Kombinationen bürgerlicher Parteien möglich geworden sind, wo bei diesen Parteien jedes Prinzip zum Spott und Hohn geworden ist, da wäre es ja der Gipfel der Lächerlichkeit anzunehmen, daß bei dem Kampfe des Proletariats um die elementarste Gerechtigkeit ein Teil des Bürgertums sich aus Prinzip auf die Seite des Proletariats schlägt. Wir haben auch die Probe aufs Exempel gemacht: die Schmach des preussischen Wahlrechts galt es zu beseitigen, des Wahlrechts, das ein Hohn auf die zahllosen Wünsche des Bürgertums von 1848 ist. Wo sind — fragen wir — die Söhne der achtundvierziger Bürger in diesem Kampf? Sie haben durch den Skandal der Annullierung der Berliner Mandate die klare Antwort gegeben. Und um noch etwas dem Bilde hinzuzufügen: es gab ja vor 1848 die Affäre der „Göttinger Sieben“, die die Gebildeten Deutschlands in Harnisch brachte. Heute — heute haben wir als Ersatz das Geschwäh um den Modernisteneid und den Stank Bernhard-Sering.

Das ist der augenfällige Unterschied zwischen Anno 1848 und heute. Es ist undenkbar, daß sich Proletariat und Bürgertum zusammenfinden. Zwei Menschenalter nur sind

vergangen und der Klassengegensatz ist unüberbrückbar geworden. Die Bourgeoisie Deutschlands hat 1848 nicht nur an der Sache des Volkes Verrat begangen, sondern an sich selbst, aber diese Bourgeoisie hat heute noch viel weniger die Fähigkeit, mit den schlimmsten Auswüchsen des Junker- und des Polizeiregimes aufzuräumen.

Da aber dieses Regime tagtäglich den Jorn des Proletariats reizt, so gibt es kein Entrinnen, gibt es keine Lösung — als durch die Aufhebung der Klassengegensätze, das Endziel des proletarischen Kampfes.

Als Kämpfer aber gedenken wir heute der früheren Kämpfe. Will es, daß wir am 18. März den Opfern der letzten bürgerlichen und den Kämpfern der ersten proletarischen Revolution die Ehre erweisen.

Der Zufall liegt nur in der Uebereinstimmung des Datums, denn im Grunde genommen war der Krieg von 1870 nur die Konsequenz der unvollendeten Revolution von 1848. Das einzige Deutschland, das die Bourgeoisie brauchte wie das liebe Brot, hatte sie 1848 verschwächt und verdröhelt. Die folgenden zwei Jahrzehnte machten die Notwendigkeit dieser Einheit noch handgreiflicher: es waren alle Schranken für die kapitalistische Entfaltung gefallen, bis auf die eine — die Kleinstaaterei. Deshalb wurde der Junker Bismarck, trotzdem er das Bürgertum so herzlich verachtete, zum Nationalhelden dieses Bürgertums, als er auf anderem Wege, durch Ausdehnung des preussischen Militärstaats, diese Kleinstaaterei zu beseitigen vermochte. Aber der Machtzuwachs Preußens war eine Gefahr für das System Napoleons: die Machtstellung des französischen Kaiserreichs war basiert auf der Zersplitterung Deutschlands. Der politische Freiweiber, dem die französische Bourgeoisie nach 1848 die Macht in die Hände gespielt, und der Junker als Mandatar der 1848 hochgekommene deutschen Bourgeoisie wurden dazu gedrängt, den Völkermord zu entfesseln. Sie hatten miteinander konspiziert, bis die Verhältnisse sie dazu drängten, in einem verbrecherischen Kriege die Entscheidung herbeizuführen. Wäre die Schlacht bei Sedowa verloren worden anstatt gewonnen — heißt es in der ersten Adresse des Generalrates der Internationale über den deutsch-französischen Krieg —, französische Bataillone hätten Deutschland überschwemmt, als Verbündete Preußens. Hat Preußen nach dem Siege auch nur einen Augenblick geträumt, dem verfluchten Frankreich ein freies Deutschland gegenüberzustellen? Im Gegenteil! Es hielt ängstlich die angeborenen Schönheiten seines alten Systems aufrecht und fügte obendrein alle Anisse des zweiten Kaiserreichs hinzu, seinen wirklichen Despotismus und seine Scheindemokratie, seine politischen Blendwerke und seine finanziellen Schwindelereien, seine hochtrabenden Phrasen und seine gemeinen Taschenspielerkünste. Das bonapartistische Regime, das bisher auf einer Seite des Rheins blühte, hatte damit auf der anderen Seite sein Gegenstück erhalten. Und standen die Dinge so, was anderes konnte daraus folgen als der Krieg?

Weil die französische wie die deutsche Bourgeoisie 1848 versagt hatten, mußten 1870 die Völker sich zersprengen.

Güben und drüben erhoben die Arbeiter Protest gegen den Massenmord. Hindern konnten sie ihn leider nicht.

Und als dann die Würfel zugunsten Deutschlands fielen, als im Donner der Kanonen das bonapartistische Kaiserreich in Trümmer fiel, da galt es für die Arbeiter von Paris die Konsequenzen zu ziehen: es galt, Frankreich von neuer Schmach zu retten, es galt, dafür zu sorgen, daß samt Bonaparte die bonapartistische Bande für immer verschwand. Mit ihrem Herzblut haben die Arbeiter von Paris die Stadt gegen die Preußen verteidigt und gegen die Bande von Versailles. Wäre es nach Thiers und seinen Helfershelfern gegangen, dann wäre alles beim alten geblieben, und da die Arbeiter von Paris sich widersetzten, mußte ihr Widerstand in Blut erstickt werden. Am 18. März 1871 suchte die Versailler Bande den Verteidigern von Paris ihre Geschütze zu entreißen. Die Antwort war die Errichtung der Kommune. Im Herzen Frankreichs errichteten die Arbeiter die Diktatur des Proletariats.

Die Kommune fiel, sie mußte fallen im ungleichen Kampfe und furchtbar rächte die blutige Ordnungskanaille den heroischen Widerstand der proletarischen Männer und Frauen von Paris gegen die Verblüdung Frankreichs.

„Das Paris der Arbeiter mit seiner Kommune — schrieb der Generalrat der Internationale — wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Verteidiger hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind.“

Jahrzehnte sind vergangen. Die Machtentfaltung der kapitalistischen Bourgeoisie übertraf alle Erwartungen. Auf die Periode der Tendenz zum Nationalstaate folgte die Periode des Imperialismus. Es wird der Kapitalistenklasse zu eng

im alten Europa: es begann die kapitalistische Eroberung der Welt. Der Zusammenstoß zwischen Rußland und Japan führte zu einer Revolution, in der die Bourgeoisie abermals vollständig versagte. Mit dem Generalkrieg lief das Proletariat gegen den Absolutismus Sturm, und die Anwendung dieses Kampfmittels stempelt diese Revolution zu einer proletarischen.

Mit Sturmeseile geht die Entwicklung weiter. Mit unheimlicher Schnelligkeit vollzieht sich ununterbrochen die Proletarisierung der Völker und immer von neuem wird die Welt durch politische Konflikte beunruhigt. Die Völker starren in Waffen und jeden Tag kann die Unruhmacht der herrschenden Klassen die Kriegsjurie entfesseln. Der Krieg aber birgt heute die Revolution in sich. Das ist das Verhängnis der kapitalistischen Welt.

Bei dem Gedanken an die Revolution der Zukunft läuft den Besitzenden der Angstschweiß über den Rücken, und doch tun sie alles, müssen alles tun, um den Zusammenstoß zu beschleunigen. In Proletarierherzen aber findet jauchzenden Widerhall das Wort, das in Deutschlands finsterster Zeit der Dichter namens der Revolution in die Welt schleuderte:

Ich war, ich bin — ich werde sein!

Ich werde sein und wiederum voraus den Völkern werd' ich gehn,  
Auf eurem Raden, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich stehn.  
Befreierin und Rächerin und Richter, das Schwert entblüht,  
Ausreden den gewaltigen Arm werd' ich, daß er die Welt erlöst.

Ihr seht mich in den Kerker bloß, ihr seht mich in der Grube nur.  
Ihr seht mich nur als Zerende auf des Exiles dorn'ger Flur —  
Ihr Wüden, wohn ich denn nicht auch, wo eure Nacht ein Ende hat;  
Weißt mir nicht hinter jeder Straß, in jedem Herzen eine Statt?  
In jedem Haupt, das trotzig denkt? Das hoch und ungebeugt  
sich trägt?

Ist mein Asyl nicht jede Brust, die menschlich fühlt und menschlich  
schlägt?

Nicht jede Werkstatt, drin es pocht? nicht jede Hütte, drin es  
ächzt? —

Bin ich der Menschheit Obem nicht, die rastlos nach Befreiung  
lechzt?

Drum werd' ich sein, und wiederum voraus den Völkern werd'  
ich gehn!

Auf eurem Raden, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich  
stehn!

## Militärgeschichten.

Paris, 14. März. (Fig. Ver.)

Eine Anordnung des neuen Kriegsministers Bertheletz erregt bei der kapitalistischen Presse Verdruß. Bisher hatten die Offiziere und die Feldwebel allein das Vorrecht, in ihrer dienstfreien Zeit Zivilkleider zu tragen. Der Kriegsminister dehnt nun dieses Recht auf die weiterdienenden Unteroffiziere aus und beauftragt die Generale, ihm über die Ergebnisse dieser Maßnahme Bericht zu erstatten, was auf die Absicht ihrer weiteren Ausdehnung hindeuten scheint. Das bringt nun die Blätter der Großbourgeoisie in Zorn. So meint das Blatt „Nouvelles“: Wenn die weiterdienenden Unteroffiziere in Zivil gehen dürfen, warum soll man diese Freiheit den anderen Unteroffizieren verweigern? Warum den Korporalen und schließlich den gewöhnlichen Soldaten? In der Tat ist diesen Fragen die Logik nicht abzusprechen. Nur daß eben der demokratischen Auffassung die konsequente Durchführung des Rechtes des unter den Waffen stehenden Bürgers, außerhalb des Dienstes Bürgerkleidung zu tragen, natürlich erscheint, wogegen die vom roten Schreden geängstigte Bourgeoisie schon die Möglichkeit einer Vermengung des militärischen Elements mit dem zivilen als eine Gefahr ansieht. „Die Armee ist vom Syndikalismus angegriffen“, schreiben die „Nouvelles“. „Offiziersverbände bilden sich, Militärzeitungen machen korporative Forderungen geltend. Sie geben den Gewerkschaftsblättern der Arbeiterschaft höchstens nur in der Festigkeit des Stils etwas nach. Wenn die Regierung sich über die Gefahr Rechenschaft gäbe, würde sie die Wachsamkeit gegenüber den Leuten, die die öffentliche Gewalt repräsentieren, erhöhen und die Disziplin strenger ziehen.“ Lieber solle man den Unteroffizieren den Sold erhöhen, als ihnen das Unterscheidungszeichen nehmen, ohne das sie in der murrenden namenlosen Menge verschwinden.

Die Attacke des genannten Blattes ist vielleicht ebensosehr der Absicht, dem von der großkapitalistischen Presse wütend angefeindeten Kriegsminister ein auszuweichen, entsprungen, wie der echten Besorgnis vor dem Syndikalismus. Denn daß die marktschreierisch angekündigte Propaganda des Antimilitarismus in der Kaserne, wie man sie auf dem letzten Gewerkschaftskongress in einer langen Resolution formuliert hat, praktisch ebenfowenig Bedeutung hat, wie die neuesten von Hervé ausgehende Schulle eines sozial-revolutionären Militarismus, der die „Kampfororganisation“ des „Bürgers Browning“ durch ein putschistisches Prätorianertum ersetzt, ist den vernünftigen bürgerlichen Beurteilern wohl bewußt. Dagegen ist wohl unverkennbar, daß die Zersetzung der französischen Demokratie ihre Wirkungen auch auf die Armee ausübt. Auch in dieser tritt die Klassenscheidung mit ihren ideologischen und politischen

Folgen hervor. Das sozialreaktionäre Bürgertum mag nicht mehr, die Demokratisierung des Heeres fortzusetzen und überläßt die Direktion völlig der Offizierskaste, gegen deren Absolutismus sie noch vor einem Jahrzehnt zu Felde gezogen ist. So kann das fortschrittliche Militärblatt „Armée et Démocratie“ schreiben: „Der professionelle Wert des Offiziers scheint der letzte Faktor zu sein, der beim Avancement in Rechnung kommt. Die gesellschaftlichen, religiösen oder politischen Beziehungen erscheinen als die einzigen wirklich ersten Titel.“ Die reaktionäre Clique in der Armee ist in der vom Major Driant dem Schwiegerohn Boulanger und nationalistischen Deputierten gegründete „Militärliga“ organisiert, in der eine Reihe pensionierter Generale wirken. Ihre Verbindungen mit aktiven Armeechefs sichern ihr einen großen Einfluß auf das Avancement. Man erinnert sich noch der freimaurerischen „Auskunftszettel“, deren Enthüllung dem Kriegsminister André den Krug gebrochen hat. Die reaktionäre Sippe verfährt aber genau nach derselben Manier. Die demokratische Presse veröffentlicht jetzt den Text eines an die zuverlässigen klerikalen Offiziere verendeten Fragebogens. Er lautet:

#### Politische Offiziere.

Familienname, Vorname, Alter, Grad:  
Sind Sie Freimaurer?  
Welchen Logen gehören Sie an?  
Welcher sozialistischen oder Freidenkergruppe?  
Sind Sie ehrgeizig?  
Was leisten Sie im Dienst?  
Wie verhalten Sie sich gegen die Mannschaft?  
Was für Sitten haben Sie?  
Gegebenenfalls die Namen ihrer Geliebten:  
Sind Sie reich oder arm?  
Können Sie durch irgend ein Mittel zu besseren Gesinnungen gebracht werden?

Man sieht, die klerikale Spionage ist um nichts appetitlicher als die freimaurerische. Um so mehr, als sie unverkennbar auf die Absicht hinweist, die zur Gegenseite gehörenden Offiziere durch Korruption zu gewinnen. Die Entrüstung der demokratischen Presse wird aber gleichwohl keine energische Tat erwirken. Die Bourgeoisie hat keinen Mut mehr, die Leute, in denen sie ihre Retter vor dem inneren Feind sieht, noch einmal gegen sich aufzubringen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. März 1911.

### Ursachen der Schiffsunfälle.

Aus dem Reichstag, 17. März. In Weiterführung der Beratung über den Etat des Reichsamts des Innern legte zunächst Genosse Severing dar, daß die Sozialdemokratie die Arbeitsnachweise paritätisch gestaltet haben will und widerlegte dann die Behauptung des Herrn Giesberts, daß der Tarifvertrag der Buchdruckerorganisation einen terroristischen Charakter trage.

Eine eingehende Debatte über die Ursachen der Schiffsunfälle wurde dann durch den Genossen Wegger-Hamburg entzweit. Der neuerliche Untergang von drei alten Frachtschiffen der Sloman-Vinie im Meerbusen von Biskaya gab ihm Anlaß, an der Hand zahlreicher Mitteilungen von Seeleuten nachzuweisen, daß immer noch mit großer Leichtsinnigkeit das Leben so mancher Besatzung in alten Schiffschiffen auf das Spiel gesetzt werde und daß mangelhafte Kontrolle durch die Seeverkehrsvereinigungen die Mitschuld an vielen Schiffsuntergängen trage.

Mit wachsender Erregung hatte der Regierungskommissar v. Jonquière die eindringlichen Darlegungen Weggers angehört. In seiner Erwiderung fand er anfangs einige ruhige Worte, plötzlich brüllte er aber mit hochrotem Kopf in den Saal hinein: „Es wird immer Schiffsunfälle geben!“ Gegen den anmaßenden Ton wie gegen die Trivialität dieses von niemand besprochenen Satzes protestierten die Sozialdemokraten sehr energisch. Herr v. Jonquière redete sich dann aber in einen solchen Eifer zur Verteidigung der Reeder hinein, daß ein angestellter Syndikus der Seeverkehrsvereinigungen sich vor solchen schädigenden Uebertreibungen sehr hätte hüten müssen. Er schloß sein Plaidoyer mit der abermals unter Anwendung großer Stimmittel herausgeschmeterten abgedroschenen Behauptung, Weggers Kritik sei dazu angetan, „die Ehre der deutschen Schifffahrt herabzusetzen“.

Genosse Schwarz-Lübeck ergänzte Weggers Darlegungen durch Mitteilungen aus seiner eigenen Seemanns-

erfahrung, indem er besonders betonte, die Frachtschiffe würden zu selten „überholt“, also revidiert und repariert, auch sei die Besatzung neuerdings viel zu gering und minderwertig. Zur Verteidigung der Reeder ergriffen dann noch die in Hamburg ansässigen Rechtsanwälte Hedscher (Rp.) und Semmler (nat.) sowie der Abg. Hermann-Bremen (Rp.) das Wort, dem wiederum Genosse Molkenbuhr in einigen kräftigen, auch das provozierende Verhalten des Herrn v. Jonquière zurückweisenden Ausführungen entgegentrat.

Zum Schluß der Sitzung gab es noch eine Geschäftsordnungsdebatte, durch welche auf Verlangen der Freisinnigen und Sozialdemokraten erzielt wurde, daß die wichtige Auseinandersetzung über den Kalifonds erst am Montag oder Dienstag stattfinden wird.

Am Sonnabend geht das „Innere“ weiter.

### Höheres Schulwesen.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Freitag, nachdem es zunächst den Antrag auf Einstellung des gegen unseren Genossen Liebknecht vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer schwebenden Verfahrens der Geschäftsordnungscommission überwiesen hatte, das Kapitel „Höhere Lehranstalten“ vom Kultusetat. Welche Reaktion noch auf diesem Gebiete herrscht, davon legen Zeugnis ab die Reden der Vertreter der Mehrheitsparteien und der Regierung, vor allem die Ausführungen des Abg. Dr. Heß (Z.), der die Erziehung der Jugend zur Vaterlandsliebe und Gottesfurcht als die Hauptsache bezeichnen und sich scharf gegen die Einführung der Bürgerkunde in den Lehrplan der höheren Schulen wandte. Wie zu erwarten, pflichtete der Kultusminister ihm bei; Herr Trotz zu Solz verurteilte gleichfalls den Unterricht in der Bürgerkunde, er legt überhaupt Wert darauf, nicht in den Geruch eines modernen Menschen zu kommen, da er es dadurch mit dem Zentrum verderben würde.

Eine gute Abfuhr wurde dem Abg. Heß und den übrigen Dunkelmännern von unserem Genossen Liebknecht bereitet, der in kurzen Zügen das Interesse des Proletariats an den höheren Schulen schilderte und unsere Forderungen auf diesem Gebiete erläuterte, die, wenn sie auch weit über das hinausgehen, was heute besteht, doch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sehr wohl zu verwirklichen sind. Stark zog er gegen die Verbundungsbestrebungen der Akademiker zu Felde und mit feiner Ironie geißelte er die Abhängigkeit des Ministers von dieser Gesellschaft. Den Schluß seiner Rede bildete eine Absage von dem in den höheren Schulen herrschenden Kostengeist und der Nachweis, wie sich auch hier reaktionäre politische Bestrebungen geltend machen. Als typisches Beispiel dafür konnte er den Fall des Sohnes unseres Genossen Düwels schildern, der nicht zur Ablegung des Abiturientenexamens zugelassen werden soll, weil gegen ihn ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz schwebt. Er hat das „stuchwürdige Verbrechen“ begangen, sich an einer Jugendorganisation beteiligt zu haben, und dafür soll er nun Zeit seines Lebens büßen. Die Gymnasialisten von Potsdam hingegen, die bei den letzten Reichstagswahlen für die Wahl des Blockkandidaten tätig gewesen sind, werden zum Lohn dafür demnächst die höchsten Stellen im Staate einnehmen.

Nach einer belanglosen Erwiderung des Abg. Glattfeller (Z.), der einige Redensarten über den Zukunftsstaat machte, wurde die Debatte auf den Abend vertagt.

In der Abend Sitzung fand ein Antrag des Abgeordneten Vierck (L.), in den höheren Lehranstalten des Ostens an Stelle des Englischen die russische Sprache als Lehrgegenstand fakultativ einzuführen, eine stimmige Annahme. Die weitere Debatte brachte nichts wesentliches. Die etwa 12 anwesenden Abgeordneten, die es über sich brachten, bis zum Schluß auszubarren, atmeten erleichtert auf, als der Präsident v. Kröcher gegen 11 1/2 Uhr die Sitzung schloß.

Heute, Sonnabend, wird das Einführungs-gesetz zur Wertzuwachssteuer, sodann der Etat des Finanzministeriums beraten werden. Beginn 11 Uhr.

### Die Stichwahlparole in Gießen-Midda.

Die Fortschrittliche Volkspartei des Wahlkreises hat ihre Entscheidung in folgendem Aufruf begründet:

„Der Kampf um das Giesener Mandat hat die Fortschrittliche Volkspartei nicht in die Stichwahl gebracht, aber wir dürfen trotzdem mit Befriedigung auf das erzielte Resultat sehen. Unser Kandidat hat kaum ein Drittel der Gemeinden des Wahlkreises persönlich besucht können. Wegen ihn haben sich fast ausschließlich die Angriffe der Gegner gerichtet, und doch hat er den nationalliberalen Kandidaten weit überflügelt, und unsere Partei

sieht mit gutem Mute dem große Kampf im Herbst entgegen. Jetzt aber handelt es sich um die Stichwahl zwischen einem Vertreter des schwarzblauen Blokes und einem Mitglied der Sozialdemokratie. Die Entscheidung kann für liberale Männer nicht zweifelhaft sein. Die Aufgabe der Gegenwart und der nächsten Zukunft in der deutschen Politik ist es, die Mehrheit, die nach dem Ausspruch des Fürsten Bülow ein triviales Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben hat, zu zertrümmern. Darum hat die Sozialdemokratie bei den letzten Nachwahlen in der Stichwahl mehrfach ihre Stimmen Kandidaten der nationalliberalen und unserer Partei zugeführt. Auch wir dürfen nicht kurzfristig sein; wenn es nicht unnational ist, uns von der Sozialdemokratie die Stichwahlhilfe gewähren zu lassen, kann es auch nicht pflichtvergessen sein, ihr solche zu leisten. Ueberdies ist der vom Bund der Landwirte unterstützte Kandidat ein Antisemit, und wir erachten es als eine dringende Pflicht, im Interesse des Ansehens unseres Reichstages, mit dazu beizutragen, daß der Antisemitismus, den wir mit den Giesener Nationalliberalen von 1907 für eine Schmach unseres deutschen Volkes halten, endlich wieder aus unserem Reichstag ausgeschaltet werde.“

Erleichtert wird uns die Entscheidung noch durch die Erfahrungen des Wahlkampfes. Die Sozialdemokratie hat mit uns scharf, aber anständig gekämpft. Die Antisemiten dagegen haben die widerlichste Judenbeuge wieder aufleben lassen, und sie haben gegen unseren Kandidaten mit so gefährlichen Mitteln gearbeitet, daß wir auch aus diesem Grunde erwarten, daß kein liberaler Mann seine Stimme dem Antisemiten gibt. Wir fordern unsere Freunde und Wähler dringend auf, am 21. März ihre Stimme abzugeben für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Herrn Georg Beckmann in Gießen. Den Kampf gegen die äußerste Linke geben wir trotzdem nicht auf, aber zunächst steht der Feind rechts. Darin sind wir mit den hervorragendsten Führer beider liberaler Parteien gleicher Meinung.“

Das ist eine unzweideutige Entscheidung, wie sie bislang vom Fortschritt nicht zu haben war. In seinem Interesse wäre zu wünschen, daß sich alle seine Wahlkreisinteressen wäre zu wünschen, daß alle seine Wahlkreisorganisationen und besonders die Zentralleitung bei Stichwahlen zu so klarer Stellung kommen möchten.

Die konservative Presse schreibt natürlich Jetermordio und verpricht dem Fortschritt, daß er bei den kommenden Wahlen rücksichtslos gegen die Sozialdemokratie im Stich gelassen werden soll. Wir glauben indes noch nicht daran, daß es die Herren Junker fertig bringen, die Sozialdemokratie zu fällen.“

Die Nationalliberalen ernten für ihren Umsall die verdiente allgemeine Verachtung. Um die Sache etwas zu beschönigen, fühlen sich jetzt einige Nationalliberale gedrängt, mitzuteilen, daß der Antisemit Berner den Vorwurf, die Nationalliberalen seien eine Partei von Schurken, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen habe.

Wahrhaftig! Er hat's zurückgenommen. Wo, wenn man fragen darf? Offenbar im stillsten Kämmerlein, denn niemand hat etwas davon gehört! Und darf man fragen, was im bürgerlichen Leben eine solche bedauernde Erklärung unter solchen Umständen wert wäre?

### Die Verfassungsreform für Elsaß-Lothringen.

Die Kommission erledigte am Freitag zunächst den § 5 der Vorlage, der bestimmt, daß die Landesgesetze mit Zustimmung des Kaisers von dem aus zwei Kammern bestehenden Landtage erlassen werden. Der sozialdemokratische Antrag, eine Erste Kammer nicht einzuführen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Abg. Müller-Weinigen erklärte, daß seine Parteifreunde nur deshalb für das Zweikammersystem eintraten, um das Gesetz nicht zu gefährden. Einstimmige Annahme fand die Bestimmung, daß der Haushaltsetat alljährlich durch Gesetz festzustellen ist. Dagegen wurde mit 13 gegen 11 Stimmen der Schlußsatz des § 5 abgelehnt. Die gestrichene Bestimmung sah vor, daß die Regierung bis zum Inkrafttreten des neuen Etatsgesetzes noch Maßgabe des alten Etatsgesetzes Steuern und Abgaben erheben und ferner die im Interesse des Landes gelegenen Ausgaben machen könne. — Das Zentrum beantragte, diese Ermächtigung nur auf einen Zeitraum bis zu vier Monaten zu erteilen; die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Ermächtigung durch ein besonderes Gesetz (Notgesetz) auszusprechen sei. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Den sozialdemokratischen Antrag begründete Genosse Emmel mit dem Hinweis darauf, daß man der elsass-lothringischen Regierung keine größeren Rechte einräumen dürfe, als die Reichsregierung sie besitze. Werde der Etat nicht rechtzeitig fertiggestellt, müsse einfach wie auch im Reich ein Notgesetz gemacht werden. Komme kein Etatsgesetz zustande, sei die Regierung in der Lage, den Landtag aufzulösen. Die Annahme der Regierungsvorlage würde bedeuten, daß der Landtag die im Jahre vorher bewilligten Budgetposten gegen den Willen der Regierung nicht einmal herausgeben könnte.

## Die Pariser Kommune und die deutschen Truppen.

Mit Recht hat Karl Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ die mehr als zweideutige, die niedrige und verächtliche Rolle gebrandmarkt, die Regierung des neuen Deutschen Reiches bei der Niederschlagung der Kommune und bei der grauenvollen Hinführung der Kommunards gespielt hat. „Bismarck schaut“, schrieb der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus, „mit vergnügten Sinnen auf die Trümmer von Paris, er schaut zufrieden auf die Leiden des Pariser Proletariats. Wo hat je vorher die Geschichte das Schauspiel vorgeführt eines Siegers, der seinen Sieg damit krönt, daß er sich nicht nur zum Gendarmen, sondern auch zum gemieteten Bravo der besiegten Regierung hergibt? Zwischen Preußen und der Kommune war kein Krieg. Im Gegenteil, die Kommune hat die Friedenspräliminarien angenommen und Preußen hatte seine Neutralität erklärt. Preußen war also keine kriegsführende Partei. Es handelte als Bravo; als feiger Bravo, weil es keinerlei Gefahr auf sich lud; als gemieteter Bravo, weil es im voraus die Zahlung seines Blutgeldes von 500 Millionen von dem Fall von Paris abhängig machte.“ Eine genaue und unbefangene Prüfung der Stellung, die die deutsche Regierung und deutsche Truppen vor Paris zu der Kommune einnahmen, führt zu dem Ergebnis, daß Marx unter dem frischen Eindruck der Ereignisse wahrhaftig nicht zu hart geurteilt hat.

Als auf dem Pariser Stadthaus die leuchtend rote Fahne der Kommune hochging, mußte Bismarck ihrer Entfaltung mit einem trockenen und einem nassen Auge zusehen. Stand hier, woran nicht zu zweifeln war, ein Bürgerkrieg vor der Türe, in dem sich Franzosen untereinander zerfleischten, so hieß das nichts anderes, als das Werk der deutschen Eroberer vollenden: von je mehr Streichen gefällt, aus je mehr Bunden blutend Frankreich am Boden lag, desto besser für die Nachhaber in Berlin, denn desto länger würde die Revanche auf sich warten lassen, nach der die Annexion des Elsaß und Lothringens die Franzosen unablässig rufen lassen mußte. Unter diesem Gesichtswinkel also war der Kommuneraufstand ein unstreitiger Gewinn für Bismarck und die Seinen. Aber es gab für ihn noch einen anderen wichtigen Gesichtswinkel: was hier in heißen Flammen emporloderte, war nur

ein ganz geringer Teil der großen sozialen, der Weltrevolution, die über kurz oder lang auch in dem morschen Gebälk der anderen Staaten verzehrend wüten mußte und deren Blut sieben Jahre später der Weltmenschen, freilich vergebens, in Deutschland mit seinem Knechtstiefel auszutreten versuchte. Wo immer dieser Brand in Europa aufflammte, lag es im gemeinsamen Interesse aller „Ordnungs“mächte, das Feuer niederzulämpfen, und unter diesem Gesichtswinkel war die schleunige und gründliche Niederschlagung des Kommuneraufstandes ein Gewinn für die Bismarcksche Reaktion. Was sich in Versailles angedachte, des eigenen Landes Hauptstadt mit Bomben und Granaten zu überschütten, war für den verbissenen Junker zwar die Regierung des Erbfeindes, aber es war zugleich die Regierung der „Ordnung“, des Besitzes und der Reaktion, kurz jener „heiligsten Güter“, deren Wahrung gegen den wirklichen, den proletarischen „Erbfeind“ Bismarck mehr am Herzen lag als die Schwächung des nationalen „Erbfeindes“. Aus dieser Erwägung heraus schlug sich der „neutrale“ Bismarck unbedenklich auf die Seite der Versailles.

Allerdings war eine direkte Unterstützung des ehrenwerten Herrn Thiers aus mehreren Gründen eine etwas heikle Sache. Einmal mochte man sich doch scheuen, so ganz offen im Angesicht Europas den frechtsten Neutralitätsbruch zu begehen, zum zweiten hatte man wohl auch Bedenken, deutsches Blut für französische Interessen fließen zu lassen, und zum dritten wurde die Sache vollends dreglich, wenn die Kommune die Oberhand bekam. Dann war sie die rechtmäßige Regierung des Landes und sie mit deutschen Waffen belämpft zu haben, hieß nichts anderes als Erneuerung des Völkerrkrieges mit weit größerer Erbitterung als dordem. Dazu aber hatten Bismarck und Molke verzeiwelt wenig Lust.

So begnügte man sich denn mit einer indirekten Unterstützung der Versailles, wiewohl die direkte von den deutschen Armeekorps in den Bereich der Möglichkeit gezogen wurde. An deutschen Streitkräften standen vor Paris außer dem Gardekorps das IV., VI. und XI. preussische und die beiden bayerischen Armeekorps samt der Gardebataillie und der 4. und 5. Kavalleriedivision. Unmittelbar bis vor Paris herangeföhren waren als Besatzung der Forts und Nebouten im Norden, Osten und Süden der Stadt die I. Gardebataillie, die 22. Infanteriedivision und das I. bayerische Armeekorps. Noch hatten die Kämpfe zwischen Kommunards und Versailles nicht begonnen, als, am 29. März, die deutsche Regie-

rung den ersten Beweis ihrer Parteilichkeit gab und den Herren in Versailles gestattete, in dem von den deutschen Truppen besetzten Gelände Nationalgardien zu formieren, zu bewaffnen und zwischen Seine und Loire zu versammeln. Auch Truppenüberzüge durch die deutschen Linien wurden erlaubt. Zugleich wurden auf Witten der Versailles Regierung 100 000 Mann Kriegsgefangener entlassen, und zwar sorgfältig ausgewählt aus „zuverlässigen Regimentern“, obgleich sich Molke über die Zweifelsbedeutigkeit dieser Maßregel nicht im unklaren war: „Eventuell“, schrieb er, „könnte das Parlamentheer mit Paris gemeinsame Sache machen“. In einer Denkschrift sprach der Chef des preussischen Generalstabes gleichzeitig die Ansicht aus, daß „wir“ durch unsere Anwesenheit allein und durch die Absperrung der Verbindungen nach „unserer“ Seite den Angriff der Versailles auf Paris unterstützen. Verlangte aber die französische Regierung von „uns“ ein aktives Einschreiten, so könnten „wir“ sie durch unsere Artilleriewirkung verstärken. Ohne Scheu vor einer Zerfetzung des Neutralitätsversprechens dachte die deutsche Armeeführung also hier schon an eine Beschickung der Kommunards aus deutschen Geschützen — der französische Vona-partite-imitator Thiers hätte nur bei dem preussischen Vona-partite-imitator Bismarck anzuklopfen brauchen. Mit Strupeln gab sich dabei auch ein Molke nicht ab. Wäre dies der Fall (ein Ersuchen der Versailles Regierung um aktive deutsche Hilfe), so meine ich“, schrieb er an das Hauptquartier der deutschen Streitkräfte vor Paris, „daß dem Zentralkomitee zu sagen wäre, daß allerdings der Moment eingetreten sei, wo die Insurrektion die Erfüllung der Bedingungen des Präliminarfriedens hindere, und daß wir daher aus unserer friedlichen und passiven Haltung heraustreten.“ Einfach, gemüßvoll!

Aber auch in der Oberleitung der vor Paris liegenden sogenannten Dritten Armee, die der sächsischen Kronprinz Albert führte, fand niemand, daß die Absicht eines solchen Vertrauensbruches mit der vielgerühmten Offiziersdeute zusammenpasse; im Gegenteil bereitete sich der Generalstabchef dieser Truppen, Generalmajor v. Schlotheim, an Molke zu schreiben: „Warum wir nicht schon im jetzigen Stadium, im stillschweigenden Einverständnis mit der Versailles Regierung, den Pariser die Proviantzufuhr engros mittels des Eisenbahns und Wassers

Auf den Entwurf des Staatssekretärs, daß die Regierung nicht durch ein unerfahrenes und geschäftsunkundiges Parlament in Verlegenheit gebracht werden solle, entgegengetretene Genosse Dr. Frank, der Reichstag könne es nicht verantworten, wenn er dem elsass-lothringischen Landtage ein schlechteres Budgetrecht gewähre, als er selbst es besitze. Auch der Reichstag sei einmal im Sinne des Staatssekretärs unerfahren gewesen. Es könne sehr wohl der Fall eintreten, daß die Erste Kammer einmal ein Budget ablehne, um der Regierung zu ermöglichen, mit dem alten Budget weiter zu wirtschaften, wie es in Preußen während des Militärkonflikts der Fall war.

§ 6 des Entwurfs gibt dem Kaiser das Recht, die Hälfte der Mitglieder der Ersten Kammer zu ernennen. Staatssekretär Delbrück erklärte, die Regierung werde dieses Recht des Kaisers nicht einschränken lassen. Die darauf hingelenden Zentrumsanträge seien unannehmbar.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt werden.

### Festlegung des Osterfestes.

Die Petitionskommission des Reichstages hat eine Petition betreffend Festlegung des Osterfestes dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen und folgende Resolution angenommen, den Reichskanzler zu ersuchen, durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, daß entsprechend den Beschlüssen des Handwerker- und Gewerbetages und des deutschen Handelstages die großen zeitlichen Schwankungen des Osterfestes beseitigt und das Osterfest auf einen bestimmten Sonntag festgelegt werde.

Die Kommission war der Meinung, daß es zweckentsprechend wäre, die Schwankungen des Osterfestes zu beseitigen, nachdem die kirchlichen Behörden erklärt hätten, gegen eine solche Maßregel nichts einzuwenden. Durch die Schwankungen des Osterfestes seien Mißstände entstanden, die im Schulwesen, auf wirtschaftlichem Gebiete, in Industrie, Handel und Verkehr, in der Landwirtschaft, beim Wohnungs- und Gesundheitswechsel immer lebhafter empfunden werden.

### In die Brüche gegangen!

In der Provinz Bosen wurde ein Zusammengehen aller deutschen Parteien für die kommenden Reichstagswahlen angestrebt. Die Parteien waren auch zu einer Einigung bereit, nur konnte man sich über die Verteilung der Mandate nicht verständigen. Die Nationalliberalen verlangten nämlich die Uebertragung von zwei zurzeit in konservativen Besitz befindlichen Reichstags- und von drei Landtagsmandaten. Dieser Preis war den Konservativen zu hoch, weshalb sie die Verhandlungen jetzt in aller Form als gescheitert erklären. Die Konservativen wollen nun im ganzen Osten den Kampf gegen den Liberalismus aufnehmen. Das Organ des Kanzlers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, nimmt tieftrauernd Akt von dieser betrüblichen Kunde.

### Obstruktion bei der Gemeinderatswahl.

In Saalfeld (Thüringen) kam am Mittwoch die Gemeinderatswahl nicht zustande, weil die Arbeiterschaft und auch viele Bürger als Protest gegen das meiningische Jehnstimmen-Gemeindegewaltrecht der Wahlurne fernblieben. Die obstruierenden Wähler folgten damit einer Aufforderung der sozialdemokratischen Partei. Von 2228 Wählern stüben nur 1007, meist abhängige Beamte, ihr Wahlrecht aus. Da es zur Gültigkeit der Wahl mindestens der Hälfte der Wähler bedarf, muß eine zweite Wahl stattfinden, an der jeder Wähler bei 3 R. Strafe teilnehmen muß. Untere Parteigenossen beschloßen, beim zweiten Wahlgange Fettel mit der Aufschrift „Gewalt geht vor Recht“ abzugeben.

## England.

### Der Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika.

London, 16. März. Die „Times“ berichten aus Washington: Die Zusage Edward Greys eines Schiedsvertrages zwischen England und den Vereinigten Staaten ist in Amerika mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Seine Erklärungen werden als die wichtigsten angesehen, welche während der letzten zwanzig Jahre für die Aufrechterhaltung des Friedens gemacht worden sind. Die „New Yorker Times“ loben in warmen Worten die aufrichtige Art und Weise, womit die englische Regierung auf die Vorschläge des Präsidenten fast geantwortet hat. Die Idee, welche von Sir Edward Grey in Vorschlag gebracht worden ist, betr. des Abschlusses eines anglo-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages, welcher als Grundlage für eine Art defensive Allianz gedacht ist, findet naturgemäß eine weniger herzliche Aufnahme, obgleich eine ebenso freundliche. „Tribune“ sagt: Seine Verwirklichung würde ein außerordentlich erster Akt sein. Das Blatt fügt hinzu, daß sowohl in den Vereinigten Staaten als anderswo eine solche Allianz auf erste Opposition stoßen werde. Man hofft, daß bei der nächsten Sitzung des Kongresses dem Senat ein Vorschlag unterbreitet werden kann, der darauf hinausgeht, einen definitiven anglo-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag zum Abschluß zu bringen, welcher

transport abschneiden, will mir nicht einleuchten; es wäre eins der sichersten Mittel, sie zur Majon zu bringen.

Doch nicht nur beliebige Armeekunster brannen danach, Preußen zum Heuler der Kommune zu entwürdigen, sondern auch Wilhelm I. war von derselben edlen Sinnesart befallen. „Seine Majestät“, berichtet am 18. April der stellvertretende Generalstabschef der Armee, v. Poddieleski, an Widmar, „sprach Allerhöchstherrliche Genehmigung aus, eine vollständige Abperrung von Paris auch von der Nordseite her anzubefehlen, sowie von der Kommune die Entwaffnung der Umwallung zu verlangen. In letzterer Beziehung mußte man sich aber klar darüber sein, daß im Falle der Begehung unsere Forderung sofort mit Gewalt durchzusetzen sei.“ Wilhelm mag hier den Einflüsterungen des Oberkommandierenden vor Paris, des sächsischen Albert, gefolgt sein, der, auf eigene Faust, ohne Aufforderung aus Versailles, den Mittel des Herrn Thiers abzugeben brannnte, denn also wandte er sich an Moltke: „Es läßt sich nicht leugnen, daß die ganze Sache, wenn sie anhält, für ganz Europa die größten Gefahren birgt, und daß es wichtig wäre, schnell damit zu Rande zu kommen. . . . Da tritt allerdings die Frage an uns heran, ob wie nicht der Sache förderlich sein könnten, zu einem gewissen Angriff, ja nur zu einer Beschickung möchte ich nur im Augenblick raten. . . . Meist nur die Aushungerung, nach ziemlich früheren Nachrichten lebt man dort nur von Tag zu Tag, und zwar bloß von Norden her, da ihnen der Süden jetzt ganz verperrt ist. Mähten wir unfererseits zu, so könnte es keine acht Tage dauern. Ich habe bereits durch Fabrice in Versailles sagen lassen, ich würde in dieser Richtung einem Wunsch, auch unter der Hand, bereitwillig nachgeben, doch ist noch nichts der Art erfolgt; sie wollen unsere Hilfe noch nicht. Da es aber leicht zu spät werden könnte, so erlaube ich mir die Frage an Euer Excellenz, ob es nicht gut wäre, wenn wir die Abschließung auf unsere Hand ausführten. An Vorwänden könnte es nicht fehlen, wenn auch die Insurgenten alles uns Feindliche vermeiden, ja jeder Melianation willig Folge leisten.“

Für Monarchisten muß es etwas Erhebendes haben, zu sehen, wie sich der künftige Träger der sächsischen Königskrone hier mit

als Muster für ähnliche Verträge zwischen anderen Ländern dienen könnte.

### Uneinigkeit der Konservativen.

London, 17. März. Es verlautet, daß infolge der Meinungsverschiedenheiten in der unionistischen Partei die Unionisten ihre Pläne betreffend eine Reform des Oberhauses aufgeben und gemeinsam ihre Tätigkeit auf eine Referendumspolitik richten wollen, um eine Lösung der Schwierigkeiten zwischen beiden Häusern herbeizuführen.

### Die Marinedebatte.

London, 16. März. In der fortgesetzten Marinedebatte beantragte George Roberts (Arbeiterpartei) eine Resolution, daß die Vermehrung des Flottenbudgets durch Ereignisse im Ausland nicht gerechtfertigt sei und eine Bedrohung des Friedens und der nationalen Sicherheit sei. Er erklärte, das Budget für 1909/10 sei auf einer Panik und auf einer irrtümlichen Auffassung begründet. Hoffentlich würde Sir Edward Grey seine Friedensbestrebungen nicht auf die Vereinten Staaten beschränken, sondern danach trachten, Deutschland und Frankreich in einen Bund des Friedens zu bringen.

Balfour erklärte, man müsse den harten Tatsachen der Lage im Jahre 1914 ins Gesicht sehen. Großbritannien würde dann nur 29 Dreadnoughts in den europäischen Gewässern besitzen und der Dreibund ebenfalls 29. England habe besondere Schwierigkeiten in den europäischen Gewässern, denn es müsse sowohl in den heimischen Gewässern wie im Mittelmeere die Suprematie aufrechterhalten. Mindestens drei Seemächte außer der Türkei bauten dieselbe Klasse von großen Schiffen wie Großbritannien. Man dürfe das nicht übersehen und müsse Englands Stellung gegenüber allen möglichen Feindseligkeiten in Erwägung ziehen. Mit Bezugnahme auf Greys Worte am Montag über einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika sagte Balfour, er sehe nicht ein, warum ein solcher Vertrag nicht abgeschlossen werden könne. (Beifall.) Was auch andere Länder tun möchten, diese beiden erkennen an, soweit sie betroffen würden, daß der Friede ihr größtes Interesse sei. Wenn Grey Mittel finden könne, irgend eine Vereinbarung dieser Art durchzuführen, so würde er seine wärmeren Freunde dieser Politik finden, als die Unionisten. (Beifall.) Balfour sagte zum Schluß, auf Großbritannien ruhe nicht nur die Last der politischen Situation in Europa, sondern auch die der Notwendigkeit, den Handel zu schützen. Das vorgelegte Budget sorge in ungenügender Weise für den Stand der Schiffschiffe im Jahre 1914 und für den Schutz der langen Verbindungslinien des Handelsverkehrs.

Mc Kenna unterbrach Balfours Rede mit der Bemerkung, daß die Admiralität seiner Schätzung der voraussichtlichen Stärke des Dreibundes im Jahre 1914 nicht zustimme.

Dillon (Nationalist) erklärte, solange die große Verfassungsfrage nicht ihre Erledigung gefunden, wäre seine Partei bereit, die Vorschläge hinunterzuschlucken, denen sie sich sonst energisch widersetzen werde. Er sei außerordentlich skeptisch, was die unmittelbare Wirkung eines Schiedsgerichtsvertrages mit Amerika auf die Rüstungen angehe, selbst wenn man ihn abschließen könne. Die Opposition sage jetzt, daß England gegen den Dreibund bauen müsse. Sei aber die Opposition bereit, mit dem Dreibund zu kämpfen? Mit Bezugnahme auf Bidons Erklärung über militärische Besprechungen sagte Dillon, es herrsche das unbehagliche Empfinden vor, daß irgend eine Allianz mit Frankreich bestehe. Er sei nicht sicher, daß, wenn es Großbritannien gelänge, den Vertrag mit Amerika abzuschließen, dieser nicht zum Vorwand für weitere Rüstungen zur See genommen werden und nicht die unmittelbare Wirkung haben würde, ein neues Flottengesetz Deutschlands herbeizurufen.

Schließlich wurde die Resolution Roberts (Arbeiterpartei), daß die Vermehrung der Flottenausgaben durch Ereignisse im Ausland nicht gerechtfertigt sei und eine Bedrohung des Friedens und der nationalen Sicherheit bilde, mit 216 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

## Italien.

### Die Feier der nationalen Einheit.

Rom, 17. März. In der Deputiertenkammer wurde heute aus dem Hause angerufen, daß der Stadt Turin aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Jahrestages der Ausrufung des Königreichs Italien der Gruß des Hauses entboten werde. Präsident Marcora erklärte sich bereit, der Dolmetsch der Gefühle lebhaftester Dankbarkeit und Verehrung zu sein, die das Haus gegen die ehemalige Hauptstadt beselzen. Ministerpräsident Suzzatti schloß sich mit bewegten Worten der Turin gewidmeten Begrüßung an, wobei er darauf hinwies, daß die Herzen der Italiener einmütig höher schlugen, wenn man die Erinnerung an die glorreichen Tage der Wiedergeburt Italiens wachrufe. (Stürmischer Beifall.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung verlas Präsident Marcora die Glückwünsche des Präsidenten des Deutschen

dem Angebot seiner Schergen Dienste dem korrupten Advokaten Thiers aufdrängt und abgewiesen wird.

Auch Moltke mochte ein Gefühl für das tief Entwürdigende solchen Verhaltens haben, denn in einem Schreiben vom 22. April bedeutete er dem Heeresrathen mit nicht zu verkennender Anzüglichkeit, in Berlin sei man vor allem entschlossen, „dem französischen Gouvernement keine Gendarmendienste zu leisten.“ Was aber waren es anderes als Gendarmendienste schlimmster Art, wenn etwa der Führer der 1. Gardebivision, v. Bape, zwei in St. Denis, also der neutralen Zone, gefangen genommene Kommunards kurzerhand den Versaillesn überweisen ließ, und zwar aus dem kennzeichnenden Grunde, weil sie dort vermutlich erster angefaßt würden, als es sich die Deutschen unter den obwaltenden Umständen gettauen konnten!

Inzwischen war die Versailler Regierung durch die Dauer wie durch die Zähigkeit der Kämpfe wurde und ver schmähete es nicht, die Russen, eben noch verwünscht und verdammt, um unmittelbare Hilfe anzugehen. Am 18. Mai hat sie die deutsche Heeresleitung, die Kommune zur Entwaffnung der Nord- und Ostfront, sowie zur gänzlichen Räumung von St. Ouen aufzufordern, das — wohlverstanden — nicht zur neutralen Zone gehörte. Prompt kam das Oberkommando dem Wunsche der Thiers und Konforten nach, insofern in der Nacht vom 21. auf den 22. Mai die vollständige Abperrung von Paris durch die deutschen Truppen ausgeführt wurde; die schon fertige Aufforderung zu der von Versailles gewünschten Entwaffnung der Nord- und Ostfront wie der Räumung von St. Ouen wurde den Kommunalbehörden nicht mehr übergeben, da inzwischen die Soldateska Mac Mahons in die Stadt eingedrungen war.

Auch bei dem letzten traurigen Akt des großen Dramas der Kommune, dem unerhörten Blutbad in den Straßen von Paris, leisteten die deutschen Truppen mehr als Statistendienste. Von Anfang an hatte das Oberkommando gegen die Kommune, die öfter durch parlamentarische Anträge überbringen ließ, die unferndliche und parteiliche Haltung der Welt eingenommen; berechtigte Forderungen würden barsch abgeschlagen, die geringsten wirklichen oder auch nur scheinbaren Uebergriffe — der oben erwähnte Brief des Kronprinzen Albert war ja selbst die Lokalkität der Kommunards angeht — mit maßigen Drohungen beantwortet. Jetzt kam man mit Wonne der Anweisung, sowohl der Anweisung, nach die Jules Favre dem General v. Fabrice zusammen ließ: „Wir denken, daß viele der Insurgenten den Ver-

Reichstages. Der Präsident und alle Deputierten erhoben sich von ihren Eichen. (Wiederholter enthusiastischer Beifall.) Der Präsident erklärte im Anschluß an die Verlesung des Telegramms, nach dieser Kundgebung, die Zeugnis dafür sei, wie das italienische Parlament und ganz Italien des Bundes gedächten, das Italien mit der edlen deutschen Nation verknüpft, erachte er sich ohne weiteres für beauftragt, dem Reichstage durch ein Telegramm die Gefühle der Freundschaft Italiens zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte andauernder Beifall.) Der Unterstaatssekretär, Fürst Discalea, schloß sich im Namen der Regierung den Worten des Präsidenten und der ergreifenden Kundgebung an, mit der die italienische Kammer den Gruß des großen befreundeten und verbündeten Volkes erwider habe. (Lebhafte Beifall.)

## Rußland.

### Mobilisierung gegen China.

Petersburg, 17. März. Im Gebiete von Semiretschenst findet gegenwärtig eine Probemobilisierung statt. Die dort stehenden Truppen sind bereits in Dsharkent an der chinesischen Grenze zusammengezogen, einige Truppenteile werden aus Tashkent dorthin dirigiert. Aus den Berichten des Kommandierenden des turkestanischen Militärbezirks, der Korpskommandeurs und der Echelonchefs ist ersichtlich, daß die mobilisierten Truppenteile in vorzüglichem Zustand und in vollster Ordnung ungeachtet schwieriger örtlicher Verhältnisse ihren Marsch erfolgreich und sogar schneller, als erwartet wurde, zurückgelegt haben.

### China gibt nach.

Petersburg, 17. März. Der „Nowoje Wremja“ zufolge hat China den Forderungen des russischen Ministerrats vollständige Genugung gegeben.

## Rumänien.

### Die Zusammensetzung des Parlaments.

Bukarest, 17. März. Nach den nunmehr vorliegenden Wahlergebnissen zählt die Kammer 161 Konservativbe bzw. Mitglieder der Regierungspartei und 21 Oppositionelle, der Senat 85 Mitglieder der Regierungspartei und 27 Oppositionelle.

## Marokko.

### Kämpfe vor Fes.

Paris, 17. März. Wie aus Fes berichtet wird, war die Stadt am 12. März von aufrührerischen Miterleuten belagert, die bis dicht an die Mauern heranritten und den Palast des Sultans beschossen. Es entstand eine große Panik. Der Sultan traf bereits Vorbereitungen zur Flucht, doch gelang es, nach heftigen Kampf den Angriff des Miterstammes zurückzuschlagen.

Wie der Korrespondent des „Matin“ aus Fes meldet, äußerte der Sultan ihm gegenüber, daß die ungewöhnliche Ausdehnung und Festigkeit des Aufstandes ihn mit großer Besorgnis erfüllten. Der französische Konsul Galford erklärte, wenn die Mahalla nicht auf der ganzen Linie stetig bleibe, sei der Thron Sultan Sadsids in Gefahr.

## Indien.

### Ein gemildertes Ausnahmengesetz.

Kalkutta, 16. März. Im gesetzgebenden Rat hat die Regierung einen Gesetzentwurf als Erlaß für das Gesez gegen aufrührerische Versammlungen eingebracht, das am 31. März außer Kraft tritt. Das neue Gesez gestattet, in Versammlungen rein politische Angelegenheiten zu erörtern, falls dies nicht Erregung und Friedensbruch zur Folge hat, und schränkt in gewisser Hinsicht die Macht ein, welche den lokalen Ausschüssen durch das außer Kraft tretende Gesez gegen aufrührerische Versammlungen verliehen war. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß gegenwärtig noch eine organisierte Revolutionspartei vorhanden sei, nur wenige jedoch von der Art ihres Vorgehens etwas wüßten.

## Amerika.

### Die Lage in Mexiko.

Köln, 17. März. Der an die Grenze von Mexiko und den Vereinigten Staaten entsandte Sonderberichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ meldet aus San Antonio vom 16. März: An der Grenze ist die Lage ernst. Mittel- und Süd-Mexiko sind ruhig, dagegen ist in den Staaten Chihuahua, Niederekalfornien, Coahuila, Veracruz, Yufatan, Oaxaca und Guerrero der Aufruhr allgemein. Der Bahnverkehr hört bei Jiminez, 160 Kilometer von Chihuahua, auf. Der Generaladjutant Ladd sagt, die Truppen seien innerhalb zweier Stunden marschbereit. Die Southern Pacificbahn hält in San Antonio 500 Wagen bereit.

sich machen, zu fliehen, und wir werden sie deshalb so weit als möglich überwachen lassen. Die Abperrung muß seitens der deutschen Armees eine vollständige sein.“

So bildeten denn, während drinnen in Paris die Eisseh, Gassier und Vinoh durch ein wahrhaftiges Gemisch die bluttriefendsten Schlächer der Weltgeschichte in Schatten zu stellen suchten, die deutschen Truppen eine lebende Mauer, damit auch nicht einer dem Gemisch entronne. Preußen und Bayern teilten sich dabei brüderlich in die Palme. Wenn der Divisionär Bape die schriftliche Bitte des schwer verwundeten Kommunargenerals Dombrowski mit dem gemüthvollen eigenhändigen Vermerk abtrotzte: „Nag er hängen!“, so konnte der bayerische Befehlshaber v. d. Tann in einem Telegramm an das Oberkommando als besondere Ruhmesstat melden: „Abends der verlangte Durchmarsch von 3000 Weibern, Kindern und Greisen vom linken Ufer dem Kommandanten von Jvry abgefohlen.“ Und wer weiß, wie viele von diesen Weibern, Kindern und Greisen die Ordnungsbanden erwürgten!

Mit unerschöpflicher Freude sahen dann die preussischen Musteroffiziere Paris, die Stadt der Revolution, von der so oft die glühenden Funken nach Osten geweht waren, in wirklichen Flammen aufgehen. „Ungeheure Explosionen“, schrieb v. Bape, „folgen sich mit furchtbarem Getöse, viele Rauch- und Dampfswolken bezeichnen die Stellen der Explosionen, dazu der rasende Donner der Geschütze, das Krachen der freiziehenden Granaten und Schrapnells, das fast unausgesetzt rollende Gewehrfeuer bei Tag und Nacht — es ist eine Herzenslust, die Herren Partiser so geistig zu sehen. Die Versailler Truppen geben keinen Pardon, und da auch Weiber sich am Kampfe beteiligen, so werden auch diese auf der Straße ohne Vorwarnzeit niedergeschossen. Das beim Durchsuchen der Häuser vorgeht, darüber mag Gost richten; ich glaube, daß wenigstens die Hälfte der Einwohnererschaft ausgerottet wird“ — kurz, was ein ostelbischer Junker so „eine Herzenslust“ nennt.

Durch den Krieg gegen das französische Volk und vor allem durch die Annektion Elsass-Lothringens hat das offizielle Preukentum die Frage, ob Europa republikanisch oder losakisch sein solle, im Sinn der losakischen Barbarei entschieden. Seine unwürdigen Helfershelferdienste bei der Abschichtung der Kommune sind ein würdiges Ende des Krieges gegen das französische Volk und ein würdiger Anfang der folgenden politischen Periode in dem losakisch gewordenen Europa. Hermann Wendel.

# Bewerkschaftliches.

## Wieder ein Terrorismuschwindel.

Eine Schimpfepistel gegen den Deutschen Metallarbeiterverband veröffentlicht die „Märkische Volkszeitung“, das bekannte Zentrumsblatt, in der Nummer vom 7. März. Der Christliche Metallarbeiterverband beklagt sich dort über „sozialdemokratische Gewalttätigkeit“ und schimpft kräftig drauflos:

„Auf welch schäbige, jeder Gesinnungsfreiheit höhnsprechende Art und Weise der sozialdemokratische Metallarbeiterverband die Agitation betreibt und Mitglieder für sich zu „gewinnen“ sucht, beweist folgender Vorfall: Ein junger, dem christlichen Metallarbeiterverband angehöriger Kollege trat vor circa 3 Wochen bei der Eisenkonstruktionsfirma Delschau in Tempelhof in Arbeit. Genannte Firma beschäftigt circa 300 Mann, die fast ausnahmslos „frei“, das heißt sozialdemokratisch organisiert sind. Natürlich wurde der neueingetretene Kollege schon am ersten Tage einem Verhör über seine Organisationsangehörigkeit unterzogen und auch sein Verbandsbuch, angeblich zur „Einsichtnahme“ verlangt. Als sich dabei nun herausstellte, daß der Kollege christlich organisiert ist — ein schrecklicher Gedanke für einen „Zielbewußten“ —, da wurde ihm einfach von einem Freiheitshelden, dem Anreißer Hoffmann, bedeutet: Ja, das Buch kriegt Du nicht wieder, Du mußt bei uns eintreten!

Der „freie“ Vertrauensmann Schmidt nahm das Buch an sich; inwiefern sind zwei Wochen vergangen, ohne daß dem Kollegen trotz mehrmaliger Aufforderung sein Buch zurückgegeben wurde. Ob die beiden ihrer schäbigen, zudem gesetzwidrigen Handlungsweise, die anscheinend von ihrem Verbandsgebilligt wird, sich völlig bewußt sind, darf fraglich bezweifelt werden; bei geistig normalen Menschen ist dergleichen schlechterdings unmöglich, nur Größenwahn und Nachdünkel, gepaart mit einer starken Dosis Unerschämtheit, können derartige Auswüchse zeitigen. Und sie stehen in diesem Lager nicht vereinzelt da. Wenn der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und seine sauberen Macher aber glauben, durch derartige schäbige Manöver auch nur einen Mann für sich zu gewinnen, so befinden sie sich mit dieser Annahme stark auf dem Holzwege; damit reichen sie sich selbst die Maske vom Gesicht und zeigen sich in ihrem wahren Charakter, und wer den kennt, — der ist furiert. Trefflich paßt auch hier das Wort: Das ist die Kraft, die das Böse will und das Gute schafft!“

Wir wandten uns wegen der Angelegenheit sofort an den Metallarbeiterverband. Die vom Metallarbeiterverband gemachten Feststellungen haben nun folgendes ergeben: Der Metallarbeiter, um den es sich hier handelt, war am 8. Januar d. J. Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes geworden und hatte bis zum Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband bei den Christlichen vier Wochen Beitrag bezahlt. Es ist nun einwandfrei festgestellt, daß der Mann seinen Uebertritt durchaus freiwillig vollzog. Er hat dieses auch in Zeugeneigenschaft beigegeben. Aus der ganzen Angelegenheit wäre niemals etwas Besonderes geworden, wenn nicht der angeblich terrorisierte Mann einen Bruder hätte, der bei den Christlichen tätig ist. Als dieser „Bruder“ von dem Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband hörte, drohte er seinem jüngeren Bruder, er dürfe ihm nicht wieder ins Haus kommen, wenn dieser Uebertritt nicht rückgängig gemacht würde. Nun bekam es der bedeutend jüngere Bruder mit der Angst und sagte, die Kollegen im Betrieb hätten ihn zum Uebertritt gedrängt und das Buch der „Christlichen“ abgenommen. So der Sachverhalt nach den Angaben aller Beteiligten im Betrieb. Wenn hier von Terrorismus gesprochen werden kann, dann ist es der christliche ältere Bruder, der seinen jüngeren Bruder brutal terrorisierte.

Aber trotz alledem ist dem jungen Mann wiederholt und ausdrücklich im Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes gesagt, daß — wenn er sich im Deutschen Metallarbeiterverband nicht wohl fühle — er sein Mitgliedsbuch bringen möge und es gegen das Buch der Christlichen umtauschen könne. Jetzt, wo dies geschrieben wird, sechs Tage später, hat noch niemand das Buch des Metallarbeiterverbandes gebracht, um es gegen das Buch der „Christlichen“ umzutauschen. Betrachten wir also das Ganze, dann finden wir, daß die Unternehmung des Vorkommnisses nicht etwa Terrorismus auf Seiten des Deutschen Metallarbeiterverbandes ergeben hat, sondern elende Geheulei und Verdrehung der Tatsachen auf Seiten der Christlichen.

### Berlin und Umgegend.

#### Können in der Knabenkonfektion Tarife eingeführt werden?

Diese Frage beschäftigte am Dienstag eine Versammlung der Bügler, Stepper, Werkstat- und Heimarbeiterinnen, die bei Grack in der Großen Frankfurter Straße tagte. Es ist selbstverständlich, daß das, was in anderen Branchen des Schneidergewerbes möglich und zu einem guten Teil durchgeführt ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und tariflich zu regeln, auch in der Knabenkonfektion möglich sein muß. Das war die Antwort, die der Referent Runge auf die Frage gab, und das war auch die Ueberzeugung der Versammlung. Ebenso herrschte kein Zweifel darüber, daß diese Verbesserung und Regelung der Löhne dringend notwendig ist. Ein nicht geringer Teil der Arbeiterchaft der Knabenkonfektion ist einem gewissen Fatalismus verfallen, betrachtet es gleichsam als eine „gottgewollte Abhängigkeit“, daß man sich brüden lassen und immer wieder brüden lassen muß. Kommt zu solchen Arbeiterinnen jemand mit der Aufforderung zur Organisation, da ist die Antwort: „Ja, uns geht's so schon so schlecht, und nun sollen wir noch 3 bis 4 weniger Lohn erhalten, als wenn sie organisiert wären. Dafür „sparen“ sie allerdings die 25 Pf. Beitrag. In anderen Branchen, z. B. in der Kostümbbranche, hörte man früher dasselbe Gerede; da konnten die Arbeiterinnen auch die Beiträge nicht zahlen. Aber sie ließen sich belehren, und der Erfolg war, daß sie 1909 eine Lohnbewegung durchführen konnten, die ihnen 4 bis 6 M. Lohnerhöhung pro Woche und manche andere Vorteile mehr einbrachte. — An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, und es zeigte sich, daß der Wille zu einer Lohnbewegung in der Knabenkonfektion im Erstarken begriffen ist, die Empörung über die elenden Zustände immer mehr anwächst. Dieser gutbeachteten Versammlung werden fortlaufend weitere in anderen Stadtteilen folgen, um überall die Arbeiter und Arbeiterinnen der Knabenkonfektion in Massen für die Bewegung zu gewinnen, soweit das bisher noch nicht der Fall ist.

#### Eine Tarifbewegung der Marmorarbeiter.

Die Marmorarbeiter, Sektion II des Verbandes der Steinarbeiter, besprachen am Donnerstagabend in einer Versammlung, die bei Wegener in der Sonnenstraße stattfand, die Aussichten für einen Tarifabschluß mit den Unternehmern. Die Steinmetzgeschäfte wünschen einen Vertrag abzuschließen, wie Punkt der Versammlung mitteilte. Die Forderungen, die vor einem Jahre aufgestellt wurden, sind von dem größten Teile der Firmen schon erfüllt, und es würde sich hauptsächlich um die tarifmäßige Festlegung der Lohnsätze für das gesamte Gewerbe handeln. Nach diesen Sätzen soll

bei Verkehfirmen 90 Pf. Stundenlohn gezahlt werden; Steinmetzen in der Werkstatt sollen 80 Pf., auf dem Bau 85 Pf., Schleifer in der Werkstatt 68 Pf., auf dem Bau 73 Pf. erhalten.

Der Verband der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin richtete kürzlich an die Geschäftsstelle Berlin des Zentralverbandes der Steinarbeiter ein Schreiben, in dem gesagt wurde, daß der Verband gewillt sei, der Frage der Fortsetzung von Minimallöhnen und dem Abschluß eines Lohnvertrages für die Marmorarbeiter näherzutreten. Die Unternehmer hatten bereits eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt und erklärten sich bereit, mit einer gleichen Kommission von der Marmorarbeiterbranche in Unterhandlung zu treten. — Die Arbeiter waren damit einverstanden, aber sie wünschten, daß zu den genannten Lohnsätzen nach einem Jahre ein Zuschlag gezahlt werde, und sie beauftragten demgemäß ihre Kommission, die in der Versammlung gewählt wurde. Der Tarif wird voraussichtlich bis zum 1. April 1913 abgeschlossen werden, falls die Unterhandlungen ein günstiges Ergebnis zeitigen.

#### Die neue Sonntagsverordnung für das Handelsgewerbe.

Bekanntlich hat sich die Berliner Stadtvormwaltung zu einer „sozialen Tat“ aufgerafft, indem sie die sonntägliche Verkaufszeit auf zwei Stunden herabsetzte. — Eine sehr stark besuchte, vom Transportarbeiterverband einberufene, öffentliche Versammlung der Handelshilfsarbeiter nahm am Donnerstag Stellung zu dieser Verordnung. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Eichhorn, sowie die Disputationredner vertraten den Standpunkt, daß die Verordnung den Forderungen der Arbeiter im Handelsgewerbe durchaus nicht entspricht. Sie verlangen nach wie vor vollständige Sonntagsruhe und demgemäß völligen Ladenschluß an Sonn- und Feiertagen. Es ist ein längst widerlegter Irrtum, wenn man fürchtet, der Ladenschluß werde die Geschäftsleute schädigen. So wie sich das Publikum an den Achtuhreladenschluß an Wochentagen und an den Sonntagschluß in den jetzigen Grenzen gewöhnt hat, so wird es sich auch an den völligen Ladenschluß an Sonntagen gewöhnen, ohne daß den Geschäftsleuten ein Schaden erwächst. Den Arbeitern und Angehörigen ist die Sonntagsruhe ein dringendes Bedürfnis. Die Erfahrung hat bewiesen, daß sie immer noch über die zulässige Geschäftszeit beschäftigt werden. Das wird auch bei der zweistündigen Geschäftszeit nicht anders werden. Was dann noch als Sonntagsruhe für den Arbeiter übrig bleibt, kann in keiner Weise genügen. Wenn man jetzt, trotz Verbot der Sonntagsarbeit, mit einem großen Paket über die Straße geht — sagte ein Redner —, dann kann man einem Schuhmann damit vor den Bauch stoßen, ohne daß er die Uebertretung der Sonntagsruhe bemerkt. Nur das gänzliche Verbot der Sonntagsarbeit kann dem Arbeiter die notwendige Sonntagsruhe bringen.

Die Versammlung setzte eine Kommission ein, welche die Durchführung der Sonntagsruhe kontrollieren soll und nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung bedauert, daß die gesetzgebenden Körperschaften dem so dringenden Wunsche aller im Handelsgewerbe Beschäftigten, die vollständige Sonntagsruhe einzuführen, bisher noch nicht nachgegeben sind. — Die gesetzliche Einführung der vollständigen ununterbrochenen Sonntagsruhe ist eine kulturelle Notwendigkeit, die durchzuführen um so mehr erforderlich ist, als gerade die Handelsangehörigen durch die überaus lange Arbeitszeit an den Wochentagen nicht nur in ihrer Gesundheit schwer bedroht, sondern auch in ihrer geistigen und beruflichen Weiterbildung behindert werden.

Aus diesem Grunde wäre es dringend erforderlich gewesen, daß der Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium sich nicht auf die unannehmliche Verbesserung der Sonntagsruhe, welche durch das neugeschaffene Ortsstatut vom 1. Mai 1911 in Kraft tritt, beschränkt, sondern den berechtigten Wünschen der Handelsangehörigen, auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe Rechnung getragen hätten.

Die Versammelten erkliden in dem neuen Ortsstatut nur eine Abschlagszahlung auf ihre Forderungen und verpflichten sich, nach wie vor einmütig und geschlossen dafür zu agitieren, daß die vollständige Sonntagsruhe zur Durchführung gelangt.

Die Versammelten eruchen das laufende Publikum höflichst, ihre Einkäufe an den Wochentagen, aber nicht an den Sonntagen zu erledigen. Damit die Arbeiter diesem Ersuchen nachkommen können, muß darauf hingewirkt werden, daß in allen Betrieben die Lohnzahlung am Freitag erfolgt.

#### Eine Lohnbewegung der Handelsgärtnergehilfen

sieht bevor. Diese hatten sich am Dienstag in Dräfels Festhällen in so großer Anzahl versammelt, daß der Saal schon vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz besetzt war und viele noch stehen mußten. Veranlaßt war die Versammlung vom „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein“, Ortsverwaltung Berlin, sowie vom „Deutschen (nationalen) Gärtner-Verband“, Brandenburgischer Gau. Als erster Referent sprach J. H. Bannier vom Deutschen (nationalen) Verband. Redner vertritt die Ansicht, daß es sowohl für die Arbeitgeber als auch für Gehilfen das Beste sei, unter tariflich geregelten Verhältnissen zu arbeiten. Vor allem könnte dadurch der Schmutzlohnereis ein Riegel vorgeschoben werden. Trotzdem verhielten die Arbeitgeber sich diesem Standpunkt gegenüber durchaus ablehnend. Hierauf ging Walter Kwasnik auf die Arbeitsbedingungen der Handelsgärtner ein. Redner stellt Vergleiche an mit anderen Berufen und erklärt, daß es sich heute bei den Gärtnern nicht mehr um die Forderung einer 11 Stundenzeit handeln könne, zumal einige Berliner Firmen heute schon mit 10½ bzw. 10 Stundenzeit fürs ganze Jahr auskommen. Ferner verlangte der Redner Einschränkung der Sonntagsarbeit und Abschaffung des Kost- und Logisgeldes. Nach sehr lebhafter Diskussion fand einstimmig folgende Resolution Annahme:

„Die am 14. März 1911 in Dräfels Festhällen zahlreich versammelten Handelsgärtnergehilfen von Groß-Berlin erklären, daß eine zeitgemäße Neuordnung der jetzigen Verhältnisse eine dringende Notwendigkeit ist. Besonders hält sie eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit für unbedingt erforderlich. Im Interesse beider Teile liegt es, wenn es möglich wäre, über diese Forderungen eine gütliche Aussprache zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu erzielen. Aus diesem Grunde unterbreitet die Versammlung der Organisation der Arbeitgeber den Vorschlag, in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern beider Gruppen diese Frage zu besprechen.“

Zum Schluß der Versammlung meldete sich der Vorsitzende der Arbeitgebergruppe Berlin, Ernst, der die Sachlichkeit der Diskussion anerkannte, im übrigen aber erklärte, daß er kein Mandat habe, sich in der Sache zu äußern, da die Arbeitgeber noch keine Sitzung hätten abhalten können.

Es wurde dann noch mitgeteilt, daß der Tarif in Düsseldorf abgeschlossen worden sei. Die Anregung zu diesem Tarif war von den Arbeitgebern ausgegangen.

#### Deutsches Reich.

##### Aussperrung im Steinseggewerbe.

Die Unternehmer des Steinseggewerbes in Halle a. S. und dem Bezirk Merseburg haben am Dienstag die organisierten Arbeiter ausgesperrt. Die Arbeiter hatten Forderungen gestellt auf Abschluß eines Tarifvertrages für drei Jahre, eine Stundenlohnenerhöhung von 6 Pf. für diese Zeit und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag. Die Löhne in diesem Gebiete sind sehr niedrig. Die Unternehmer wollten einen Tarifabschluß auf drei Jahre mit 8 Pf. Stundenlohnenerhöhung, was die Arbeiter ablehnten. Auf den Abschluß von Einzelverträgen gehen die Unternehmer nicht ein, sie forderten die Zustimmung zu einem Verzichtstafel. Als keine Einigung darüber zustande kam, legten sie nun Ueberfluß den Arbeitern Austrittsgebühren vor, nach denen sie sich zum Austritt aus der Organisation verpflichten sollten. Bei der Aussperrung kommen etwa 500 Arbeiter in Betracht. Zugut ist streng fernzuhalten.

H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vormwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Der Holzarbeiterstreik in Breslau ist beendet. Eine unter den streikenden Holzarbeitern vorgenommene Abstimmung über die Frage, ob weiter gestreikt oder der Streik aufgehoben werden soll, ergab, daß 371 für die Beilegung, 489 für Weiterführung des Streiks waren. Da die Dreiviertelmehrheit für die Weiterführung des Streiks, die nach dem Statut vorhanden sein muß, nicht erreicht wurde, gilt der Streik als aufgehoben. Am Montag soll die Arbeit wieder in allen Betrieben aufgenommen werden. Die Breslauer Tischlerinnung hat in einer Versammlung einstimmig beschlossen, sich dem Berliner Schiedsgerichtspruch zu fügen.

#### Neue Differenzen im Leipziger Ofenseggewerbe.

Bekanntlich haben die Ofenseher Leipzigs im vorigen Jahre einen hartnäckigen Streik geführt, der schließlich nach Eingreifen des Arbeitgeberverbandes mit einem annehmbareren Vergleich seinen Abschluß fand. Die beiderseitigen Lohnkommissionen traten hierauf zusammen und arbeiteten auf Grund der Friedensbedingungen einen neuen und erhöhten Akkordtarif aus; außerdem wurde dem neuen Tarif die Dalbfabelberechnung eingefügt, die gegenüber dem früheren veralteten Berechnungsmodus viele Unklarheiten beseitigte. Der neue Tarif wurde vom Arbeitgeberverband sanktioniert; auch gab eine Gehilfenversammlung am 21. Februar zu den Abmachungen ihre Zustimmung, worauf der neue Tarif in Druck gegeben wurde. So schien diese Bewegung endgültig abgeschlossen. Vor einigen Tagen nahm jedoch die Leipziger Köpfermeisterinnung in schlecht besuchter Versammlung zu dem neuen Akkordtarif Stellung und lehnte die Abmachungen ab. Alle Gegenvorstellungen nützten nichts. Meister, die Gesellen gar nicht beschäftigten oder zuzeit nichts zu tun haben und sich von einem erneuten Streik persönliche Vorteile versprechen, legten ihr „wichtiges“ Veto ein und brachten den neuen Tarif, der bereits gedruckt ist, zu Falle. Die bisherige Lohnkommission der Meister demissionierte. Die Leipziger Ofenseher nahmen zu dieser Situation am 14. März Stellung. Mehrere Redner rieten in beargrößlicher Erregung zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Es wurde zunächst beschlossen, bei dem Vorstand des sächsischen Arbeitgeberverbandes für das Ofenseggewerbe Protest einzulegen und dessen Vermittlung anzurufen. Die Situation ist gespannt und ernst. Arbeitslose und ledige Gehilfen sind aufgefordert worden, Leipzig zu verlassen. Es wird eruchtet, den Zugang von Ofensehern nach Leipzig streng fernzuhalten!

Ein erfolgreicher zweitägiger Textilarbeiterstreik. In der Kammergarnspinnerei Groß in Sennheim (Obereslah) brach am Sonntagabend infolge Lohnminderungen ein Streik sämtlicher Spinner und Anleger sowie des weiblichen Personals an den Ringspinnmaschinen aus. Nachdem die Fabrikleitung einer Abordnung der Streikenden auf Ehrenwort die Anerkennung der aufgestellten Forderungen zugesagt hatte, nahm am Dienstag das gesamte Personal die Arbeit wieder auf. Als nicht uninteressantes Zwischenpiel ist mitzuteilen, daß der als ungeduldeter Gast in einer Versammlung der Streikenden erschienene christliche Arbeitersekretär Franz Fischer, Gemeinderatsmitglied in Wülhausen i. Eis., der zum Bischof für den christlichen Textilarbeiterverband ausgesprochen war, den Ausständigen derart auf die Kerben fiel, daß sie die Entfernung des christlichen Apostels aus der Versammlung beschlossen. Dafür trat man einmütig dem Deutschen Textilarbeiterverbande bei.

#### Ausland.

##### Die Waffenaussperrung der Arbeiter Dänemarks.

Die eine Rahmlegung des Erwerbslebens im ganzen Lande herbeigeführt hätte, ist kurz vor Ausbruch des Kampfes glücklich abgewehrt worden. Auf Vorschlag des staatsangehörigen Schlichtungsbeamten Direktor Koefoed ist ein Uebereinkommen erzielt worden, durch das die tägliche Arbeitszeit der ungelerten Arbeiter der Eisenindustrie um eine halbe Stunde verkürzt wird, ihr Minimalstundenlohn um 2 Öere, und nach drei Jahren um einen Öere erhöht wird. Außerdem werden den besser bezahlten Arbeitseuten ihre Stundenlöhne auch erhöht, und zwar die niedrigsten um 2, die höheren um einen Öere. Im übrigen werden die Akkordtarife der Schiffswerften so revidiert, daß den Arbeitern ein bestimmter Akkordüberschuß gesichert ist, und Burmeister u. Wain, die größte Schiffbauwerkstatt, die bisher noch Leute zu 30 Öere Stundenlohn einstellte, darf nun nicht mehr unter 35 Öere zahlen. Was für die Arbeiter erreicht worden ist, ist ja sehr gering, aber der Arbeitsmannsverband hat sich in einer außerordentlichen Zusammenkunft der Vertreter aus dem ganzen Lande mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Erwerbslebens damit einverstanden erklärt, und die Arbeitgeber, die ja prinzipiell gar keine Zugeständnisse machen wollten, haben es schließlich auch für besser befunden, klein beizugeben. Damit ist die größte Kriegsgeschichte wieder einmal beseitigt, aber der Friede zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft Dänemarks ist noch keineswegs auf der ganzen Linie gesichert. In verschiedenen anderen Berufen dauern die Konflikte noch fort und ist es noch zweifelhaft, ob eine Einigung zustande kommt.

##### Italien am Vorabend eines Eisenbahnerausstandes?

Die Angestellten der Eisenbahngesellschaften haben der Regierung mitgeteilt, daß sie, falls ihnen bis zum 22. d. Mts. nicht die Verifikation gegeben wird, daß die ihnen gemachten Verprechungen auch eingehalten werden, an diesem Tage sämtlich die Obstruktion gegen die Regierung beginnen werden.

## Versammlungen.

Der Wahlverein des zweiten Kreises hörte am Dienstagabend in Gabels Brauerei einen Vortrag des Genossen Heinrich Schulz über das Thema: „Das junge Deutschland“. Der Redner hatte dieses Thema gewählt aus Anlaß des 100. Geburtstages von Karl Gutzlow am 17. März. Er schilderte die geistige Entwicklung Deutschlands zur Zeit jener literarischen Schule, als deren Führer (1830 bis 1840) Karl Gutzlow galt und die ihre Verähnlichkeit nur der reaktionären Angst vor einem jungen Deutschland, vor einem jungen Europa verdanke. Als ein „junges Deutschland“ von anderer Stärke und anderer Bedeutung feierte der Redner die Massenbewegung deutsche Arbeiterchaft von heute. Die Versammlung, die recht gut besucht war, spendete dem Vortragenden vielen Beifall. — Genosse Schwemke als Vortragender wies in seinen Schlussbemerkungen noch besonders auf den Frauentag am kommenden Sonntag hin und forderte zu reger Beteiligung auf.

## Letzte Nachrichten.

#### Die Lage in Albanien.

Frankfurt a. M., 17. März. (B. L. B.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Saloniki meldet, hat sich die Lage im westlichen Albanien verschlimmert. An 2000 bewaffnete Wirriditen, sowie Angehörige anderer, auch mohammedanischer, albanesischer Stämme befinden sich im Gebirge, um mit dem Einsehen milderen Vektors die aufständische Bewegung zu beginnen. Als Herd des Aufstandes wird Montenegro angegeben. Die Einberufung der Redifbrigade in Sitow soll mit der ungünstigen Lage in Albanien zusammenhängen.

#### Wingerrevolte in Frankreich.

Troyes, 17. März. (B. L. B.) Die Winger in Colombe la fosse, die darüber aufgebrocht sind, daß das Weinbaugbiet von Aube nicht in das Champagnegebiet einbezogen ist, versagten heute den Steuereinnahmern, künsteten die Totenglocke und pflanzten eine rote Fahne auf der Mairie auf.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dietzu & Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

150. Sitzung. Freitag, den 17. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück, Vermuth.

Präsident Graf Schwerin: Heute vor 50 Jahren ist der

italienische nationale Einheitsstaat

Begründet worden, und das ganze italienische Volk feiert heute diese Begründung. (Die Abgeordneten erheben sich bis auf einige der wenigen antwortenden Zentrumsmitglieder von ihren Plätzen.) Das deutsche Volk wird an dieser Feier des befreundeten und verbündeten italienischen Volkes lebhaften Anteil nehmen. (Beifall.) Ich habe deshalb dem Präsidium der italienischen Deputiertenkammer telegraphisch die herzliche Anteilnahme des deutschen Volkes ausgesprochen. (Lebhafter Beifall.)

Zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Sechster Tag.

Die Beratung beginnt mit dem Titel: „Beitrag für den Verband deutscher Arbeitssachverständiger 30 000 M.“

Abg. Severing (Soz.):

Herr Giesberts hat am Mittwoch eine echte und rechte Scharf-macherecke gehalten (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und die Stellung meiner politischen Freunde zur Frage der paritätischen Arbeitssachverständigen in Frage gezogen. Anfangs der 90er Jahre haben tatsächlich einige Gewerkschaftsführer die Ansicht vertreten, der Arbeitssachverständigen gehörte den Arbeitern. Aber bereits Ende der 90er Jahre verlangten wir den paritätischen Arbeitssachweis. Herr Giesberts sollte auch wissen, daß wir sowohl in der Kommission für das Stellenvermittlungsgesetz als für das Arbeitsamtergesetz für paritätische Arbeitssachverständigen eingetreten sind.

Weiter sprach Herr Giesberts über sozialdemokratischen Terrorismus und wies zum Beweis dafür auf den Buchdruckertarif hin. Dieser hat doch wirklich mit irgend welchem Terrorismus der Sozialdemokratie oder der freien Gewerkschaften nichts zu tun. Bei dem tariflichen Organisationszwang ist ausdrücklich bestimmt, daß auch Mitglieder anderer Organisationen als des Buchdruckerverbandes, wenn sie für die Tarifgemeinschaft wichtig sind, in Stellung genommen werden sollen. Vor allem aber ist der tarifliche Organisationszwang nicht auf Verreiben der Buchdrucker in den Tarif hineingekommen, sondern auf Verreiben der Prinzipale (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), die sich gegen die Schmutzkonkurrenz nicht tariffreier Prinzipale schützen wollen.

Der Unterstützung des Verbandes deutscher Arbeitssachverständiger stimmen wir zu, weil wir seine Bestrebungen unterstützen. Leider wird von den Eisenbahnverwaltungen einiger Einzelstaaten den Bestrebungen entgegen gewirkt, indem sie den Arbeitern, die auf Anweisung des Arbeitssachverständigen die Eisenbahn benutzen müssen, keine Tarifermäßigung gewähren. Vielleicht wirkt der Staatssekretär auf die Eisenbahnverwaltungen ein, ihre Praxis zu ändern.

Auf der letzten Generalversammlung des Verbandes deutscher Arbeitssachverständiger am 27. und 28. Oktober in Dresden wurde von Arbeitgebervertretern verlangt, daß der Arbeitssachweis den Arbeitgebern mitzuteilen habe, ob ein Arbeiter, der Arbeit sucht, etwa wo anders gestreift hat. Danach müßten die Arbeitssachverständigen förmliche Streiflisten aufstellen und führen. Solche einseitigen Arbeitssachweise könnten wir nicht unterstützen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vorläufig gebe ich mich noch der Hoffnung hin, daß der Verband diesen Bestrebungen nicht Folge geben wird, wodurch die Arbeitssachweise zu förmlichen Nachregelungsbüroaus werden würden. (Lebhafte Zustimmung links.) — Wenn die Regierung es ernst meint mit der Förderung des wirtschaftlichen und gewerblichen Friedens, so darf sie sich nicht mit dieser pekuniären Beihilfe an den Verband begnügen, sondern muß gesetzliche Maßnahmen treffen, um dem Mißbrauch der Arbeitssachweise entgegenzutreten. Bei den paritätischen Arbeitssachweisen müssen paritätische Beschwerdebekanntmachungen gebildet werden, dem Mißbrauch der einseitigen Arbeitssachweise muß entgegengetreten werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Z.): Ich habe in meiner vorgestrigen Rede lediglich die sogenannten paritätischen Tarifarbeitssachweise gemeint, die anderen organisierten Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit beschränken.

Kleines feuilleton.

Die Dauer-Bügelkappe. Früher gab es für unsere Schneider eine unangenehme Notwendigkeit, die sich zu unserer Zeit durch die Eigentümlichkeit der Wärmestoffe zu einer Unentbehrlichkeit, zum Grabmesser von Rang und Name, nicht zuletzt einfach zu einer Schönheit entfaltet hat. Diese ältere Notwendigkeit war die Bügelkappe in den Hosen unserer Männer. Kein Schneider vermochte, wenn ein Weiblein fertiggestellt war, die Hosen ohne Bügel aufzubügeln. Darum mußte man es bei der Bügelkappe belassen.

In Helios, wo die Männer in unbehobenen Gewändern lebten, wurde kein Geist um diese Frage bewegt. Bei uns machte die Bügelkappe ihr Glück. Wenn einer eine solche an sich trug, wußten die anderen, daß dieser Mensch nicht bloß einen Anzug im Schrank hängen hatte. Untergeordnete Menschen können sich, auch wenn man die Art ihrer Arbeit bedenkt, keine Bügelkappe leisten.

Dann läßt sie sich bequem zur Schau tragen. Man braucht keine Vereine dazu, es bedürfte nicht einmal einer Verabredung, jeder der dazu gehört, wußte, was das heißt: Die Bügelkappe! Ein Stück kapitalistischer Keßheit! Schön ist, was frisch gekauft ist!

In diesem stummen Aufzug finden sich alle Arten Bügelkappen, z. B. die kommerziellste, die kraft ihrer Sichtbarkeit noch größere Ehren für die Hoseninhaber gewinnen wollen. Durra-Bügelkappen stehen oft in langer Reihe stolz und stramm neben- und hintereinander. Wenn einer auf Freizeitspaziergängen in den V. . . steht, so darf er mit Fug auf eine gleichwertige Ehefrau Anspruch erheben.

Diese Kappe, die man einstens nicht umgehen konnte, hat ihren Weg gemacht. Sie ist zu Ansehen gelangt, von manchen Leuten wird sie fast wie ein Amulett um die Arme getragen. Heute ist sie legitimiert, wie alle Tugenden, die glänzend und deutlich nach außen wirken. Und jetzt haben wir eine neue Epoche des Kulturmessers, der Bügelkappe, erreicht.

Ein genialer Kopf hat die vortwärtssehende Menschheit mit einem Patent beglückt, erlöst mit der „eingenähten Bügelkappe“!

Unsere Neuerfindung eingenähte Bügelkappe betr., geleglich geschliffen, welche vermöge elastischer Beschaffenheit sofort allseitig Ankererkennung tonangebender Fachleute resultiert, findet auch fortgesetzt größtes Begehren seitens der Herrenwelt. So verfährt der glückliche Erfinder. Was früher echt war, wird jetzt eingenäht, kein Mensch sieht dem andern an, ob er echt ist oder nur durch die geleglich geschliffene Verbindung täuschend echt begnadet ist. Genauere Aufklärung, Anleitung wird kostenlos gegeben. Die eingenähte V. . . ist zu billigen Preisen, 10 Millimeter breit, 10 Pf. per Meter, zu haben. V. . . -Progen können sich auch eine Breite von 15 Millimetern für 21 Pf. leisten.

Die eingenähte Kappe ist nicht nur eine geniale Erfindung, sie ist auch ein Sinnbild unserer Kultur. Alles ist eingnäht: von der religiösen und patriotischen Gesinnung bis zur professionellen Wissenschaft und der akademischen Kunst. Nehmt allen unseren Größen der bürgerlichen Welt die eingnähten V. . . der Bestimmungen,

Abg. Severing (Soz.):

Mit den paritätischen Tarifarbeitssachweisen kann Mißbrauch getrieben werden und wird wohl auch gelegentlich Mißbrauch getrieben, das gebe ich zu. (Hört! hört! im Zentrum.) Aber das gibt Herrn Giesberts kein Recht zu einer einseitigen Kapuzinerrede gegen die freien Gewerkschaften; in dieser Beziehung sind wir allzumal Sündler.

Der Titel wird bewilligt. Die Debatte über den Titel „Zur Deckung der dem Reiche aus der Ausführung des Gesetzes über den Abzug von Kalkulagen 4 500 000 M.“ wird auf Antrag des Abg. v. Nächsthosen (L.) ausgelehrt.

Beim Titel „Reichs-Schulkommission“ bittet Abg. Beck (Soz.) die Petition der deutschen Lehrerschaft um Erleichterung eines Reichsschulmuseums günstig aufzunehmen.

Einige weitere Titel werden ohne Debatte bewilligt. Es folgt das Kapitel „Behörden für die Untersuchung von Seemannsfällen“.

Abg. Metzger (Soz.):

Eine Reihe von Seemannsfällen mit einem erheblichen Verlust an Menschenleben veranlaßt mich, erneut die Frage an die Regierung zu richten, ob sie noch immer nicht geneigt ist, ihre passive Haltung bezüglich der Seeschiffskontrolle aufzugeben. Im Anschluß an die Seemannsordnung wurde im Jahre 1902 vom Reichstag einstimmig eine Resolution angenommen, die einen Besonderen verlangte, durch welchen die Frage einer behördlichen Aufsicht über die Seetüchtigkeit, den Tonnage, die Besatzung und Verproviantierung von Kausfahrtschiffen geregelt, für Abstellung etwaiger Mängel Sorge getragen und zu diesem Zwecke eine der Oberaufsicht des Reiches unterstehende Instanz bestimmt wird. Vor zwei Jahren erklärte der Ministerialdirektor v. Jonquierres, die Regierung halte die Errichtung eines Reichsschiffsamtes noch nicht für reif zur Entscheidung. Die neuesten Unfälle, von denen die Dampfer „Palermo“, „Genoa“, „Sabona“ der Hamburger Reederei Sloman betroffen wurden, wobei

65 brave deutsche Seeleute ihren Tod

finden, fordern dringend zu einer erneuten Prüfung der in der Resolution von 1902 angeregten Fragen auf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mehr wie je ertönt aus den Reihen der Seefahrer der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung der Seeschiffskontrolle. Das stets vorhandene Mißtrauen der Seeleute gegen die völlig ungenügende Kontrolle der Seebereitschaft und der Klassifikationsgesellschaften ist gewachsen und wird weiter wachsen. Für die Seebereitschaftsgesellschaft kommen bei der Beurteilung eines unterworfenen Schiffes neben der Seetüchtigkeit noch andere Gesichtspunkte in Frage; in dem Verwaltungsbericht der Seebereitschaftsgesellschaft von 1898 heißt es: „Mag auch zugegeben werden, daß manche Schiffe nicht im vollen Sinne des Wortes seetüchtig sind (Hört! hört! bei den Sozialdem.)“, so ist es doch eine ernste Frage, ob es richtig wäre, wenn strengere und naturgemäß schablonenhafte Anforderungen gestellt würden, bei denen nur die Weisheit des Fahrzeugs, nicht die persönlichen Eigenschaften des Führers berücksichtigt werden können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch wird manches erklärlich, was im Dezember vorigen Jahres nach dem Untergang der drei Sloman-Dampfer über ihre Weisheit bekannt geworden ist. Am 14. Dezember wurde bekannt gegeben, die „Palermo“ sei gestrandet, die Besatzung von 19 Mann und die fünf Passagiere seien gerettet; aber schon am anderen Tage kam die Nachricht, das Schiff ist mit Mann und Maus verloren. Am 23. und 24. Dezember kamen dann die Meldungen, daß auch die schon lange überfälligen Dampfer „Genoa“ und „Sabona“ mit ihren 42 Mann Besatzung als verloren anzusehen seien. Alle drei Schiffe waren aus Genua gebaut und hatten ein Alter von 33—35 Jahren; es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß den Schiffsbrechern diese alten Kästen schon längst

nicht mehr geheimer

erschlossene waren; — liegen sie doch in derselben Zeit, als die Todesboten eintrafen, ihren alten Dampfer „Amalfi“ zur Ausreise fertig machen, trotzdem das Maschinenpersonal darauf aufmerksam machte, daß die

Kessel nicht dicht

seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst als das Maschinenpersonal sich an die zuständige Behörde wandte und eine Kesselrevision verlangte, welche die Seetüchtigkeit des Schiffes ergab, wurde das Auslaufen verboten. Durch ihre Prestrabanten hat die Reederei verbreiten lassen, daß die drei untergegangenen Schiffe von 1904 bis zu ihrem Untergange 82mal revidiert seien. Das

Oeden, Titel, Würden, Gehälter, und sie sind gar nichts mehr wie gänzlich gemeine, ungebildete, alte Hosen, mit wässern Aniedauchtungen. Der Mensch von heute ist, was ihm eingenäht ist.

Theater.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus hat man jetzt das von so vielen anderen Berliner Theatern besetzte Recept übernommen, eine alte Fosse statt der fehlenden guten neuen zu bieten. Restroy, Kalkil und viel geringere alte Bühnengötter gehören ja wieder zu dem modernsten Repertoire. In den nördlichen Gefilden ging man beherzt noch einen Schritt weiter und griff entschlossen an Kogebue zurück und holte dessen Fosse „Pagenstreiche“ hervor. Und Kogebue gefiel, Kogebue, dessen Name bei jedem Literaturlenker Verweisung erregt, wie sein gleichbenanntes Gedicht, gefiel und empfand wie zu Goethes Zeiten, da er am Weimarer Theater der meistgespielte Autor war.

Kogebue scheint ewig zu sein, ewig wenigstens für ein Publikum, das sich im Theater leicht unterhalten und auf alle Fälle lachen will, das lustige Späße und tolle Verwicklungen und allerlei Komik und Ill begehrt, ohne nach Wahrscheinlichkeit der Vorgänge und tieferer Charakterisierung der Handlungen zu verlangen. Kogebue ist ewig, wenn nicht in seinen eigenen 200 und mehr Werken, so doch in denen seiner Nachfolger, der Stadelburg und Klumenthal und deren hoffnungsvoller Erben, die immer noch die gleiche Alltagskost bereiten.

„Die Pagenstreiche“ sind in ihrer Art so gut, ja besser wie viele andere neuere Fossen und wenn sie lustig und nett daher kommen wie diesmal (unter Dir. Runges Regie), so mag man sie gewähren lassen. Was altbuden und heute allzu harmlos erscheint, mag als kulturgeschichtliche Reminiszenz neben dem Spahigen und Tollen wirken, das noch lebendig ist. Die der mutwillige Page bei seinen drei Mägen die drei Freier aussticht und wie er sie ihnen dann wieder verschafft und die alten, inzwischen beschaffenen Freier zum Abzug bringt und in all dem sein munteres, ausgelassenes Wesen in immer neuen und ledigen Einfällen und Streichen treibt, ist recht ergötzlich und vom Standpunkt der bloßen Theatermacht aus gelungen. Wenn der Page ein so lustiger und aufgeweckter Junge ist wie ihn Toni Rupprecht temperamentvoll spielte und sein Gefühls der Reizkraft soviel Humor hat wie der des Herrn Schmasow und das Ganze so flott heruntergespielt wird wie diesmal, dann mag Kogebue und seiner Gemeinde verschiedenes zugute gehalten werden.

Musik.

Wollsober. Die Handlung der Verdischen Oper: „Amelia oder Ein Maskenball“, die Donnerstag neu einstudiert aufgeführt wurde, deckt sich vollständig mit der von Anders „Gustav oder Der Wastball“; nur mit dem Unterschied, daß sie nicht in Schweden, sondern in der englischen Kolonie Amerika spielt, und daß statt eines Königs ein Gouverneur ermordet wird. Die Aufführung zeugte in musikalischer Hinsicht von tüchtiger Einstudierung, wenn sie auch dem Temperament des großen Italieners

mag stimmen, beweist aber gar nichts, die Untersuchung durch die Beamten der Seebereitschaftsgesellschaft ist eben ganz unzulänglich. Als 1895 die „Gibe“ unterging, wobei 200 Menschen ihr Leben verloren, begehnete der Febr. v. Stumme es als eine Anomalie, daß man sich in der Seeschiffahrt mit einer Privatkontrolle begnüge. Von der „Palermo“ ging nicht lange nach ihrer Ausreise der Reeder ein Schreiben eines Heizers zu, er habe abgemustert, weil er den Kästen für

reif zum Verkauf

erkannt habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Mann hat sich auf diese Weise das Leben gerettet. Ein einfacher Heizer erkannte also den Zustand des Schiffes, aber die Experten der Seebereitschaftsgesellschaft und des „Germanischen Lloyd“ erkannten sie nicht. Das ist freilich erklärlich, wenn sie nach den oben angegebenen Rücksichten verfahren müßten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch andere Schiffsleute erkannten den Zustand des Schiffes. So schrieb ein Kapitän vom Dampfer „Sabona“, daß bald nach der Ausreise mehrere Käpfe lang an der Maschine gearbeitet werden mußte, um den Kessel nichtrostig in Schwung zu halten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man darf wohl auf den Ausgang der Untersuchung des Hamburger Seeamts und seinen Spruch gespannt sein. Auch dem über 30 Jahren alten Dampfer „Marjala“ wird nachgelagt, daß er nicht seetüchtig sei; nur dem Umstande, daß er gutes Wetter hatte, dankt er die Rückkehr von seiner letzten Reise. Als im vorigen Jahre mein Freund Schwarz sich nach dem Schicksal der Resolution von 1902 erkundigte, wurde vom Bundesratssitz geantwortet, die Kontrolle der Seebereitschaftsgesellschaft sei unendlich viel strenger geworden, und es würde kaum noch vorkommen, daß ein seetüchtiges Schiff durch die Räuber der Kontrolle schlüpfe. Nun, an den Kontroll-Verordnungen fehlt es sicher nicht, wohl aber an der Handhabung. Es ist doch merkwürdig, daß die Seebereitschaftsgesellschaft niemals ein Schiff als seetüchtig an der Ausreise verhindert. Ein Boot des Baggers „Brunhilde“ wurde von der Seebereitschaftsgesellschaft zu 14 Personen abgenommen. Es kenterte mit 10 Mann Besatzung, wobei drei Mann ums Leben kamen. Das Seamt stellte fest, daß es bereits bei einer Besatzung von vier Mann leicht kenterte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Abg. Heßcher behauptete hier im Reichstage, unsere großen Schiffsgeellschaften haben keine seetüchtigen Schiffe, keine schwimmenden Särge. Deshalb muß ich doch etwas über das „Weglegen“ von sogenannten Sargschiffen

sagen. Das Seamt in Brake fällte am 28. Oktober 1909 folgenden Spruch: Die Hamburger Tialt (kleines Schiff) „Sargus“ ist am 14. Dezember 1907 vor der Jade von dem Bremer Schiffsdampfer „Verlin“ in sinkendem Zustande getroffen, jedoch von ihm geborgen und nach Nordenham geschleppt. Das mangelhaft gebaute Schiff ist in Folge schwerer Arbeiten etwas led geworden, dann hat jedoch der Schiffer Karl Niedorf in der Absicht, das Schiff zum Sinken zu bringen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), zunächst die Vullaugen in der Kajüte eingeschlagen und ferner eine im Boden unter der Kajüte befindliche Verdrahtung geöffnet. Das Sinken des Schiffes ist nur dadurch verhindert, daß der an Bord befindliche Küstenschiffer Höndt die Verdrahtung wieder dicht machte. Der Schiffer Karl Niedorf hat am 16. Dezember 1907 im Hafen von Nordenham das Schiff verlassen und ist seitdem verschollen. Er hat durch sein Verhalten eine außerordentliche Gefährdung an den Tag gelegt; es wird ihm daher die Befugnis als Schiffer auf Küstenschiffahrt entzogen. Wird Herr Heßcher und seine Freunde, die ihm damals „Sehr richtig!“ zuriefen, auch jetzt noch der Ueberzeugung sein, daß es in der deutschen Marine keine Sargschiffe zum „Weglegen“ gibt? Auch in einem anderen Falle kaufte die Reederei „Sargus“ in Rostock einen alten englischen Dampfer mit Namen „Edith“. Das Schiff war abolut seetüchtig und ist untergegangen. Auch hier befragte das Urteil des Seeamtes in Rostock, daß die schlechte Beschaffenheit des Schiffes und seine mangelhafte Besatzung den Untergang verschuldet haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sollte angesichts all dieser Vorwissenisse die Regierung nicht doch endlich zu der Aufsicht gelangen, daß eine staatliche Organisation der Schiffskontrolle

geradezu unerlässlich ist, sollte sie sich nicht endlich für verpflichtet halten, auch für das Leben unserer braven Seeleute, die fortgesetzt den größten Gefahren ausgesetzt sind, ernstlich einzutreten, oder sieht die Regierung auf dem Standpunkt, daß

Menschenfleisch so billig ist,

daß es auf einige hundert braver Seeproletarier gar nicht so sehr ankommt. In den zehn Jahren von 1897 bis 1906 sind nicht weniger als

nicht Rechnung trug. Die Regie hätte vor allen Dingen für dramatische Belebtheit der Volksbühnen sorgen müssen. Zum Uebersingen oder Ueberschließen sind die nicht da. Allzu power und langweilig war auch die Maschade im fünften Aufzuge arrangiert. Der dritte und vierte Aufzug standen auf der Höhe; da wurde dramatische und musikalische Geschlossenheit erreicht. Die Titelpartie führte Rachel Grease-Green mit schöner Gesangsart durch; nur das Spiel der Sänginnen mühte sich noch freier werden. Der Gouverneur gab Jakob Mail. Er besitzt einen echt lyrischen Tenor und weiß sich auch recht temperamentvoll zu regen; das Tremolieren wird er hoffentlich absteifen. Julius Rungers weicher Varyton war in getragenen Partien seiner Rolle als Revu am Platze. Der Wahrsagerin (Mosa Sache-Friede) ging das Geheimnisvolle, Exotische-Romantische verloren. Die beiden mordverschorenen Offiziere schickte das Basses Grumbel; anstatt dessen steckten sie die Virginität mehr heraus, als zu wünschen war. Käthe Fund (Wage) hat glänzende Gesangsmittel; die schalkische Szene im Schlußakt gelang ihr gut. Alles in allem wurde die Aufführung von dem vollbesetzten Hause mit wohlverdientem Applaus begleitet. a. k.

Notizen.

Die Neue freie Volksbühne beschloß in der Generalversammlung der Wandbühnenmitglieder, ein Neues Volkskunsthaus am Bülowplatz im ehemaligen Scheunenviertel zu errichten. Der Bau soll durch Baumeister Kaufmann, den Schöpfer des Hebbel-Theaters, errichtet werden.

Friedrich Haase, der Regisseur der deutschen Schauspieler, ist im Alter von 65 Jahren am Freitagmorgen in Berlin gestorben. Den meisten war sein einst so populärer Künstlername freilich nur ein Name, an den sich kaum persönliche Vorstellungen knüpfen. Denn 1898 hatte er sich bereits von der Bühne verabschiedet, nach einem langen Gastspielreise, das ihn als reisenden Virtuosen über alle Bühnen geführt hatte. Aber auch die ihn noch selber gesehen hatten, konnten kaum seine frühere Popularität vermissen. Uns jüngeren erschien er als ein Routinier von großer Geschicklichkeit, der und im ganzen so kalt ließ, wie uns sein Repertoire gleichgültig geworden war. Eines königl. preussischen Kammerdieners Sohn, der in Berliner Schloß geboren war und dem der spätere Friedrich Wilhelm IV. Pate gesandten hatte, suchte Haase das Ideal korrekter Würdevollheit und der Anzucht als Selbstzweck zu verwirklichen. In seiner Jugend soll er durch sein realistisches Spiel aufgefallen sein. Indes sein Name war nicht verknüpft mit Dramen, die dauernden Wert errangen.

Verichtigung. In dem Artikel zur Schriftfrage (Unterhaltungsbillett Nr. 53) muß der Verfasser des in der Anmerkung zitierten Aufsatzes Cateil (nicht Erteil) heißen. — Die Antiquarier befinden sich im Irrtum, wenn sie von einer Ungeklärtheit der Schriftfrage (nicht Schriftzüge) reden. — Man hat von der Praktur als einem formalen (nicht normalen) Bildungsmittel für die Schule gesprochen.

gegangen, wobei

2185 Seelen und 61 Passagiere ihr Leben eingebüßt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach allem, was ich über die Lage Ausführung der privaten Schiffskontrolle vernehmen habe, kann ich von dem Gedanken nicht loskommen, daß der Opfer weit weniger zu bezeichnen gewesen wären, wenn eine energiereichere Kontrolle unabhängiger Beamter unter Zuziehung von Seeleuten aller Chargen stattgefunden würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Toten richten die Mahnung an die Regierung und an uns alle, unbekümmert um die Interessen der Seefahrer einzutreten für einen wirksameren Schutz unserer braven Seefahrer. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor v. Jongsieders: Wir beklagen die Verluste an Menschenleben, die vorgekommen sind. Ich muß aber sehr bezweifelhaft, ob die Vorfälle des Vordemers in der Praxis sich bewähren müßten. Ich will durchaus nicht behaupten, daß die heutige Beaufsichtigung vollkommen ist. Aber alles Menschliche ist unvollkommen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Seemfälle werden immer vorkommen. (Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Unfälle beweisen nichts gegen die geltende Form der Kontrolle. (Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Für die Ausrüstung des Schiffes trägt der Kapitän die Verantwortung, nicht die Seebereitschaft. Wenn der Kapitän etwas vernachlässigt, so trägt er die Schuld, er allein, nicht die Seebereitschaft. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber sie trägt die Mitschuld!) Nein, sie trägt auch nicht die Mitschuld! (Stärklicher Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Eine Kontrolle, wie der Vordemer sie fordert, bei allen Schiffen vorzunehmen, geht nicht an; bei den Auswandererschiffen aber wird sie geübt. — Ich weiß, daß in Hamburg in den beteiligten Kreisen große Aufregung entstanden ist, weil auf einmal drei Dampfer einer und derselben Gesellschaft untergegangen sind. Ich gehe auch zu, daß es alte Dampfer waren. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Dampfer sind untergegangen in einer Sturmnacht, wie sie seit Jahrzehnten nicht erlebt worden ist. — Man soll doch nicht vergessen, daß die Schifffahrt ein Gewerbe ist und daher auch nach geschäftlichen Grundsätzen betrieben werden muß. Es ist aber unzulässig, daß in bezug auf Sicherheitsmaßnahmen usw. die deutsche Handelsmarine den Vergleich mit keiner anderen Handelsmarine zu scheuen hat. — Es sieht fest und kann zahlenmäßig bewiesen werden, daß die Deutsche Seebereitschaft gut, was sie kann. Die Seebereitschaft stellt auch die Aufsichtsbekanntmachung so unabhängig wie es irgend möglich von den Reedern. Wenn die Forderungen des Vordemers erfüllt werden sollten, so hätten wir ein geradezu kolossales Beamtenpersonal nötig. Woher das Geld dafür hernehmen? Ich habe in meiner Jugend auch solche Gedanken gehabt, bin aber längst davon abgekommen. Die Praxis hat mich eines Besseren belehrt. Ich protestiere dagegen, daß die Ehre der deutschen Schifffahrt herabgerissen wird. (Lebhafter Beifall, Abg. Ledebour ruft: Ausruhen!)

Vizepräsident Schulz: Es ist unzulässig, einem Bundesratsvertreter Unfug vorzuerzählen.

Abg. Schwarz-Lübke (Soz.):

(von der Rechten mit Anrufen empfangen): Wenn Sie hier stundenlange Mittelstandsreden halten, so müssen Sie uns auch schon gestatten, hier einige Ausführungen zu machen, wo es sich um Tod und Leben

Tausender von deutschen Seeleuten handelt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nicht die Altersfrage der Schiffe hat im Vordergrund zu stehen. Ich bin auf einer alten Dame gefahren (Große Heiterkeit), die zählte 65 Jahre (Erneute große Heiterkeit), war aber durchaus noch leistungsfähig. Viel wichtiger ist die Frage der Besatzung. Und am allerwichtigsten ist die Frage der Vermanung. Es ist unläugbar, daß die Schiffsunfälle in sehr vielen Fällen von der viel zu schwachen Besatzung herrühren. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß häufig auch die jungen Leute viel zu sehr überwiegen. Bei einer Katastrophe stellte sich heraus, daß die Betroffenen durchweg Leute von kaum 18 Jahren waren. (Hört! hört!) Ein Vorkind ist auch, daß jetzt meist die Ausbildung auf den Schiffschiffen der Kriegsmarine der Ausbildung auf Konfahrschiffen vorgezogen wird. Die Ausbildung auf den Schiffschiffen ist aber in erster Linie eine militärische und bildet längst nicht so gute, gewiegte Praktiker heraus, wie die Ausbildung auf Konfahrschiffen.

Wir haben ja schon mehr als einmal hier lange Debatten über Seemfälle und ihre Ursachen gehabt, und wir haben hier häufig Klagen über die Seebereitschaft erhoben. Und immer stritten sich die Regierungsvertreter hin und fanden alles in bester Ordnung. Solange aber nicht die Meinung der Mannschaften, als der schicksalhaftesten und der naturgemäß am besten unterrichteten, eingeholt wird, solange sind die Urteile der Seebereitschaft einfach für die Kap. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber bei der Beratung der Seemannsordnung hat man alle die Vorschläge, die wir in Uebereinstimmung mit der Organisation der Seeleute gemacht haben, verworfen. Ehe man aber nicht die Seeleute in ausgiebiger Weise an der Kontrolle beteiligt, werden die Klagen über unzureichende Kontrolle nicht abreißen und sie werden immer wieder laut werden, wenn Seemfälle und Schiffskatastrophen die Aufmerksamkeit auf die Mängel der Beaufsichtigung lenken. Und wie werden es uns nicht nehmen lassen, seit dem Etat des Reichsamts des Innern auf diese Mängel hinzuweisen, bis es uns gelingen wird, ihre Abstellung zu erreichen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kirch (Soz.): Die Herren Wegger und Schwarz sind uns den Beweis schuldig geblieben, daß die tief bedauerlichen Unfälle und Katastrophen auf das Konto der Seebereitschaft zu setzen sind.

Abg. Dr. Heffner (Sp.): Ich begreife durchaus die Erregung, die in Hamburg und im Hamburger Hafen über die furchtbare Katastrophe der drei Dampfer herrscht. Ich spreche an dieser Stelle den Opfern dieser Katastrophe unser innigstes Beileid aus. — Auch das will ich zu sagen, daß die Firma Sloman im Lufe steht, außerordentlich genau und sparsam zu sein, wenn es sich um die Ausrüstung von Schiffen handelt. (Lebhaftes Hört! hört!). Sie läßt zum Beispiel den vierten Offizier auf ihren größeren Schiffen aus Sparmaßregeln in Mannschiffsquartieren schlafen. (Hört! hört!) Ich würde in dieser Sache gar nicht das Wort ergriffen haben, wenn die Kollegen Schwarz und Wegger das Urteil des Seemats abgewartet hätten. Nachdem die Herren aber diese Gebüh nicht bewiesen haben, sehe ich mich doch zu der Erklärung genötigt, daß es ohne dringende und zwingende Beweismittel nicht angeht, die Firma Sloman zu beurlauben, wesentlich seuntüchtige Schiffe ausgefandt zu haben. Ich kenne kein gemeineres Verbrechen, als mit Wissen und Vorbedacht seuntüchtige Schiffe auszulenden. Aber gerade deshalb kann ich der Firma Sloman ein solches Verbrechen nicht zutrauen. Ich kann es umwieweniger, als bekanntlich bei der Katastrophe des einen Dampfers ein nader Verwandter der Firma Sloman untergegangen ist. — Protestieren muß ich auch gegen die Art und Weise, wie hier von sozialdemokratischer Seite der verdiente Vorbehalt der Seebereitschaft heruntgerissen wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Ich glaube nicht, daß es einen großen Fortschritt bedeuten würde, wenn die staatliche Kontrolle an die Stelle der Aufsicht der Seebereitschaft treten würde. Ich weiß, daß sowohl der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Seemannsorganisation, Herr Müller, immer ein offenes Ohr für ihre Beschwerden und Vorstellungen bei dem Vorsitzenden der Seebereitschaft gefunden haben. (Hört! hört! bei den Liberalen.) — Bedauerlicherweise Katastrophen können nichts an der Tatsache ändern, daß die deutsche Reederei hochgeachtet in der Welt besteht. (Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Knob (Sticht. Sp.): Der Geheimrat Jongsieders hat hier einen Ton angeschlagen, der nicht als angemessen bezeichnet werden kann. Mit solchen Reden gewinnt man nicht das Vertrauen der Seeleute! Es befördert nicht die gesunde Entwicklung, wenn

sich hier Regierungsvertreter hinstellen und sagen: es ist alles schön und gut! Es ist doch ein böses Feinden für das Pflichtbewußtsein in manchen Reedereien, wenn gerichtlich festgestellt wurde, daß auf einem Schiffe lange Zeit der Steuermann schlie. (Hört! hört!)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Die Art, in der der Ministerialdirektor dem Abg. Wegger antwortete, ist hier nicht Brauch und beweist nur, daß der Herr sehr erregt war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er den Herren im Reichstage, die das vielleicht noch nicht gewußt haben, erzählt hat, das Wasser habe keine Ballen, so beweist das nur, wie schlecht seine Argumente sind. Es klingt auch ganz eigenförmlich, wenn vom Regierungsschiff aus gesagt wird, in den meisten Fällen ist an den Mängeln der Ausrüstung der Kapitän schuld. Man weiß doch, daß der Kapitän nicht unabhängig ist (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und seine Stellung sehr leicht verlieren kann, wenn er gegen die Geldinteressen seines Unternehmers handelt. Dann wunderte sich der Herr Ministerialdirektor darüber, daß z. B. Längsschotten usw. fehlten, die nach den Vorschriften der Seebereitschaft da sein sollten. Bei einer strengen Kontrolle könnte das nicht vorkommen, denn Längsschotten z. B. sind doch keine Kleinigkeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wegger konnte aus den Verhandlungen des Seemats eine Reihe von Fällen feststellen, daß die vorgeschriebenen Einrichtungen fehlen; aber zur Kenntnis des Seemats kommen doch nur die Fälle, wo etwas passiert ist, sonst wird das Seemat ja gar nicht damit befaßt. Wie häufig mögen also die Fälle sein, wo gegen die Unfallverhütungsvorschriften gesündigt wird! (Sehr wahr! b. d. Soz.) In bezug auf die drei Stomandampferfahrte man das schlechte Wetter an, bei dem elf Schiffe zugrunde gegangen sind. Wenn darunter allein drei Stomandampfer waren, wie viel Stomandampfer mögen dann wohl überhaupt schweres Wetter zu ertragen imstande sein? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Kirch meinte, Weggers Anklagen richteten sich allein gegen die Seebereitschaft. Nein, sie richteten sich vielmehr gegen die verbündeten Regierungen, die keine Maßregeln ergreifen, um Seemfälle zu verhindern. Bei all der Wasserbegeisterung, die bei uns vorhanden ist, wird die Seefahrt von der Befolgung doch recht fleißig mütterlich behandelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Untergang der „Deutschland“ wurde der vor die englischen Geschworenen gestellte Kapitän zwar freigesprochen, aber die Geschworenen sprachen gleichzeitig aus, daß die besten zur Verrechnung der Distanz bekannten Mittel sowie die besten Vorrichtungen zum Herablassen der Boote sich nicht an Bord befunden hätten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gätten wir damals schon ein Seemat befehlen, so wäre der Kapitän nach englischem Recht vor das deutsche Seemat gestellt worden, und damals würde das Seemat geschaffen, mit in der Absicht, solche blamable englischen Urteile zu verhindern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß öffentliche Behörden die Kontrolle über die Seefahrt der Schiffe übernehmen, will Herr Heffner erst zugeben, wenn die Seebereitschaft ihre Pflicht nicht erfüllt. Woran will er das erlernen? Wenn erst einige tausende Menschen zugrunde gegangen sind? (Zuruf: Die Schiffe sind untersucht worden.) Ja, und für jeztlich erklärt worden, aber Wind und Wetter bewiesen, daß sie nicht seetüchtig waren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern staatliche Kontrolle über die Sicherheit der Schiffe, im Interesse von Leben und Gesundheit der seefahrenden Bevölkerung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hermann (Sp.): In englischen Häfen wurden 40 schlechte Schiffe angehalten, darunter kein deutsches. (Hört! hört! bei den bürgerlichen Parteien.) England hat ein Reichsamt; das hat sich aber nicht bewährt und reizt nicht zur Nachahmung an. Die Seebereitschaft tut alles, um Mängel zu beseitigen.

Abg. Dr. Semler (natl.) rühmt gleichfalls die Seebereitschaft.

Die Debatte schließt. Das Kapitel wird angenommen. Es folgt das Kapitel „Statistisches Amt“.

Abg. Fehr v. Camp (Sp.) regt eine Vereinfachung der statistischen Arbeit durch Zusammenarbeiten der statistischen Landesämter mit dem Reichsamt an. Das würde auch zu Ersparnissen führen.

Staatssekretär Delbrück (saher verständlich) sagt Erwägung der Anregung zu. Die statistischen Veröffentlichungen werden auf immer engeren Raum zusammengebrängt, soweit es irgendwie ohne Schädigung des Inhalts geschehen kann.

Abg. Dr. Köhler (L.) wünscht eine Produktionsnetostatistik.

Abg. Drey (Soz.):

Wir verlangen eine amtliche Statistik der gewerblichen Todesfälle. Ganz besonders ist es von außerordentlichem Wert, die Zahl der Todesfälle durch gewerbliche Beschäftigten festzustellen. Eine solche Feststellung dürfte kaum auf besondere Schwierigkeiten stoßen. Ich brauche hier wohl nur anzudeuten, von wie großem Wert eine solche Feststellung für die Gewerbehygiene ist. Welchen großen Gefahren für Leben und Gesundheit

sich die Arbeiter in den chemischen Betrieben, Farbwerken usw. ausgelegt haben, ist jedem Sozialpolitiker bekannt. Ich gebe mich daher der Erwartung und Hoffnung hin, daß meine Anregung beim Staatssekretär auf fruchtbaren Boden fallen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dornann (Sp.) wünscht eine genaue Statistik der Invalidenversicherung.

Abg. Scherke (Soz.) verlangt eine Statistik der freien Schulpflichtigen des Mittelalters.

Abg. v. Czarnikow (R.) kritisiert die Ausführung der Volkszählung in den polnischen Provinzen. Die Zählarten seien vielfach nicht von den Polen selbst, sondern von der Polizei, von Beamten usw. ausgeführt worden. Die Feststellungen seien daher ganz wertlos. Staatssekretär Delbrück: Das gehört in den Preussischen Landtag.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Abg. Hansen (Däne) stellt fest, daß es ihm durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht sei, Verworte darüber zu führen, daß auch in der Nordmark die Handhabung der Volkszählung nicht objektiv erfolgt sei.

Das Kapitel wird bewilligt. Das Haus vertagt sich.

Präsident Graf Schwerin-Bäby teilt mit, daß ein Dankestelegramm der italienischen Deputiertenkammer für die Glückwünsche zu der italienischen Jubiläumfeier eingegangen sei. (Lebhaftes Bravo! links und rechts.)

Präsident Graf Schwerin beruht die nächste Sitzung an auf Sonnabend 11 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Abg. Westing (Sp.) [zur Geschäftsordnung] wünscht dringend, daß die Kall-Angelegenheit erst am Ende des Etats des Reichsamts des Innern behandelt wird.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der die Abgeordneten Hue und Ledebour (Soz.), v. Richtofen (L.) und Gröber (R.) teilnahmen, wird beschloffen, die Kallangelegenheit am Schluß der Beratung des Etats des Innern (bei den Einnahmen, voraussichtlich am nächsten Dienstag) zu behandeln.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung). Schluß 8 1/2 Uhr.

### Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom Freitag, den 17. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Trott zu Sohl.

Zunächst wird der schleunige Antrag Borgmann (Soz.) und Genossen auf Einstellung des gegen den Abg. Dr. Liebknecht beim Ehrengericht der Anwaltskammer zu Berlin schwebenden Verfahrens auf Antrag des Abg. Kirch (Soz.) der Geschäftsordnungscommission überwiesen. Hierauf wird die zweite Beratung des Kultusetats Kap. Höhere Lehranstalten fortgesetzt.

Abg. Liebert (L.) erklärt sich für Erhaltung des humanistischen Gymnasiums und wünscht, daß den Schülern der höheren Lehranstalten Gelegenheit gegeben werde, an den Weimarer Nationalfeiern teilzunehmen.

Abg. Dr. Heß (Soz.): Auch wir möchten das humanistische Gymnasium nicht missen. Die humanistische Bildung wird ein gutes Gegengewicht gegen den Realismus unserer Zeit bilden. Die Einführung neuer Fächer, wie Bürgerkunde, in den höheren Schulen wünschen wir nicht. Die Hauptsache ist auf diesen Schulen die Erziehung der Jugend zu Gottesfurcht und Vaterlandsliebe. Wir wollen mit unserem erlauchtem Herrscher, daß dem Volke die Religion erhalten werde. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Maurer (natl.): Wir wollen freie Entwicklung für alle Arten von höheren Schulen. Den Lehrern muß die größte Selbständigkeit gewährleistet sein zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit, wenn sie wirklich Jugendbildner sein sollen. Die Ausbildung der Lehrer selbst ist heute vielfach ungenügend und bedarf dringend der Reform. Die sehr ernste Frage der sexuellen Aufklärung der Abiturienten sollte von der Unterrichtsverwaltung im Auge behalten werden. Die Abschaffung der deutschen Schrift in der Schule und ihre Ersetzung durch die lateinische Buchstaben würde sehr schaden für die obligatorische Einführung der Stenographie in den höheren und Volksschulen. Die Feuilletons zu Weihnachten, die vielfach nur die Weihnachtsfreude fördern, sollten abgeschafft werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Biered (R.) befürwortet einen Antrag auf Anrechnung auch der Hilfslehrerdienstzeit der Oberlehrer auf das Pensionsdienstalter, in der sie weniger als 12 Stunden in der Woche unterrichtet erteilt haben, und tritt für mögliche Ausdehnung der Körperpflege der Schulfugend und für die Einführung der Stenographie in den höheren Schulen ein. In den östlichen Provinzen sollte der Unterricht im Russischen fakultativ eingeführt werden.

Kultusminister v. Trott zu Sohl: Die Unterrichtsverwaltung ist durchaus für Erhaltung des humanistischen Gymnasiums. Die Vermehrung der Realschulen wird dem humanistischen Gymnasium nicht schaden, sondern eher nützen. (Sehr richtig!) Für bessere Ausbildung der Lehrer sind eine Reihe von Klassen eingerichtet worden. — Was man heute unter „Bürgerkunde“ zusammenfaßt, kann geboten werden im Geschichtsunterricht, im Deutschen, in den alten Sprachen und in Geographie. Im Geschichtsunterricht wird heute nicht mehr nur von Schlachten gesprochen, sondern er knüpft an die wirtschaftlichen und kulturellen Vorgänge und behandelt die einzelnen Vorkommnisse in ihrer Bedeutung für die Kulturentwicklung des Volkes. Auch der Körperpflege der Jugend, dem Wandern, insbesondere dem Rudersport wird jetzt viel größere Bedeutung beigelegt.

Abg. Eichhoff (Sp.): Dem Antrag Biered stimmen wir zu. Dringend reformbedürftig ist das Disziplinarrecht der Oberlehrer. Daß neben den humanistischen Gymnasien die moderne Zeit auch andere Bildungstätten für die Jugend erfordert, beweist die steigende Frequenz der Realschulen und Reformschulen. Bedauerlich ist, daß noch immer an 187 Orten in Preußen das Gymnasium die einzige höhere Lehranstalt ist.

Abg. Stenaynck (Pol.) führt Beschwerde über die Zurückdrängung des Unterrichts in der polnischen Sprache und Literatur in den höheren Lehranstalten der Ostmark. Sogar der Gebrauch ihrer Muttersprache wird den polnischen Schülern in den Korridoren der Gymnasien, auf dem Schulhof usw. verboten. (Hört! hört!) All diese Germanisationsbestrebungen werden die Polen natürlich nicht für das Deutschland erwärmen, sondern nur verbittern. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

An der Gestaltung des höheren Schulwesens, in denen ihr eigen Fleisch und Blut unterrichtet wird, haben die bürgerlichen Klassen natürlich ein größeres Interesse als das Proletariat. Aber auch das Proletariat hat ein Interesse an diesen Anstalten, aus denen die gesamten höheren Beamten hervorgehen. So überfüllte Klassen und einen solchen Lehrermangel wie bei den Volksschulen, finden wir natürlich bei den höheren Schulen nicht. Auch mag die politisch-soziale Beeinflussung, denn es handelt sich ja hier um die Kinder der besitzenden Klassen. Nur wird die Jugend von vornherein scharmacherisch dressiert und mit falschen Vorstellungen über die Sozialdemokratie erfüllt. Unser Schulideal geht natürlich weit hinaus über das, was heute verwirklicht ist. Danach sollte das ganze Schulwesen auf dem

Unterbau der Einheitschule

einheitlich organisiert werden. Ohne Rücksicht auf Besitz und soziale Stellung sollte das Einrücken der Schüler in höhere Bildungsanstalten nur nach Rangfolge der Befähigung erfolgen. Natürlich fordern wir auch für die höheren Schulen die Abschaffung des Religionsunterrichts und halten die Einführung der Coeducation auch in ihnen für sehr erwünschenswert. Der Selbstverwaltung der Gemeinden sollte auf dem Gebiete des höheren Schulwesens weitester Spielraum gewährt werden. Die verschiedenen Formen der höheren Schulen müßten wie in anderen Ländern in organischen Zusammenhang gebracht werden. — Zu begrüßen ist, daß der Minister die Bildung besonderer Klassen für besonders Befähigte abgesehen hat. Noch viel geschehen könnte auf dem Gebiete der Volksschulen. Für die Vereinsbestrebungen der Jugend der besitzenden Klassen zeigt die Unterrichtsverwaltung ja keines Empfinden. Mit um so größerer Erbitterung muß uns erfüllen die unehrerliche Art, wie dieselbe Verwaltung die Vereinsbestrebungen der proletarischen Jugend unter

Mißachtung von Gesetz und Recht

unterdrückt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Krüger: Das dürfen Sie nicht sagen, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Liebknecht (fortfahrend):

Was der Kultusminister heute über den Geschichtsunterricht sagte, würde all unsere Angriffe gegen die Unterrichtsverwaltung stänzend widerlegen, wenn es nur wahr wäre. Aber hat denn der Kultusminister ganz die Lehrlänge vergessen, die mein Freund Strobel im vorigen Jahre hier vorführte? Aus diesen Lehrlängen geht hervor, daß von einer wirklich objektiven Vertiefung des Geschichtsunterrichts keine Rede ist. In der Tat wird die ärgste Geschichtsklitterung im Sinne des Hygienismus auf den Schulen getrieben. Die schöne Uebereinstimmung der reaktionären Seelen hat sich wieder gezeigt, als der Kultusminister sich nach dem Vorgang der Redner der Rechten und des Zentrums gegen einen besonderen Unterricht in der Bürgerkunde erklärte. Von einer Durchdringung des sonstigen Unterrichts mit Bürgerkunde ist ja in Wirklichkeit nicht die Rede. Bezeichnend war, daß ausgerechnet Herr Dr. Heß dem Minister das Kompliment des „modernen Geistes“ machte. Wie das Zentrum es versteht, in allen Fragen zu schillern, hat ja neulich der „Simplissimus“ köstlich geschildert. Die Behauptung des Herrn Heß, daß Vaterlandsliebe ohne Gottesfurcht nicht möglich sei, ist eine unerhörte Uebertreibung und Unmahnung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hat das Zentrum denn ganz die Zeit des Kulturkampfes vergessen, wo es selbst als vaterlandsliebend bezeichnet wurde! Im vorigen Jahre wurde Beschwerde darüber geführt, daß in den Gymnasien in Essen besonders Klassen für die Söhne bestehender Eltern eingeführt seien. Ich bitte die Unterrichtsverwaltung um Auskunft, was inzwischen in dieser Sache geschehen ist. Ferner möchte ich Auskunft seitens der Verwaltung darüber haben, ob es richtig ist, wie das „Berliner Tageblatt“ im Mai v. J. berichtete, daß bei Gelegenheit eines Umbaus des Spandauer königlichen Gymnasiums ein Vertreter der Unterrichtsverwaltung gesagt hat, die Verwaltung hätte nur ein Interesse daran,

eine Anstalt für Söhne von Offizieren und Beamten

zu unterhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Zum Schluß muß ich dann auf das Thema der Politik innerhalb der Schule kommen. Dem Sohne eines „Vorwärts“-Re-

bakteriell, der sich als Mitglied einer proletarischen Jugendorganisation einer geringfügigen Uebertretung des Vereinsgesetzes schuldig gemacht hat und der deshalb unter Anklage gestellt wurde, ist es daraufhin unmöglich gemacht worden, an seinem Gymnasium die Abiturientenprüfung zu machen. Der Vater hatte Beschwerde bis zum Kultusminister durchgeführt, und dieser hat am 7. März die Anklage ertheilt, daß er sich nicht beranlagt sehe, den Bescheid des Provinzialschulkollegiums aufzuheben, wonach der Schüler zur Prüfung nicht zugelassen werden könne, solange das gerichtliche Verfahren gegen ihn schwebt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wäre der Schüler wegen irgendeines groben Unfugs angeklagt, so würde niemand daran gedacht haben, in dieser Weise gegen ihn vorzugehen; nur weil man diese Jugendorganisationen so haßt, geht man in dieser unmenschlichen Weise gegen den jungen Menschen vor. Im strikten Gegensatz zu diesem Fall steht die Tatsache, daß die Unterrichtsverwaltung dem Adjutanten des Prinzen August Wilhelm als aktivem Offizier, obwohl das die Verfassung der Universität verbietet, die Möglichkeit des Studiums gewährt hat, damit er mit dem Prinzen August Wilhelm zusammen sein kann. Das ist die angeblich über den Parteien schwebende Staatsregierung! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und weiter: Gegen die Studenten, die in Labiau-Bekau Schlepparbeit geleistet haben, hat die Unterrichtsverwaltung eine hochnotpeinliche Untersuchung eingeleitet, aber während der Wahlen hat man es geduldet, daß die Schüler der städtischen und königlichen Gymnasien im weitesten Umfang

**politische Wahlarbeit**

geleistet haben. In Potsdam haben sogar Schulen freigegeben, um den Wahlmännern die Möglichkeit zu solcher Wahlhilfe zu schaffen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Leistungen können wir nur konstatieren, daß auch hier die preussische Schulverwaltung ihren wahren Pflichten gegenüber der Öffentlichkeit nicht gerecht wird und mit zweierlei Maß mißt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Staatsminister (H.): Das Zentrum ist zwar oft vaterlandslos geschrien worden, wird aber immer noch dem Schillerischen Wort handeln: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an.“ Statt zu kritisieren hätte der Vorkämpfer uns lieber sagen sollen, wie es mit den Bildungsangelegenheiten im Zukunftsstaat aussehen wird.

Ein Schlußantrag wird angenommen; ebenso der Antrag Biered.

Hierauf verliert das Haus die Weiterberatung auf abends 7 1/2 Uhr.

**Parlamentarisches.**

**Aus der Budgetkommission des Reichstages.**

Am Freitag wurde die Kalibebatte zu Ende geführt. Hg. Sue forderte zum Schluß, daß dem Plenum ein schriftlicher Bericht erstattet werde, weil sonst die übrigen Reichstagsmitglieder, die die Kommissionsverhandlungen nicht kennen, gar nicht imstande seien, sich über die sehr schwierige Materie zu informieren. Der Vorsitzende v. Camp erklärte, er würde Sue unterstützen, wenn Sue auch ihn (den Vorsitzenden) in dem Bestreben unterstützt hätte, die Verhandlungen abzukürzen. Weil also das Beschleunigungsverfahren Camps nicht von Erfolg begleitet war, soll das Plenum ohne einen wirklich informierenden Bericht bleiben. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der des Hg. Heim wurde die Erstattung eines schriftlichen Berichts abgelehnt.

Die Kommission trat dann in die Beratung des Kolonial-etats ein. Beim Etat für Ostafrika entwickelte sich eine Debatte über die Urlaubsverhältnisse der Beamten. Ein Drittel der Beamten ist nämlich ständig auf Urlaub in Europa, weil die Beamten, auch die, die in gesunden Gegenden stationiert

sind, jetzt alle zwei Jahre ein Anrecht auf einen Europaaurlaub haben. Staatssekretär v. Vindequist hielt längere als zweijährige Urlaubsperioden nicht für angängig, denn es sei wiederholt vorgekommen, daß die Beamten nach zweijähriger Tätigkeit zusammengebrochen seien. Genosse Koste wies auf die finanzielle Bedeutung längerer Urlaubsperioden hin. Wenn die ostafrikanischen Verhältnisse in gesundheitlicher Beziehung derart seien, daß die sanitär gut versorgten Beamten schon nach zwei Jahren zusammenbrächen, wie sollte dann die Ansiedelung von Weissen ermöglicht werden, die nicht alle zwei Jahre ein halbes Jahr zur Erholung nach Europa reisen könnten. Bemerkte sei, daß Kaufleute in den Tropen oft 5-8 Jahre ohne Europaaurlaub tätig sind. Daß ein Kaufmann weniger Arbeit als ein Beamter leistet, wird niemand behaupten wollen. Beschüsse wurden nicht gefaßt.

Zentrum und Konervative forderten, daß in Ostafrika die Nupienmünze abgeschafft und dafür die deutschen Münzen und die deutsche Währung eingeführt werde. Die Weiterberatung wurde hierauf vertagt.

**Aus aller Welt.**

**Ein Debut des Hosenrockes.**

Allenstein im gelegenen Ostpreußen, das im vorigen Sommer die Senation des Schönebeck-Prozesses genos, hat jetzt auch, als ostpreussisches „Klein-Paris“, das modernste Toilettenwunder, den Hosenrock, in seinen Mauern gekostet. Diese erschütternde Tatsache begleitet ein Allensteiner Blatt mit folgenden launigen Bemerkungen: Allenstein in Ostpreußen voran! Noch ist aus keiner Stadt unserer Provinz das Auftreten des Hosenrockes gemeldet worden, noch kann keine ostpreussische Stadt sich rühmen, dieses neueste Bekleidungsstück modernster Damen in seinen Straßen gesehen zu haben. Allenstein ist die erste, die das vermag! Gestern abend spazierte eine junge Dame, die zu ihrem Jackettrock einen Hosenrock trug, über den Markt. Wenn der Mann im Ronde heruntergepurzelt und mitten auf dem Marktplatz gefallen wäre, oder wenn eine ganze Flotte Zeppelinischer Luftschiffe um das Rathaus gekreuzt hätte, würde das Aufsehen nicht größer gewesen sein als jenes, das die Dame im Hosenrock verursachte. Sie ging in Begleitung zweier Herren durch die Oberstraße, geleitet von einem gewaltigen Menschenschwärm. Immer mehr schwoh die Menschenmenge an, die durch laute, mehr oder minder geistvolle Bemerkungen ihrer Anteilnahme an dem großen Ereignis Ausdruck gab. Rufen und Schreien, das die Straßen erfüllte, bildeten Zeichen der überschwänglichen Begeisterung, mit der die Allensteiner Bevölkerung den Hosenrock und seine erste Trägerin begrüßte. So wälzte sich die mindestens 200 bis 300 Köpfe zählende Menschenmasse hinter dem Hosenrock her, durch das hohe Tor nach der Zeppelinstraße, wo die Dame, der die Ovationen ihres Gefolges wohl allmählich zu stürmisch erscheinen mochten, in ein Haus flüchtete und nebst ihrem Hosenrock nicht mehr gesehen ward.

**Schwere Schiffskatastrophe.**

Wie der Telegraph aus Patmpol, einem am Mittelmeer gelegenen französischen Hafenort, meldet, ist die Fischerbark „Marvonic“ mit einer Besatzung von 26 Mann auf hoher See gesunken. Die Bark befand sich auf einer Fahrt nach den isländischen Gewässern, während der Fahrt stieß sie mit einem deutschen Schiffe zusammen, das die Bark in zwei Stücke zerriß. Noch ehe Hilfe gebracht werden konnte, ging die „Marvonic“ unter; mit ihr fand die gesamte Besatzung den Tod in den Wellen.

Bei Habre sind am Donnerstag während eines Sturmes zwei Fischerboote mit fünf Mann untergegangen.

**Die Masernepidemie in England.**

Noch immer ist die vor einiger Zeit in verschiedenen Gegenden Englands ausgebrochene Masernepidemie nicht erloschen. In London macht sich ein bedeutendes Anschwellen der durch die Krankheit hervorgerufenen Todesfälle bemerkbar; in der letzten Woche starben in der Stadt 180 Personen an Masernekrankung. Seit den letzten vier Wochen sind insgesamt 548 Personen dieser Krankheit zum Opfer gefallen. Am vergangenen Sonntag allein erkrankten 748 Personen an Masern; sie werden fast alle in den Spitälern Londons behandelt. In verschiedenen anderen Gegenden Englands ist die Krankheit ebenfalls ausgebrochen. In zahlreichen Gemeinden mußten die Schulen wegen der Epidemie geschlossen werden.

**Diamantenfunde in Britisch-Columbia.**

Wie dem „Daily Chronicle“ aus Vancouver gemeldet wird, sind in Britisch-Columbia am Tulameen River zwischen Granite Creek und Princeton Diamanten in einer Menge gefunden worden, die ihren Abbau lohnend erscheinen läßt. Nach einer amtlichen Meldung weisen die Schichten, in denen sie lagern, ähnliche Formationen auf wie diejenigen in Südafrika. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Gegend reich an Diamanten ist.

**Kleine Notizen.**

Der Bod als Gärtner. Die die Münchener Blätter melden, wurde ein Sekretär von der Sittlichkeitsabteilung der Münchener Polizeidirektion vom Dienst suspendiert, weil er besaudigt ist, sich bei einer Vernehmung großer Unsitlichkeiten schuldig gemacht zu haben.

Ein Lehrer zum Tode verurteilt. Das Justizgericht hat den Lehrer Otto Czwalina wegen Ermordung seiner Geliebten, der Stütze Emilie Gussdat in Gnabrunn, zum Tode verurteilt.

Von Einbrechern erstickt. Ein Nachtwächter in Königshütte i. Oberl. stieß in der letzten Nacht auf mehrere Einbrecher, die im Begriffe waren, in ein Gasthaus einzubrechen. Der Wächter wurde von den Spitzbuben überfallen und erstickt.

Serbische Schießgewehre. Aus Belgrad wird die Ausbedung von Unterschleifen in der militärtechnischen Fabrik in Kragujevac gemeldet. Von 50 000 umgebauten Mousergewehren sollen nur 35 000 als gebrauchsfähig befunden worden sein.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich auf der Landstraße bei der französischen Ortschaft Ambleteur. Ein Auto, in welchem sich sechs Personen befanden, überstieß sich infolge Radreifenbruchs. Zwei der Insassen blieben auf der Stelle tot, die vier anderen wurden schwer verletzt; zwei von ihnen haben tödliche Verletzungen erlitten.

**Briefkasten der Redaktion.**

H. S. 167. Ober Bittler! — H. G. N. Schönb. U. 60. Vor dem Abonnementfang haben wir im lokalen Teile wiederholt gewarnt. — H. S. 100. Auch das sog. Polizeipräsidium hat wiederholt vor der Teilnahme an ausländischen Serienlodgesellschaften gewarnt. — H. S. 18. Die lokale Antworter erteilen wir nicht. Sie nehmen am besten Rücksprache mit einem praktischen Kaufmann. Senden Sie sich einmal an den Genossen Leopold Niedmann, Lindenstr. 60. — H. S. 8282. General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, Angelufer 15. — Schwester Anna. Versuchen Sie durch den Verein für häusliche Gesundheitspflege, Königgräber Straße 97. — Wette D. V. Einhunderttausend Mark. — Redelid 48. Winkler, Altdorf, Kirchhofstraße 46. — Tausend. Wein. — S. 1 Das vom Magistrat eingeschlagene Verfahren ist zulässig.

**Den farbenfrohen Schimmer des Frühlings**

zeigt wieder die Frühjahrsmode.

**Preiswerte Neuheiten für Damen u. Herren**



**Schicke Damen-Halbschuhe**

- Lack-Pumps, L. XV.-Absatz . . . . . 9<sup>00</sup>
- Lack-2-Knopf-Schuh (Oxford), hoher, moderner Absatz. Sehr beliebt . . . . . 9<sup>80</sup>
- Lack-Schnürschuh, hoher L. XV.-Absatz, moderne halbrunde Form. Sehr preiswert 10<sup>50</sup>
- Chevette-Pumps, modern. hob. Absatz, elegante breite Krawattenschleife . . . . . 10<sup>50</sup>
- Schnürschuh (schwarz u. braun Chevreau), Lackkappe, breite, moderne Form . . . . . 10<sup>50</sup>

**Neueste Mode:**

- Grau Chevreau-Pumps, modern. hoher Absatz, breite Krawattenschleife, weißes Lederfutter . . . . . 12<sup>50</sup>
- Grau Chevreau-2-Knopf-Schuh, weiß. Lederfutter, L. XV.-Absatz . . . . . 12<sup>50</sup>

**Elegante Herren-Halbschuhe**

- Schwarz oder braun Chevreau mit Derby-schnitt, großen Oesen und breiten Bändern • Moderne breite und schlanke Formen . . . . . 12<sup>50</sup>
- Lack-Halbschuhe aus feinstem Chrom-lack, mit großen Oesen und breiten Bändern, Breite amerikanische Form . . . . . 15<sup>50</sup>

**Farbige Herrenstiefel**

- Braun Chevreau • Vorzügliche Qualität • Elegante breite oder schlanke Formen . . 12<sup>50</sup>
- Braun Boxcalf • Moderne, breite Formen • Bewährter Straßenstiefel . . . 15<sup>50</sup>

**Farbige Carola-Kinderstiefel**

gesetzlich geschützt • Neue naturgemäße Formen, bestes Material • Garantie für Haltbarkeit.

- Schnürstiefel aus feinstem braunen Ziegenleder, mit oder ohne Lackkappe • Bequeme, breite Form. 22-24 4<sup>00</sup> 25-27 5<sup>00</sup> 28-30 6<sup>00</sup> 31-33 7<sup>00</sup>

- Schnürstiefel aus feinstem braunen Chevreau oder Boxcalf, mit oder ohne Lackkappe 22-24 4<sup>50</sup> 25-27 6<sup>00</sup> 28-30 7<sup>00</sup> 31-33 8<sup>00</sup>

**Kinder-Sandalen**

- aus bestem Rindleder • Breite, naturgemäße Form • Sehr haltbar 21-24 2<sup>75</sup> 25-26 3<sup>00</sup> 27-30 3<sup>50</sup> 31-33 4<sup>00</sup>

**Carl Stiller junior**

W. Leipziger Str. 29      W. Königgrätzer Str. 124-129      S. Oranienstr. 155-156  
Ecke Friedrichstr. (Müllerhaus)      Hotel Fürstenhof      Ecke Prinzessinnenstraße

Versand-Abteilung: W. Friedrichstr. 58





# A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser-Damm

Apfelsinen Dutzend **25, 35, 45** Pf. Blumenkohl ..... Kopf **7, 12** Pf.  
 Blut-Apfelsinen Dutzend **30, 45** Pf. Sellerie ..... Kopf **9** Pf.  
 Citronen ..... Dutzend **25, 35** Pf. Rhabarber ..... Bund **9** Pf.  
 Erbelli-Feigen ..... Pfund **35** Pf. Schnittlauch o. Petersille Topf **18** Pf.

**Kaffee** Mischung II Pfund **1.10** Mischung III Pfund **1.20** Mischung IV Pfund **1.35**  
**Kakao** ..... Pfund **68, 95** Pf.  
**Haushaltschokolade** ..... Pfund **68** Pf.

## Frisches Fleisch

Schmorfleisch..... Pfund 90 Pf.	Schweine-Kotelets im Ganzen ..... Pfund 80 Pf.
Schabefleisch ..... Pfund 90 Pf.	Schinken im Ganzen .. Pfund 70 Pf.
Roulade..... Pfund 95 Pf.	Kamm im Ganzen..... Pfund 70 Pf.
Fehlrippe ..... Pfund 75 Pf.	Bauch ..... Pfund 60 Pf.
Querrippe ..... Pfund 65 Pf.	Hammelkeule im Ganzen ..... Pfund 75 Pf.
Goulasch ..... Pfund 65 Pf.	Dicke Rippe ..... Pfund 70 Pf.
Gehacktes ..... Pfund 55 Pf.	Dünnung ..... Pfund 65 Pf.

**Hühner** ..... **1.75, 2.25**

**Speck** fett ..... Pfund **68** Pf. mager..... Pfund **78** Pf.  
 Bratenschmalz..... Pfund **60** Pf. Rückenfett ..... Pfund **55** Pf.

**Kasseler Rippespeer** Pfund **68** Pf.

**68<sup>g</sup> Woche**  
 Heute letzter Tag

Erbsen (Victoria) Pfund **17** Pf. (großblättrig) Pfund **23** Pf.  
 Erbsen (halbe)..... Pfund **19** Pf.  
 Linsen ..... Pfund **11, 14, 17** Pf.  
 Bohnen (weisse) ..... Pfund **17, 22** Pf.  
 Reis ..... Pfund **16, 19, 23** Pf.  
 Brech- o. Schnittbohnen 1/2 Dose **28** Pf.  
 Brech- o. Schnittbohnen ca. 3 Dose **42** Pf.  
 Kohlrabi in Scheiben mit Grün 1/2 Dose **28** Pf.  
 Spinat ..... 1/2 Dose **42** Pf.  
 Pfefferlinge ..... 1/2 Dose **50** Pf.  
 Gemischtes Gemüse 1/2 Dose **45, 65** Pf.  
 Suppenschoten ..... 1/2 Dose **38** Pf.  
 Junge Schoten ..... 1/2 Dose **45** Pf.  
 Bruchspargel ohne Kopf ..... 1/2 Dose **72** Pf.  
 Bruchspargel mit Kopf..... 1/2 Dose **95** Pf.  
 Stangenspargel 1/2 Dose **1.20, 1.35**  
 Bäcklinge ..... 5 Stück **18** Pf.  
 Lachs in Stücken..... Pfund **85** Pf.  
 Sardellen..... ca. 1 Pfund-Dose **63** Pf.  
 Sardinen o. Anchovis ..... Glas **22** Pf.  
 Brat-Heringe .... ca. 4 Liter-Dose **98** Pf.  
 Delikatess-Heringe in verschiedenen Saucen... Dose **38, 63** Pf.

## Total-Ausverkauf

Nur bis 31. März.

Da mir eine

**Miete von 27 000 Mark**

jährlich zu hoch ist, soll das gesamte Warenlager der unterzeichneten Firma, welche 1879 gegründet wurde, und bei Beginn des Ausverkaufs einen Wert von ca. **225 000 M.** hatte, wegen Aufgabe des Geschäfts vollständig ausverkauft werden.

Wirklich reeller Ausverkauf. Kein Nachschub von Waren.

**ca. 1050 Herren-Paletots und 1550 Herren-Anzüge**

so: früher 18 bis 25 M. .... jetzt **12.50** M.  
 früher 26 bis 35 M. .... jetzt **18.00** M.  
 früher 36 bis 48 M. .... jetzt **24.00** M., ferner

**Konfirmations- und Prüfungs-Anzüge**

so: früher 13.50 bis 16.00 M. .... jetzt **8.25** M.  
 früher 17.50 bis 21.00 M. .... jetzt **12.25** M., ferner

**Knaben-Paletots und -Anzüge**

so: früher 6.50 bis 10 M. .... jetzt **4.50** M.  
 früher 11 bis 20 M. .... jetzt **7.50** M., ferner

**Knaben-Schul-Anzüge (Größe 3-12)**

früher bis 7.50 M. .... jetzt **1.25** M.

**Knaben-Wasch-Anzüge (Größe 3-12)**

früher 8 bis 14 M. .... jetzt **2.50** M.

**Knaben-Waschblusen u. Hosen (Gr. 3-12)**

früher 3-7 M. .... jetzt **45 u. 50** Pf., ferner

**3000 Herren-Hosen**

so: früher 3 bis 4.50 M. .... jetzt **1.85** M.  
 früher 5 bis 8 M. .... jetzt **3.25** M.  
 früher 8.50 bis 12 M. .... jetzt **5.00** M. ferner

Schlafrocke, Hausjoppen, Phantasie-Westen, Wagenmäntel, spottbillig.

**Julius Lindenbaum**

Große Frankfurter Straße 141.

## CREDIT

Zum Umzuge offerieren ganze **Einrichtungen** sowie einzelne **Ersatz-Stücke** in

## Möbeln

Polsterwaren, Teppichen, Gardinen, Portieren, Betten, Steppdecken usw.

**Zur Frühjahrs-Saison:**

## Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe

in ganz moderner Ausführung.

**Einsegnungsstaat** für Knaben u. Mädchen

**Kinderwagen | Schuhwaren**

**C. Wachsmann & Co.**

Reinickendorfer Str. 15

Ecke Ravenstrasse, neben der Feuerwache

**Geringe Anzahlung | Bequeme Abzahlung**

**Jedermann erhält Kredit**

**CREDIT**

Genossinnen, Genossen! Demonstriert am Sonntag, am internationalen Frauentag, für das Frauenwahlrecht!

Die Verhinderung Rixdorfs an Treptow.

In drei überfüllten Versammlungen besaßte sich wie wir bereits kurz mitgeteilt haben, die Einwohnerschaft Rixdorfs mit den Eingemeindungsplänen der reaktionären Rathausmehrheit.

Referenten waren die sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Silberstein, Tschurow und Wuply. Der Hohenhausensaal, wo Dr. Silberstein referierte, war gedrängt voll. Der Referent führte u. a. aus:

Als es uns 1908 gelungen war, drei Vertreter in der zweiten Klasse durchzubringen, verübten die Vertreter der herrschenden Grundstückspekulanten jenen schmachvollen Wahlrechtsraub, der 95 Proz. der Rixdorfer Einwohnerschaft entzogen hat. Nach vier Prozessen haben wir vom Oberverwaltungsgericht befähigt bekommen, daß wir das Recht vertreten und die Herrschenden das Unrecht. Jetzt können wir hoffen, selbst mit dem preussischen Wahlrecht noch Fortschritte in Rixdorf zu machen. Das ahnten auch die Ratsmitglieder und Konsortien, weshalb sie im Geheimen neue Pläne entwarfen. Zuerst sprach man nur von einer Namensänderung. Um den Leuten gerecht zu werden, müßte Rixdorf vielleicht „Wahlrechtsräuberstadt“ heißen. (Große Heiterkeit und lebhafteste Zustimmung.) In der Kommission zeigte es sich, daß man wieder, wie vor zwei Jahren, hinter verschlossenen Türen arbeitet, hinter dem Rücken der Arbeiter, der Sozialdemokratie. Aber diesmal gelang die Ueberumpelung doch nicht!

Was soll nun die Vereinigung mit Treptow? Die Fernhaltung der Sozialdemokratie ist schon verdächtig. Man führte die Treptower hier herum, um ihnen alles Schöne zu zeigen: Das neue Krankenhaus, von dessen furchtbarem Ueberfüllung man ihnen so wenig sagte, wie von der Abweisung von hunderten Kranken, die eine Woche auf Annahme warten müssen. Man zeigte ihnen die einzige Schule mit Brausebad und sogar die Ideal-Passage (Hötel hötel!), obgleich doch von bürgerlicher Seite alles geschehen ist, um ihre Erbauung zu hindern. Den Treptowern erklärte der Oberbürgermeister, zur Fertigung des Vertrages autorisiert zu sein. Wir sind an sich gegen solche kleine Eingemeindungen; wir meinen, daß nur die Einverleibung aller Vororte nach Berlin die Besserstellung mit all ihren schädlichen Folgen beseitigen kann. (Zustimmung.) Warum hat man in Rixdorf denn gar nicht über die von der Regierung vorgeschlagene Steuererhöhung verhandelt? Um die Situation so darzustellen, daß den Treptowern der Mund wässert. (Sehr richtig!) Die Blasse Angst vor der Sozialdemokratie läßt unsere Herrschenden den Treptowern alle Konzessionen machen. Von den 72 Stadtverordneten soll Treptow mit seinen 25 000 Einwohnern 18 bekommen; auf ein Zehntel der Einwohner Rixdorfs ein Viertel der Vertretung — weil man rechnet, daß die Treptower Mandate vor und sicherer sind. Das Ungeheuerlichste ist die Konzession eines zehnjährigen Steuerprivilegs für Treptow im Ausmaß der jetzigen Steuern. Nach mehr Steuern für die Arbeiter Rixdorfs wäre die Folge. Zahlen und das Maul halten! soll auch hier Weisheit (Wausende Empörung.) Steuererhöhungen wird ja auch der Zwangsverband bringen — nur Treptow wird ausgenommen sein! Wer sind die Besitzer der Grundstücke an der Grenze von Rixdorf und Treptow-Daumshulowweg? Stadtverordnetenratsteher Sander (Hötel hötel!), Stadtrat Wilschke, Stadtverordneter Vincent (Hötel hötel!), Wanknef usw. Und auf der Treptower Seite sind es auch Schöffen und Gemeindevorsteher. (Stürmisches Hötel hötel!) Treptow soll allein nicht bestandsfähig sein — warum schlägt man es denn nicht zu Berlin. Aber auch der Provinziallandtag will es nur zu Rixdorf schlagen.

Rixdorf ist in arger Finanznot — was soll ihm das großenteils proletarische Treptow? (Sehr richtig!) Kein urteilsfähiger Treptower Bürger kann dafür eintreten. In dem Vertrag, von dem wir nur geräuschweise oder von Treptowern wissen, steht, daß sich Rixdorf verpflichtet, die Treptower Straßen zu pflastern; für die Ausbesserung des Straßenverkehrs auf die neuen Gebiete sollen wir eine halbe Million hergeben. Alles wollen unsere Herrschenden bewilligen, nur schnell, ehe wir vielleicht die Macht erlangen! Eine Schnellbahn soll gebaut werden — von Treptow bis zum Hermannplatz (Stürmisches Heiterkeit), und von da nach Berlin. Natürlich denkt Berlin gar nicht an so was, wenn es so behandelt wird. Unser Oberbürgermeister erwartet, daß wir ein Elektrizitätswerk bauen werden, um der K. E. G. in Treptow Konkurrenz zu machen. (Lachen.) Ueber 30 Millionen würde eine solche Eingemeindung Rixdorf kosten! (Reinigung.) Den Vorteil hätten nur die genannten Grundstücksverwalter.

Und Treptows Vorteile? Es neigt zu Berlin. Schulen hat es selbst, und die Klassenfrequenz ist in Treptow und Berlin eine bedeutend niedrigere wie in Rixdorf. Auch die hygienischen Einrichtungen Rixdorfs stehen tief unter denen Berlins. Solche Politik können wir nicht unterstützen. Aus rein politischen und reaktionären Motiven sollen hier Rixdorf Posten aufgebürdet werden, die es nahe an den Bankrott bringen müßten, nur damit die Herrschaft der Wahlrechtsräuber aufrechterhalten bleibt. Wir warnen alle ehrlichen Bürger, sich zu deren Mitteln zu machen. (Zustimmung.) Am 24. März soll Treptow sich zu der Sache äußern; möge es sich noch genügend informieren über das geplante Ausnahmegesetz gegen die arbeitende Bevölkerung Rixdorfs, die nach aller Gerechtigkeit längst die Stadtvertretung beherrschen müßte — ja, selbst nach dem elenden Dreiklassenwahlrecht. Im Rixdorf wollen wir man das Dreiklassenwahlrecht noch nicht ändern, man hält ja in Preußen noch darauf, nach außen scheinbar rechtlich vorzugehen. Aber hinter den Kulissen... (Sehr gut!) Wenn auf legale Weise Treptow eingemeindet würde, das würde uns nichts machen. Warum soll der Treptower Bürger das dreifache Vertretungsrecht des Rixdorfers erhalten? Einverleibung nach Berlin — oder wenn nach Rixdorf, so auf Grund des gleichen Rechts! Nieder mit dem heimtückischen Plan der schwärzesten Reaktion zur Verewigung der Rechtslosmachung der Arbeiter! (Stürmisches Heiterkeit.)

In der Diskussion sprach sich Gemeindevorsteher Genosse Karow-Treptow im Sinne des Referenten aus. Ein Zufall hat es uns ermöglicht, die schon jahrelang geheim behandelte Sache aus der Censurlosigkeit zu bringen. Unsere Gemeindevorsteher sind kein Haar besser wie Ihre. (Heiterkeit und Widerspruch.) In bezug auf unser Gemeindevorsteher haben sie sich einmal um 5 Millionen geirrt. Der Rixdorfer Magistrat hat uns für so dumm gehalten (Stürmisches Heiterkeit), daß er uns den Verwaltungsbereich in die Hand gab, so daß wir nachweisen konnten, was das für ein Geschäft wäre! (Wah!) Das riesige Gebiet zwischen Treptow und Rixdorf sollen nur vermögende Leute besiedeln — aber wo sollen sie herkommen; Arbeiter wollen sie nicht. Nur persönliche materielle Interessen bestimmen die Haltung gewisser Herren der Stadtverwaltung in dieser Frage. Unsere vier Schöffen sollen Stadträte werden. Wenn Sie die Kriege, dann Kriege Sie ne Nummer! (Schallende Heiterkeit.) 95 Proz. der Treptower Bevölkerung sind unbedeutend gegen die Eingemeindung, das können wir den Behörden durch Listen beweisen. (Beifall.)

Schriftführer Bonhoefer (Demokrat) erkennt die Taktlosigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde an. Nur das schlechte Gewissen läßt die Herrschenden fürchten, daß eine sozialdemokratische Mehr-

heit zeigen würde, was sie leisten kann. Die Bürgerlichen brüsten sich mit den Einrichtungen, die von den Sozialdemokraten angeregt und geschaffen sind.

Mit einigen kräftigen Schlussworten des Referenten und Vorstehenden fand die eindrucksvolle Protestkundgebung ihr Ende.

In Goppes Festsälen nahmen die Versammelten die Ausführungen des Genossen Stadtverordneten Wuply unter stürmischen Rundgebungen entgegen, ebenso die gleichfalls überfüllte Versammlung in Petris Festhölle in der Anseebeststraße, wo Genosse Stadtverordneter Tschurow sprach.

Folgende Resolution gelangte in allen drei Versammlungen zur einstimmigen Annahme:

„Die Rixdorfer Einwohner protestieren auf das schärfste gegen die Eingemeindung Treptows nach Rixdorf unter den geplanten, unannehmbaren, finanziell höchst bedrohlichen Bedingungen. Die Versammelten stellen fest, daß sie kein Interesse an einer Namensänderung haben und brandmarken alle diesbezüglichen Machenschaften der bürgerlichen Reaktion im Rathaus. Die Versammelten fordern daher die Vertreter der Arbeiterschaft im Rixdorfer Stadtparlament auf, dem Plan der Wahlrechtsräuber Mehrheit den nachdrücklichsten Widerstand entgegenzusetzen.“

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die kürzlich angekündigte Broschüre: Der Wiener Meinelprozess gegen Schöcker und Genossen im Wiederannahmeverfahren. Mit 6 Porträts und 1 Plan (64 Seiten). Preis 20 Pf.

ist jetzt im Verlag von Max König, Dortmund erschienen. Die Broschüre schildert in den einzelnen Kapiteln in kurzen Zügen die Vorgeschichte des Falles, die Verhandlung im Jahre 1896 mit ihren Nebenprozessen und die erneute Verhandlung im Februar d. J., letztere in den markantesten Zügen. In einem Schlusswort wird auf die politische Tragweite des Prozesses hingewiesen. Wer Klassenurteile studieren will, findet in der Broschüre hinreichend Stoff. Ihr Erscheinen ist um so mehr zu begrüßen, als auf dem Büchermarkt auch nicht eine literarische Erscheinung existiert, die das wichtige authentische Material des Prozesses unserer schnelllebigen Zeit der Vergessenheit entreißt. Besonders aber auch, weil das Heft eine Menge von Tatsachenmaterial über unsere Rechtspflege enthält. Die Broschüre bietet ferner für die nächste Reichstagswahl ausgezeichnetes Material zur Aufklärung der Massen über die Forderungen der Partei zur Rechtspflege. Für Bibliotheken ist eine bessere Ausgabe auf holzfreiem Papier erschienen.

Das missglückte „Charakteristische Symbol“.

In der Dresdener „Vollmacht“ lesen wir: Ueber drei Regierungen mit dem Prinzregenten von Bayern weiß Herr Rechtsanwält Kerner in der heutigen Nummer der „Dresdener Morgenzeitung“ recht unterhaltsam zu plaudern. Besonders interessant ist dabei folgende „Begegnung“:

„... Hier am Walchense hat der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, von Vollmar, eine häßliche Begegnung, Solenach genannt. Als der Prinzregent im Begriff war, vorüberzufahren, trat aus der Gartenstiege die jugendliche Tochter Vollmars und überreichte ihm mit einem tiefen Knix einen großen Blumenstrauß, den er freundlich lächelnd entgegennahm. Man übertrage diesen einfachen Vorgang auf norddeutsche, preussische Verhältnisse. Man denke sich, daß die Tochter Bebel's in Potsdam... nein, der Gedanke ist nicht zu Ende zu denken! Aber vielleicht ist dieser harmlose Vorfall ein charakteristisches Symbol für die tiefgehenden Unterschiede zwischen dem deutschen Norden und Süden.“

Das charakteristische Symbol macht sich ja unbenutzt ganz nett, leidet aber nur an dem einen Fehler, daß unser Genosse Vollmar keine jugendliche Tochter, ja überhaupt keine Kinder hat. Schade — das war gerade das Mittelstück, auf das es ankam!

Als sozialdemokratischer Reichstagskandidat für den Wahlkreis Münster-Süd ist in dem Tableau, das wir in Nr. 61 veröffentlichten, angegeben: „Emmerich, Metallarbeiter, Düren-Münster.“ Das ist ein Werk des Druckfehlerkewels, richtig muß es heißen: „Düren, Emmerich, Schlosser, Münster i. W.“

Freistimmen über die italienisch-österreichische Zusammenkunft.

Rom, 14. März. (Eig. Ber.)

Die liberale „Ora“ von Palermo beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der italienisch-österreichischen Zusammenkunft vom 8. April und schreibt, daß diese berufen sei, den Anfang einer neuen Ära zu bezeichnen, in der die Diplomatie der herrschenden Klassen durch das direkte Eingreifen des Volkes die Korrektur erleidet. Wenn diese Korrektur bisher gefehlt habe, so sei daran auch das negative Verhalten der demokratischen Parteien in Sachen der äußeren Politik schuld. Die Demokratie hätte den Dreibund als einen Ausfluß dynastischer Politik bekämpft, ohne zu bedenken, daß er der erste Kern eines europäischen Staatenverbundes sein konnte. Erst in den letzten Jahren hätten die demokratischen Parteien eingesehen, daß der Precedentismus der beste Handlanger des Militarismus sei, weshalb er auch gerade bei den Konservativen und selbst bei den Liberalen Gnade fände. Die offizielle Diplomatie Oesterreichs und Italiens hätte sich unfähig gezeigt, die Ursachen zum Konflikt zwischen beiden Staaten auszulichten. Es sei deshalb an der Zeit, daß sich die proletarische Diplomatie an dieser Aufgabe verjuche. Der Artikel erinnert dann an die österreichischen Parteiveranstaltungen vom 19. Februar und meint, daß der unterbliebene Kaiserbesuch in Rom in seiner Bedeutung für die Solidarität der beiden Länder überreichlich aufgezwungen würde durch den angekündigten Besuch der sozialistischen Parteileitung und der sozialistischen Fraktion Oesterreich-Ungarns.

Aus Industrie und Handel.

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1910.

Nach den Ermittlungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Bekanntmachungen der Gerichte im „Reichsanzeiger“ wurden im Jahre 1910 186 Gesellschaften mit einem nominalen Aktienkapital von 241,8 Millionen Mark neu gegründet, gegenüber 179 Gesellschaften mit 290,8 Millionen Mark im Jahre 1909.

Von den 186 neuen Gesellschaften des Jahres 1910 wurden 68 Gesellschaften mit 101,8 Millionen Mark Aktienkapital unter Einbringung bestehender Unternehmungen gegründet; für die Sachanlagen wurden hierbei 74,1 Millionen Mark in Aktien gewährt. Im Jahre 1909 wurden 78 bestehende Unternehmungen in Aktiengesellschaften mit zusammen 96,4 Millionen Mark Aktienkapital umgewandelt. Bemerkenswert ist hierbei, daß das Kaiserliche Statistische Amt nur diejenigen Sachanlagen feststellen kann, die unter Beobachtung der Schutzvorschriften des § 199 Absatz 2 Handelsgesetzbuchs eingebracht werden.

Kapitalerhöhungen erfolgten im Jahre 1910 bei 840 Gesellschaften um 569,4 Millionen Mark, während 100 Gesellschaften Kapitalerhöhungen in Höhe von 64,0 Millionen Mark vornahmen. Von den letzteren erfolgten nur zwölf durch Rückzahlung oder Ankauf

von Aktien, und zwar im Gesamtbetrage von 1,8 Millionen Mark. In den übrigen 622 Millionen Mark wird man Kapitalverluste der Aktionäre infolge Sanierungen zu erblicken haben.

25 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 818,0 Millionen Mark wurden wegen Fusion, mit anderen Gesellschaften im Handelsregister gelöscht.

Neben den tätigen Gesellschaften ermittelt das Kaiserliche Statistische Amt die Gesellschaften in Liquidation und in Konkurs. Im Jahre 1910 traten in Liquidation 84 Gesellschaften mit 49,6 und gerieten in Konkurs 14 Gesellschaften mit 21,6 Millionen Mark Nominalkapital.

Die gewerbliche Unternehmungslust.

Von August bis Februar ergeben sich für die einzelnen Jahre folgende Beträge in Millionen Mark, die die gewerblichen Reinvestitionen in Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung darstellten:

Table with 5 columns: Year (1906/07, 1907/08, 1908/09, 1909/10, 1910/11) and Amount (878,91, 582,81, 674,62, 578,48, 760,82).

Seit dem Monat August bis zum Monat Februar influside wurden von der Montanindustrie insgesamt 119,52 Millionen Mark von Aktiengesellschaften und Genossenschaften mit beschränkter Haftung angefordert, während in dem gleichen Zeitabschnitt 1909/10 der Montanindustrie nicht mehr als 87,64 Millionen Mark, also noch nicht einmal der dritte Teil der diesjährigen Summe zufließen.

Und in der ersten Hälfte des März sind bereits wieder 672 Mill. Mark beansprucht worden, während im ganzen Monat März 1910 nur 4,18 Millionen investiert wurden. Die Banken hielten bisher mit ihren Kapitalansprüchen noch zurück; die in den letzten sieben Monaten angeforderte Summe bleibt mit 96,83 Mill. Mark hinter der entsprechenden des Vorjahres, die 112,42 Millionen betragen hatte, sogar noch etwas zurück. Dafür ist aber der Geldbedarf in den der Verbreitung von Elektrizität dienenden Gewerben um so stärker angewachsen: seit August wurden insgesamt 151,78 Mill. Mark investiert gegen nur 94,05 Millionen von August 1909 bis Februar 1910. Die Zunahme ist demnach noch erheblich als in der Montanindustrie. Für die weitere Gestaltung der Reinvestitionen sind die geplanten Kapitalerhöhungen zahlreicher Banken, die allein schon gegen 100 Mill. Mark ausmachen, von wesentlicher Bedeutung. Sie allein schon dürften die Ansprüche an den Geldmarkt auf die Höhe des Jahres 1907 treiben. Dazu kommen aber dann noch die gleichfalls steigenden Ansprüche, die die Gewerbe der Warenherstellung an den Geldmarkt stellen werden.

Kohlenverkauf. Nach dem der Jochenbesitzerbesammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats erstatteten Bericht betrug der rechnungsmäßige Absatz im Februar 1911 bei 23 1/2 (im gleichen Monat des Vorjahres 23 1/2) Arbeitstagen 5 881 238 Tonnen (Vorjahr 5 198 571 Tonnen). Von der Verteilung, die sich auf 6 067 288 Tonnen (Vorjahr 6 028 890 Tonnen) bezifferte, sind demnach 91,99 Proz. (Vorjahr 88,20 Proz.) abgesetzt worden. Die Förderung stellte sich insgesamt auf 6 881 632 Tonnen (Vorjahr 6 489 218 Tonnen) oder arbeitstäglich auf 295 422 Tonnen (Vorjahr 279 818 Tonnen) und im Januar 1911 auf 7 895 978 Tonnen oder arbeitstäglich auf 294 967 Tonnen.

Staat und Kapital.

Nach einer Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten hat die österreichische Regierung mit der beschäftigten Kohlenfirma Weinmann in Aussicht a. Elbe einen zehnjährigen Vertrag abgeschlossen, wodurch die Lieferung von 70 Proz. der Gesamtförderung der staatlichen Kohlenhöfen an diese Firma vergeben wird. Der Staat begibt sich also selbst des geringen Maßes von Einfluß, das er auf die Gestaltung des Kohlenmarktes ausüben kann. — Bezeichnend ist auch das Verhalten der österreichischen Regierung zum Petroleummarkt, dem die Regierung die Juchsenleiter selbst durch Zwangsmassregeln zutreibt. Durch ein Schiedsgerichtsverfahren, das die Kartellmitglieder gegen einen Raffineriebesitzer vor der Wiener Handelskammer angestrengt hatten, hat sich herausgestellt, daß die kartellierten Raffinerie ungeheure Profite aus den Tälchen der Bevölkerung ziehen. Der Verlage wurde nämlich für eine Kontingent-Überschreitung von 95 000 Metergetner zu einem Schadenersatz in Höhe von 620 000 Kronen verurteilt.

Gerichts-Zeitung.

Der Mandatsverzicht des Reichstagsabgeordneten Pauli.

Vor dem Potsdamer Schöffengericht wurde gestern über die Privatklage des Redakteurs Ludwig Mauracher, Herausgeber der „Potsdamer Nachrichten“, gegen den politischen Redakteur der „Potsdamer Tageszeitung“, Franz Sonntag, verhandelt. Gegenstand der Privatklage waren die über den Privatkläger in der „Potsdamer Tageszeitung“ erschienenen Artikel, die festige persönliche Angriffe gegen den Privatkläger enthielten. Der erste inkriminierte Artikel trug die Ueberschrift: „Pseudologia phantastica.“ Er enthielt die Beschuldigung, daß die vom Kläger in seinem Korrespondenzartikel behaupteten Tatsachen Kombinationen, ein plumpes Schwindelmanöver seien, daß sie Anstrichen zwischen den rechtsstehenden Parteien zu saen bezwecken und tendenziös entstellten seien. Der Kläger wurde als politischer Brunnenvergifter bezeichnet. Auf den ersten Artikel folgte eine Verächtigung des Angegriffenen und dann ein zweiter Artikel des Beklagten, überschrieben: „Aus der Naturgeschichte des Maulwurfs.“ In diesem Artikel wurde die Beschuldigung erhoben, daß der Kläger, der politische Maulwurfsarbeiter besorge, über den Verzicht des gegenwärtigen Reichstagsabgeordneten Pauli auf den von letzterem verarbeiteten Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland für die demnächstige Neuwahl, sowie über die begleitenden Umstände einen wesentlich falschen und in tendenziöser Weise entstellten Bericht in der von ihm herausgegebenen Zeitungskorrespondenz veröffentlicht habe, und zwar in der bewußten und gewollten Absicht, die rechtsstehenden Parteien von Potsdam und Spandau gegeneinander aufzuhetzen, um so den Wahlkreis in die Hände der Sozialdemokratie zu spielen. Der Eröffnungsbeschluss stützt sich auf die §§ 185, 188 und 200 des Strafgesetzbuchs. Auf Ersuchen des Privatklägers schrieb am 8. Juli v. J. der Abg. Pauli an den Beklagten, daß der Artikel des Klägers vollständig der Wahrheit entspreche. Außerdem erklärte er wörtlich: „Es ist vollkommen richtig, daß mir von einer bestimmten Vereinbarung bezüglich meines Mandatsverzichts vor der ersten Vertrauensmännerversammlung in Rauen nichts bekannt war und daß erst mir die Mitteilung durch Herrn von Stüffel und Rediger Schall gemacht wurde. Erst dann erklärte ich offiziell mein Einverständnis zum Mandatsverzicht.“ Diese Sachdarstellung gab der Kläger in seiner Korrespondenz und fügte hinzu, daß man von Spandau aus mit der Kandidatur Lüdicke dem Abg. Pauli in den Rücken gefallen sei. Herr Pauli hatte nämlich den Kläger zu einer Erklärung autorisiert, die Herr Pauli abfasste und in der es heißt: „Es war mir überraschend, daß der Vorstand des Neuen Wahlvereins zu Spandau in seiner Gesamtheit gegen mich aufgetreten ist, namentlich, da Leute darinnen sind, von denen ich annehmen mußte, daß sie politisch zu meinen engsten Freunden gäßen.“

In der Verhandlung wurde der Abg. Pauli unter seinem Eide über den Wortlaut seines Briefes und seine Angaben vernommen.

Herr Pauli bestreite unter Eid die Richtigkeit der Angaben des Privatklägers und legitimierte auch seinen Brief. Der Führer der Potsdamer konservativen Partei, Major a. D. Freiherr v. Stössel, bestreite eidlich seine geistige Urheberchaft an dem zweiten gegnerischen Artikel der „Potsdamer Tageszeitung“, der im schroffen Gegensatz zu den Behauptungen des Abg. Pauli steht.

Es wurde dann ein Vergleich geschlossen, in dem der Beklagte seine sämtlichen Beschuldigungen als völlig unbegründet zurücknimmt, Herr Redakteur Weinacher sein aufrichtiges Bedauern darüber ausdrückt, daß er seine Person zum Gegenstand von Angriffen gemacht, deren Grundlosigkeit sich jetzt herausgestellt hat. Die Kosten des Verfahrens übernahm Redakteur Sonntag.

Einen netten Beitrag für konservative Kreise bietet dies Vorgehen der „Potsdamer Tageszeitung“ und des Führers der konservativen Partei in Potsdam.

### Gewerkschaftsagitator als Erpresser!

Der gleiche Senat des Wiener Landgerichts, der in letzter Zeit einige gemeine, aus schmaler Gewinnsucht zu Erpressen gemachte Subjekte aus juristischen Gründen freigesprochen hat, verurteilte dieser Tage den Betriebsvertrauensmann einer durchwegs freigeorganierten Metallwarenfabrik wegen Verbrechens der Erpressung zu sechs Wochen schweren Kerker. Der Arbeiter hatte einen neu eingetretenen Kollegen wiederholt vergeblich zum Eintritt in den Verband aufgefordert und ihn schließlich im Auftrag aller anderen Arbeiter zum Verlassen des Betriebes erzwungen. Das Schwarzgeheiß wurde auch auf einmütigen Wunsch sämtlicher Arbeiter entlassen. Man sieht, die Klassenjustiz versteht überall, den Erpressungsparagrafen gegen die Arbeiterorganisation auszunutzen. Unternehmerterror bei Ausperrungen und Reichsratswahlen (Warnsdorfs) darf nicht geniert werden.

### Harry Walden als Kläger vor dem Bezirksausschuß.

Vor dem Bezirksausschuß fand gestern die Berufung Harry Waldens gegen den ablehnenden Bescheid des kgl. Polizeipräsidenten bezüglich der von dem Künstler nachgesuchten Erteilung der Direktionsführung am Lustspielhaus statt. Herr Harry Walden hatte sich am 17. Januar d. J., nachdem dem bisherigen Direktor Herrn Dr. Jidel die Konzeption entzogen worden war, um den Posten eines stellvertretenden Direktors beworben. Es wurde ihm jedoch seitens der Behörde der ablehnende Bescheid erteilt, daß ihm bei aller Würdigung seiner künstlerischen Fähigkeiten doch nicht die artistischen und moralischen Qualitäten zuzurechnen seien, die ihn befähigten, einem Theater vorzusitzen. Gegen diesen Bescheid legte Herr Walden beim Bezirksausschuß Berufung ein.

Bei dem Vortrag des Aktenmaterials durch den Vorsitzenden wurde der ablehnende Bescheid des Polizeipräsidenten verlesen, in welchem herborgehoben wird, daß der Künstler seit Jahren an einem Leiden kranke, das nach Aussage seines Hausarztes sich von Zeit zu Zeit in einer unübersichtlichen Reizung zu alkoholischen Exzessen bemerkbar mache. Sobald der Kläger einen derartigen Anfall erleide, pflege er unter Mitnahme seiner Substanzmittel zu verschwinden und seinen Aufenthalt geheim zu halten. So sei er in den Jahren 1903 und 1908 mehrmals verschunden und erst nach Wochen wieder zum Vorschein gekommen. Für die Ablehnung des Gesuches spreche auch mit, daß Herr Walden nicht die ausreichenden pecuniären Mittel besitze, da er im letzten Jahre am Deutschen Theater außer seiner Gage von 50 000 M. noch 9000 M. Voranschlag genommen habe. Er sei auch nicht geeignet, die für ein Zusammenhalten des Personals nötige Autorität auszuüben. Demgegenüber betonte Justizrat Michaelis, daß Herr Walden nicht nötig habe, einen Befähigungsnachweis zu erbringen und daß für seine künstlerische Befähigung Atteste hervorragender Schriftsteller, Künstler und Regisseure vorliegen, die bescheinigen, daß Walden als Künstler und Schauspieler hervorragend begabt und sich als äußerst pflichttreu erweisen habe, und sehr wohl berufen wäre, ein Theater zu leiten. Eine große Reihe von Zeugnissen bestätigten ferner insbesondere, daß er im Verkehr mit Kollegen und Kolleginnen sich stets als Gentleman gezeigt habe. Uebrigens habe der Hausarzt Waldens, Sanitätsrat Dr. Kayser, in einem Attest ausdrücklich bescheinigt, daß Walden, solange er ihn kenne, nur ein einziges Mal an Syphilis gelitten habe und daß anzunehmen sei, daß beratige Anfälle nicht mehr wiederkehren würden. Der Vorwurf des Polizeipräsidenten, daß der Kläger in finanzieller Beziehung nicht zuverlässig sei, könne unmöglich darauf gestützt werden, daß Walden im letzten Jahre trotz eines Gehaltes von 50 000 M. noch 9000 M. Voranschlag genommen habe. Eine Darlehensaufnahme sei noch lange keine finanzielle Unzuverlässigkeit. Walden habe das Geld zur Anschaffung der Wohnungseinrichtung bei seiner Verheiratung gebraucht. Sämtliche Kolleginnen Waldens hätten einstimmig befunden, daß dieser ihnen niemals unflüchtige Zuneigungen gemacht habe, ihnen vielmehr stets als Gentleman begegnet sei. Der Kläger besitze auch sehr wohl die zum Betrieb des Lustspielhauses erforderlichen Mittel. Auf den Einwurf des Vorsitzenden, ob eine Garantie dafür gegeben sei, daß, wenn Direktor Jidel die Konzeption endgültig verliere, Walden nicht etwa nur als Strohmann fungieren, in Wirklichkeit aber Jidel nach wie vor das Theater leiten werde, wies Justizrat Michaelis darauf hin, daß bereits zwischen dem Kläger und dem Lustspielhaus ein Vertrag geschlossen worden sei, nach dem sich Jidel verpflichtet habe, auch sein Amt als Geschäftsführer des Theaters niederzuliegen, falls ihm die Konzeption endgültig entzogen werde.

Ob. Regierungsrat Lindemann führte als Vertreter des Polizeipräsidenten u. a. aus: Was die sittlichen Qualitäten Waldens betreffe, so stütze sich die Behörde darauf, daß Walden nach dem Zeugnis seines Hausarztes mit einer pathologischen Veranlagung behaftet sei, die nach langer Pause wieder durchgebrochen sei. Wenn Walden jetzt als Direktor pflüchlich in diesen Dämmerzustand verfallen und sich unter Mitnahme von Geldmitteln aus der Theaterkasse entferne, so könne der Betrieb des Unternehmens auf das höchste gefährdet werden. Er stelle eventuell den Antrag, den Kläger durch den Bezirksarzt auf den gegenwärtigen Zustand seines Leidens zu untersuchen. Von einem Theaterdirektor müsse man ferner verlangen, daß er doch gewisse Mittel aufweisen könne, mit denen sich der Betrieb des Unternehmens aufrecht erhalten lasse. Das Gericht verurteilte nach kurzer Beratung folgenden Bescheid:

Das Gericht habe sich der Ansicht des Polizeipräsidenten dahin angeschlossen, daß der Kläger erst den Beweis für das Vorhandensein ausreichender Mittel zur Unterhaltung des Theaterbetriebes erbringen müsse. Dieser Nachweis müsse schriftlich beigebracht werden und unterliege der Prüfung durch das Gericht, sobald der Bescheid in der nächsten Sitzung verurteilt werden könne. Auch bezüglich der artistischen und finanziellen Zuverlässigkeit des Klägers sei es erforderlich, daß die beiden Zeuge, auf deren Zeugnis der Kläger sich stütze, persönlich ihr Gutachten dahin abgäben, daß die Krankheit des Klägers überwunden sei.

### Beleidigung einer Kundin.

Ein ganz ungehöriges Benehmen gegenüber einer Kundin hat der Wäschereibesitzer Otto Ruschke in Charlottenburg, der gestern unter der Anklage der tätlichen Beleidigung vor der I. Strafkammer des Landgerichts III stand, mit empfindlicher Freiheitsstrafe zu büßen. Zu den Kundinnen des Angeklagten gehörte die junge Frau eines Kaufmanns A. in Wilmersdorf, die sich Ende des vorigen Jahres in gelegentlichen Umständen befand. Am 5. Oktober brachte der Angeklagte der Frau A. in Abwesenheit ihres Ehemannes ihre Wäsche und fing mit ihr ein Gespräch über den zu erwartenden Familienzuwachs und die damit verbundene Vergrößerung der Wäscheaufträge an. Pflüchlich sagte er die zu Ende erschröckene Frau um die Taille und berührte sie in skandalöser Weise. Als Frau A. durch ihre Empörung über diese Schamlosigkeit die Kraft erhalten hatte, den dreifachen Menschen zurückzutreten und ans Fenster eilte, um um Hilfe zu rufen, entfernte sich der Angeklagte schleunigst mit einigen entschuldigenden Worten. Die schwer beleidigte Frau machte ihrem Platte Mitteilung von dem Verkommen. Dieser veranlaßte das Strafverfahren gegen A. Das Schöffengericht zu Charlottenburg hielt das Verfahren des Angeklagten gegenüber einer anständigen Frau, die sich noch dazu in

anderen Umständen befand, für so raswürdig, daß es glaubte, von einer Geldstrafe absehen zu müssen. Ruschke wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die von ihm hiergegen eingelegte Berufung wurde gestern von der Strafkammer verworfen.

### Die Telefon-Nervosität

hat dem Kaufmann und Bankier Ludwig Kränkel aus Schöneberg eine Anklage wegen Beleidigung einer Telefonistin eingebracht, welche gestern unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Hoffmann das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschäftigte. Der Angeklagte, welcher zu den Gesprächsteilnehmern des Amtes 6 gehört, war auf diesem bei den einzelnen Telefonassistentinnen seit längerer Zeit dafür bekannt, daß er bei jeder geringsten Kleinigkeit sich nicht gerade höflicher Redemendungen bediente. Als ihm eines Tages wiederholt das ominöse „Besetzt“ entgegenklingte, geriet er in eine Art Wutzustand, der ihn zu der Äußerung verleitete, daß dies nur eine idiotische Ausrede sei. Der Erregungszustand verstärkte sich noch, als Kränkel nochmals vergeblich den gewünschten Teilnehmer verlangte. Als ihm wieder das Wort „Besetzt“ entgegenklingte, ließ er sich zu den Worten hinreißen: „Sie verfl. . . Stüd Dr. . . I. das reden Sie einem anderen vor.“ Von der Postdirektion wurde wegen dieser Äußerung Strafantrag wegen Beleidigung der Telefonistin, an welche jene Worte gerichtet waren, gestellt. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er in anderen Fällen festgestellt habe, daß, obgleich von den betreffenden Teilnehmerinnen überhaupt nicht gesprochen worden war, ihm vom Amt der Bescheid zuteil geworden war, die Leitung sei besetzt. Er sei infolge des einzigen Telefonanrufes sehr nervös geworden und hätte sich zu jenen Worten vielleicht auch hinreißen lassen, wenn er gewußt hätte, daß die Telefonapparate nicht von Menschenhand bedient werden, sondern nur ein tote Maschine sind. Medizinrat Dr. Hoffmann bestätigte, daß der Angeklagte ein sehr leicht erregbarer und nervöser Mensch sei, bei dem aber der § 51 keine Anwendung finden könne. — Der Prozeß fortwährend und provozierten schließlich einen Rärm, während Justizrat Bernh. Friedmann eine erheblich mildere Strafe für eine ausreichende Sühne hielt, da der Angeklagte sich in der Erregung zu jener Beleidigung habe hinreißen lassen und außerdem in nicht sehr glänzenden Vermögensverhältnissen lebe. — Das Gericht ging mit Rücksicht auf die von dem Sachverständigen befundene starke Nervosität des Angeklagten unter dem Antrag des Amtsanwalts herunter und erkannte auf 200 M. Geldstrafe resp. 20 Tage Gefängnis.

## Soziales.

### Kerstliche Gutachten.

Wie verschieden in Unfallsachen oft ärztliche Gutachten ausfallen, zeigt folgender Fall, den kürzlich der Unfallrentner G. in Potsdam erlebte. Derselbe verunglückte 1891 dadurch, daß er beim Plagen eines Dampfrohres vom Kessel stürzte, sich einige Rippenbrüche zuzug und seitdem nervenkrank ist. Er bezog bisher eine Unfallrente von 50 Proz. Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft ließ G. nun Ende des vorigen Jahres untersuchen und beantragte auf Grund des ärztlichen Befundes beim Schiedsgericht die Aufhebung der Rente. Der Medizinrat G. in Potsdam hatte in seinem Gutachten erklärt, daß er es für wahrscheinlicher halte, daß gar keine Unfallsfolgen mehr bestehen, als daß solche noch vorhanden sind. In seiner Ansicht wurde er dadurch bestärkt, als er annahm, der Patient überbreite. Das Schiedsgericht ließ G. nun einige Wochen in der königlichen Charité in Berlin beobachten, um dann von dem daselbst tätigen Herrn Prof. A. ein Gutachten einzuholen. Prof. A. hält eine 50proz. Rente auch heute noch für angebracht, obwohl sich ein Teil der nervösen Symptome gebessert hätten. Demgegenüber blieb Medizinrat G. in Potsdam bei seinem vorher abgegebenen Gutachten bestehen. Das Schiedsgericht sah sich veranlaßt, ein Obergutachten einzuholen. Dies wird nach einer Beobachtung des G. im Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Weihensee von Herrn Prof. Dr. W. erteilt. Dieser Arzt vertritt das Gutachten des Medizinrats G. und nähert sich dem von Prof. A., indem er den Unfallrentner G. noch bis zu 40 Proz. erwerbsunfähig erachtet. Diesem letzteren Gutachten hat sich schließlich das Schiedsgericht angeschlossen. Dieser Fall zeigt eine recht auffallende Abweichung zweier Gutachten, die nicht geeignet ist, Vertrauen zu ärztlichen Gutachten zu erwecken.

### Die von der Wandliger konservativen Sprengkassone provozierte Versammlungsauflösung vor dem Oberverwaltungsgericht.

In Wandlitz (Niederbarnim) fand am 29. Mai 1910 eine öffentliche Versammlung statt, die vom Genossen Kadierer Koffert einberufen worden war und von ihm geleitet wurde. Das Referat hatte Reichstagsabgeordneter Artur Stadthagen. Eine Anzahl konservativer Leute hätten auf vorherige Abrede während des Vortrags fortwährend und provozierten schließlich einen Rärm, während dessen der Gendarmen-Wachmeister die Versammlung, nachdem der Vorsitzende die Versammlung vertagt hatte, auflöste.

Beschwerden Kofferts und Stadthagens beim Landrat und beim Regierungspräsidenten in Potsdam hatten keinen Erfolg. Der Regierungspräsident führte in seinem Beschwerdebescheid im wesentlichen aus, daß Versammlungen nicht nur den Gründen des § 14 des Reichsvereinsgesetzes aufgelöst werden könnten, sondern auch aus allgemeinen sicherheitspolizeilichen Gründen gemäß § 1 Abs 2 des Gesetzes. Voraussetzung sei nur das Vorliegen einer unmittelbaren Gefahr für Leben und Gesundheit der Versammlungsteilnehmer. Das sei aber hier der Fall gewesen. Es sei anzunehmen mit Rücksicht darauf, daß sich der Versammlung im Laufe der Zeit eine hochgradige Erregung bemächtigt habe, daß ein Versteher durch den Saal gemorren wurde und daß eine Anzahl Personen nach der Nebentribüne vorzudringen suchten.

Die Genossen Koffert und Stadthagen klagten beim Oberverwaltungsgericht, vor dessen erstem Senat gestern Termin anstand. Genosse Stadthagen trat in längeren Rechtsausführungen der Auffassung des Regierungspräsidenten, daß für eine Auflösung auch § 1 Abs 2 des Reichsvereinsgesetzes in Betracht kommen könne, prinzipiell entgegen und führte aus, daß nur aus den im § 14 des Gesetzes ausdrücklich aufgeführten Gründen eine Versammlung aufgelöst werden könne. Keiner dieser Gründe liege hier vor. — Im übrigen aber hätten sich auch die Vorgänge in der Versammlung anders entwickelt, als die Genossen sie in ihren Berichten dargestellt hätten. Insbesondere hätten die Vorgänge, die Anlaß zur Auflösung gegeben haben sollen, sich nach der Auflösung abgespielt. Er sei bereit, dafür noch Zeugen zu benennen, um deren Vernehmung er bitte.

Der Gerichtshof gab nach längerer Beratung dem Antrage auf Zeugenvernehmung statt und beschloß Vertagung zu diesem Zwecke. Es wird dann ein neuer Termin anberaumt werden. —

## Aus der Frauenbewegung.

### Märzstürme — Wahlrechtskämpfe.

#### Zum 19. März.

Ein Revolutionsmonat ist der Monat des März. Wiederholt, wenn die Frühlingsstürme durch die Lande brausen und das Ende von Winters Herrschaft kündeten, standen die freiheitsdurstigen Völker in Wettern und Flammen der Revolution, im Ringen um Freiheit und Recht. In diesem Jahre sind es zum ersten Male die Frauen, die dreifach geknechteten, die, gerufen von der Sozialdemokratie, sich freudig zum Kampfe für ihre Rechte scharen. Das Proletariat, das allein das heldenmütige Ringen der Pariser Kommunisten in ehrenbarem Andenken hält, es hält aber auch allein das Erbe dieser Freiheitskämpfer in seinen starken Händen. Seine geschichtliche Aufgabe ist es geworden, zu vollenden, was jene begonnen: Die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, die die Vorbedingung bildet für die Befreiung der Ar-

beiterklasse von der Klassenherrschaft und für die Sozialisierung der Gesellschaft.

In klarer Erkenntnis dieser geschichtlichen Mission und gedrängt von dem praktischen Bedürfnis seines Gegenwartskampfes ist deshalb das Klassenbewußte Proletariat der konsequenteste Bekämpfer für die politische Gleichberechtigung des Weibes.

Um das Banner der revolutionären Sozialdemokratie vereinigen sich darum am 19. März, am Frauentag, die Millionen von Frauen und Männern zum Kampfe für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Frauenwahlrecht.

Diese erste große Aktion der Sozialdemokratie, der internationalen Sozialdemokratie — denn Deutschland, Oesterreich, die Schweiz und Dänemark veranlassen am gleichen Tage die Kundgebung für das Frauenwahlrecht —, sie findet nicht nur einen freudigen Widerhall in den Herzen der geknechteten und doppelt behärdeten Proletarierinnen, die längst empfunden oder klar erkannt haben, daß nur der Sozialismus ihnen Befreiung bringen und ihr volles Menschentum zurückerobert wird, sondern sie gleichzeitig auch in eminenter Weise beitragen zur politischen Erweckung indifferenter Frauenmassen. Denn wenn die Massen der Männer und Frauen zusammenströmen, um zu erklären: Durch ihre Leistungen für die Gesellschaft, sei es im Produktionsprozeß, sei es durch die Mutterchaft, sei es durch die Pfllichterfüllung am häuslichen Herd oder sei es durch die Steuerleistung, haben die Frauen ihren vollständigen Rechtsanspruch auf das Wahlrecht und die Notwendigkeit seines Bestehens nachgewiesen; wenn in Millionen von Flugblättern, die in alle Häuser, in die entlegensten Hütten gebracht werden, dargelegt wird, wieviel Opfer die Frauen bei diesen Pfllichtleistungen bringen, wenn ihnen gezeigt wird, welche wichtige, unentbehrliche Waffe in ihrem Kampf um eine bessere Gegenwart, um eine sonnigere Zukunft das Wahlrecht in ihrer Hand ist, so kann und wird diese Aktion auch nicht ohne Einfluß auf die Rückhändigsten bleiben, ihr Wellenschlag wird vielmehr bis in die dunkelsten Winkel dringen und aufschüttelnd, erweckend wirken.

Jede Aufstüttelung bisher indifferenter, jede weitere Schulung bereits Gewonnener bedeutet aber eine Stärkung der Machtposition der Sozialdemokratie, eine Vergrößerung ihres Einflusses und damit einen Schritt vorwärts zur Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft. Indem also die Sozialdemokratie sich energisch der Interessen der Bedrückten und Rechtlosen annimmt, beschleunigt und sichert sie den Sieg des Sozialismus, weil sie Kräfte löst und einleitet, die bisher schlummerten oder gar als feindliche und hemmende sich erwiesen.

Mit Freuden begrüßen wir deshalb den ersten sozialdemokratischen Frauentag. Nicht weil wir wähen, von ihm aus stehenden Fußes in das Land der politischen Gleichberechtigung des Weibes zu marschieren, o nein! sondern deshalb, weil die an diesem Tage ausgestreute Saat dazu beitragen wird, kommende Siege vorzubereiten. In diesem Sinne wird der 19. März des Jahres 1911 geschichtliche Bedeutung bekommen: Zum ersten Male stellen die Rechtslosen der Rechtslosen sich geschlossen in die vordersten Reihen des Klassenkampfes und indem sie sich im Geiste über Landesgrenzen und Meere die Hand reichen, geloben sie, mit Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit zu kämpfen für das volle Bürgerrecht des Weibes. Dieser harten Kampfe wird es bedürfen; der Widerstände sind viele zu überwinden. Mancher Märzsturm wird noch über die proletarischen Wahlrechtskämpfer dahindrausen, bevor ihnen die Palme des Sieges beschieden sein wird. Doch das schadet uns nicht. Kampf heißt Leben. Das Proletariat ist groß geworden im Kampf. Und auch am Frauenwahlrechtstag wird es in alter Kampfbereitschaft sich freudigen Herzens bekennen zum Sozialismus als dem Menschheitsbefreier.

### Gebären, aber nicht wähen.

Und zum Weibe sprach der Herr: „Ich will dir viele Schmerzen schaffen, wenn du schwanger wirst; du sollst mit Schmerzen Kinder gebären.“ — Was nach den mythologischen Vorstellungen eines Urvolkes ein Gott dem ersten Weibe als Strafe dafür, daß es den Schlei der Erkenntnis gelüftet, zugefprochen haben soll, ist von den kapitalistischen Altheberchern tausendfach verschärft und erweitert worden. Im Zeitalter des Kapitalismus hat sich die Periode der Schwangerschaft für Hunderttausende von frondenden Proletarierinnen zu einem grausamen und qualvollen Leidensweg gestaltet.

Der erbärmteste Akt, die Erneuerung des menschlichen Geschlechts, wird in einer Weise misachtet, die eines Kulturvolkes unwürdig ist. Die Umstände, unter denen heute noch die meisten Proletarierinnen gebären, sind die denkbar traurigsten. Nicht nur, daß die Arbeiterin in ungelungen, engen, oft überfüllten Räumen die schwere Stunde erwarten muß, nein, viele arbeiten in gesundheitschädlichen Betrieben und verheimlichen nicht selten ihren Zustand so lange wie möglich, um ja recht lange ihre Arbeitskraft in Welt umsetzen zu können. Hierzu zwingt sie natürlich nicht das Vergnügen, sondern das harte, unerbittliche Ruh. Und selbst, wo dies nicht zutrifft, steht die unbemittelte Schwangere dem Ereignis ziemlich unvorbereitet gegenüber. In der begüterten Klasse trifft man schon lange vorher alle erdenklichen und geeigneten Maßnahmen, um dem Weibe die schwere, oft über Leben und Tod gebietende Stunde möglichst leicht zu machen. Solche Frauen erhalten sadgemäße Pflege und Ernährung und werden wie ein rotes Ei behandelt und behütet. Wenn z. B. die Scheidblätter aus „zuverlässiger Quelle“ schon acht Monate vorher der aufhorchenden Spieghelwelt mitteilen, daß diese oder jene „hohe Frau“ einem freudigen Ereignis entgegensteht, so kann man versichert sein, daß das Objekt serviler Reporterintuit sich unter der händigen Obhut und Beobachtung der berühmtesten Autoritäten befindet. Aber die proletarische Schwangere muß schufsten und leiden. Wenn nicht Verwandte oder hilfsbereite Nachbarn nachsehen, kommt es nur allzuoft vor, daß sie allein und verlassen auf ihrem armeneligen Lager niederkommt. Bedenkt man noch, daß viele Frauen an chronischer Unterernährung leiden und nicht viel zusehen haben, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn Unterleibskrankheiten, Fehl- und Frühgeburten, operative Eingriffe, Tod oder dauerndes Sinautum der Mütter die Folge all dieser Erscheinungen sind. So sterben denn auch in Deutschland alljährlich 10 000 Frauen während oder nach der Niederkunft, und zirka 50 000 verlassen als Kranke oder Sieche das Wochenbett. Während Pferde und Hunde die peinlichste Pflege und ledereite Kost bekommen, hungern und frieren tausende Schwangere, irren ohne Heim und Obdach umher. Mancher Schöpfungsläst auf seidenen Decken, trippelt in Mantelchen und — Schächchen (sie haben diese Hundegerl auch schon Taschentücher und Wistarten) einher, dagegen weih manche Mutter nicht, wie sie ihre eigene und die Wöhe ihrer Kinder bededen soll. Der Bauer, wenn seine Kuh trüchtig ist, schläft schon wochenlang, ehe sie wirft, des Nachts im Stalle, um die Stunde zu erwarten, wo das wertvolle Kalb das „Licht der Welt“ erblickt. Solche Sorge um Kuh und Kalb ist rührend im Vergleich zu der Tatsache, daß im Zeitalter der „Humanitätsbuselei“ die Schwangere und Gebähnerin des arbeitenden Volkes so gut wie ungeachtet ist. Angehichts dieser Tatsache klingt die Vögründung, daß der Frau das Wahlrecht nicht zukomme, da sie nicht in den Krieg ziehe, wie gerechter Hohn. Nein, in den Krieg zieht die Frau nicht, aber sie opfert Leben und Gesundheit auf dem Schlachtfelde des Wochenbettes. Sie mordet nicht fremde Brüder sinnlos hin, aber sie gebärt neue Staatsbürger und Bürgerinnen. Deshalb hat die Frau begründeten Anspruch auf alle Rechte als Staatsbürgerin. Die Sozialdemokratie, als einzige Partei für volle Gleichberechtigung der Frau, wird die Götzen des Vorurteils zertrümmern und auch hier die wirkliche Kulturträgerin sein.

**Der 19. März in der Schweiz.**

In 14 Orten der Schweiz, wo Sektionen des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes bestehen, werden am 19. März Versammlungen mit Referaten von Genossinnen über die politische Gleichberechtigung der Frauen abgehalten. Das Organ des Arbeiterinnenverbandes, „Die Vorkämpferin“ wird in einer Extraausgabe erscheinen. In dem Aufsatze des Verbandes, der in der gesamten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterpresse erscheint, heißt es:  
 Ein Frauentag soll der 19. März werden! Ein Frauentag!  
 Daraus werden sie treten, die Arbeitsschwestern, aus den Kinderstuben und den engen Arbeitskammern, ans Licht, an die Sonne!  
 Für wenige Stunden!  
 Mütter, Frauen, Mädchen und Vurschen! Daneben auch Männer, Arbeiter, Genossen!  
 Die Augen brennen, die sonst bleichen Wangen glühen in Rosen-schein! Wer in alle die Frauenherzen hineinzu schauen vermöchte! Wie's da drinnen arbeitet, wie die Pulse fliegen vor Erregung und stolzer Lust!  
 Frauentag, du Fest der Arbeiterin! Sei und gegrüßt!

**Versammlungen — Veranstaltungen.**

**Tempelhof.** Zum Besuch der am Sonntagvormittag 2 Uhr stattfindenden Versammlung in den „Neuen Rathausjalen“, Schöneberg, Martin-Luther-Strasse 51, treffen sich die Genossinnen Sonntagvormittag 12 $\frac{1}{2}$  Uhr Berliner und Dorfstrassen-Gde.

**Versammlungen.**

**Erholungsplätze für die Großstadtbewohner.**

Im Anschluß an die aufsehenerregende Verschäkerung des Tempelhofer Feldes für Zwecke der Baupelulation erörterte Genosse Ledebour vor einer sehr stark besuchten Volksversammlung, die am Dienstag in der Brauerei Königsplatz tagte, die Frage: „Wie schützt sich Berlin vor der Verschäkerung der Wälder und Felder in der Umgebung.“ Der Redner erinnerte daran, daß seit Jahren von den an Groß-Berlin angrenzenden Waldgebieten ein Stück nach dem anderen bebaut worden ist und andere Teile für die Bebauung in Aussicht genommen sind. Den Bewohnern von Groß-Berlin sind dadurch die für ihre Gesundheit so notwendigen Erholungsstätten entzogen worden, und was noch übrig geblieben ist, wird mit der Zeit verschwinden, wenn es so weiter geht wie bisher. Der Redner erörterte den Gedanken, daß dieser ungewundenen Entwicklung im Bewußtsein Einhalt getan werden müsse im Interesse der Bevölkerung. Das ließe sich durch eine großzügige Gemeindepolitik schon heute, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, verwirklichen. Aus dem Zweckverband Groß-Berlin müsse sich eine Gemeinde Groß-Berlin entwickeln. Ihre Bodenpolitik müsse dahin gehen, daß sie alles in ihrem Gebiet liegende städtische Terrain erwerbe und sich für die in Privatbesitz befindlichen Ländereien das Vorlaufs-

recht sichere. Unter dieser Voraussetzung würde es die Gemeinde in der Hand haben, innerhalb ihres Gebietes große Flächen von der Bebauung auszuschließen und dieselben zur Anlage von Parks, Spiel- und Erholungsplätzen zu benutzen. Da die hierzu benötigten Grundstücke von der Gemeinde nicht — wie es unter den heutigen Verhältnissen der Fall sein würde — zum Preise von Bauland angekauft werden brauchen, so ließe sich dieser Plan ohne Schwierigkeit durchführen, ja die weiter hinaus liegenden Ländereien würden durch Anlage großer Erholungsplätze um so eher für die Bebauung reif und nutzbar gemacht werden können. Eine großzügige Gemeindepolitik nach dieser Richtung müsse in die Wege geleitet werden. Für diese Frage müßten auch unsere Parteigenossen, unbeachtet unserer weitergehenden Ziele, ihre Kräfte einsetzen. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

**Deutscher Bauarbeiterverband.** Die Sektion der Gips- und Zementbranche hielt am Mittwochabend in den „Arminhallen“ ihre Generalversammlung ab. Otto Daeße erstattete den Bericht des Sektionsverbandes für das Jahr 1910: Erst in der zweiten Hälfte des Jahres war die geschäftliche Konjunktur eine günstigere und zugleich besserten sich die Organisationsverhältnisse. Am Schlusse des Jahres 1909 zählte die Sektion 1705 Mitglieder. Im Laufe des Jahres 1910 wurden 1093 neue Mitglieder gewonnen, aber 1005 mußten wieder getrennt werden, darunter 496 Hilfsarbeiter. Am Schlusse des Jahres 1910 zählte die Sektion 1700 Mitglieder, und zwar 418 Maschinisten, 288 Spanner, 198 Träger, 134 Zementierer, 346 Einschaler, 396 Hilfsarbeiter.

Die letzte Wahlenkontrolle, vom 8. und 9. September 1910, ergab daß in der Gipsbranche von 1586 kontrollierten Arbeitern 1111 organisiert und 475 unorganisiert waren. In der Betonbaubranche waren von 2519 kontrollierten Arbeitern 1427 organisiert und 1092 unorganisiert.

Der Arbeitsnachweis ist reger als im Vorjahre in Anspruch genommen worden. Im Jahre 1909 meldeten sich 3017 Arbeitslose, 1910 dagegen 4031. Im Jahre 1909 wurden 1988 Stellen gemeldet und besetzt, 1910 dagegen 2393 Stellen. Arbeitslose waren am Schlusse des Jahres 1909 noch in der Zahl von 70, am Schlusse des Jahres 1910 noch 81 eingetragen.

Die Lohnbewegung für die Betonbaubranche wurde im Jahre 1910 gemeinschaftlich mit den Mauern und Bauarbeitern eingeleitet und erledigt. Durch den Schiedsspruch vom 20. April wurde die Lohnerhöhung von 5 Pf. für die Einschaler von 7 $\frac{1}{2}$  Pf. bewilligt. Die meisten Differenzen entstanden wegen der geringeren Bezahlung der Hilfsarbeiter, die oft nur 53 Pf., anstatt der tarifmäßigen 68 Pf., pro Stunde erhalten, was sich leider noch mancher gefallen läßt. Eine größere Differenz entstand wegen der Bezahlung der tariflich festgesetzten Zuschläge für Überstunden nach 6 Uhr abends. Am 3. Oktober wurde in dieser Angelegenheit ein Schiedsspruch gefällt. In einer Versammlung erklärte darauf die Arbeiter, mit dem Beginn der neunstündigen Arbeitszeit im Jahre 1911 dahin zu streben, daß ohne Zuschläge keine Überstunden mehr geleistet werden.

Die Tarifverhandlungen in der Gipsbaubranche sind mit dem Berliner Betonverein geführt worden. Am 15. Juli wurde ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum 31. März 1913 gilt.

Die Bauperron über die Arbeiten des Unternehmers Otto Stüwe wurden im Bericht besonders hervorgehoben.

Zur Agitation und zur Erledigung der Angelegenheiten der Sektion fanden 6 Generalversammlungen, 15 Branchens-, 41 Bezirks- und 41 Bauerversammlungen statt, ferner 16 Vorstandssitzungen, 4 Sitzungen der Obstele, 6 des erweiterten Vorstandes und 64 Bezirksitzungen. In 22 Versammlungen wurden Vorträge gehalten.

Daeße erwähnte dann den Zusammenschluß der Organisationen im Baugewerbe als „Deutscher Bauarbeiterverband“, und machte darauf aufmerksam, daß für Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, der 1. Juli dieses Jahres der letzte Termin ist, um sich die alten Rechte als Mitglieder im Deutschen Bauarbeiterverband zu sichern.

Die Abrechnung der Sektion für das Jahr 1910 zeigt eine Einnahme von 83 986,63 M., eine Ausgabe von 76 505,12 M. Der Bestand von 7481,51 M. ist dem Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes überwiesen worden.

In der Diskussion wurden an den Vorstehenden verschiedene Fragen gerichtet, die dieser zufriedenstellend beantwortete. Einige Verbandsangelegenheiten beschäftigten dann die Versammlung. Unter anderem wurde bekanntgegeben: Die Zementier-, Einschaler- und Hilfsarbeiter, welche auf dem Neubau der Synagoge in der Rosanenstrasse gearbeitet haben, erhalten den 13. Oktober 1910, den jüdischen Feiertag, nachbezahlt und können sich zu diesem Zwecke bei der Firma Tzarnikow u. Co., Werberscher Markt 10, melden. — Die Wahl des bisherigen Arbeitsvermittlers für das Jahr 1911 wurde von der Versammlung bestätigt.

**Deutscher Kürschnerverband.** Eine Mitgliederversammlung der Filiale Berlin, die am Mittwoch in den „Kunstlerjalen“ tagte, befaßte sich mit einem Antrage des Vorstandes, einen besonderen Ortsbeitrag von monatlich 10 Pf. für die weiblichen und 20 Pf. für die männlichen Mitglieder zu erheben, um bei großer Arbeitslosigkeit und bei etwaigen Kämpfen etwas mehr an Unterstützung leisten zu können, als es bisher und auf Grund des Verbandsstatuts möglich war. Die Anregung zu dem Antrag ist schon vor mehreren Wochen aus den Kreisen der Mitglieder gekommen. Inzwischen haben schon einige Werkstattitzungen dazu Stellung genommen und man kam allgemein zu dem Schluß, daß der Vorstandsantrag nicht weitgehend genug war, und daß man mindestens das Doppelte, nämlich 6 und 10 Pf. wöchentlich erheben sollte. — Nachdem nun der Vorstehende Prike über die Anträge berichtet und die Gründe, die dafür maßgebend sind, dargelegt hatte, wurde eingehend über die Frage diskutiert, und es zeigte sich auch hier in der Versammlung, daß man gerne gewillt ist, den erhöhten Beitrag zu zahlen. Die Entscheidung über die Anträge ist der Generalversammlung vorbehalten, die am 19. April stattfinden wird.

**Achtung! Anarchisten, Sozialisten! Achtung!**

Berlin.  
 Sonntag, den 19. März 1911, mittags 11 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17:  
**Öffentliche Volks-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat.  
 Referent Genosse Paul Wehrle.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 A. A. der Agitationskommission: Gustav Gladach, Berlin, Rosfelder Str. 41.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbüro: Gof. I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Gof. III. Amt 3, 1967

**Montag, den 20. März 1911, abends 7 Uhr: Versammlung**

aller in den Geldschrankfabriken beschäftigten Kollegen  
 in Frankes Festjalen, Badstraße 19.  
 Tages-Ordnung:  
 Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den Tarif der Geldschrankschlosser.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

**Montag, den 20. März 1911, abends 6 Uhr: Große Versammlung**

aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
 in Graumanns Festjalen, Raunynstraße 27.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Antwort der Arbeitgeber auf die Beschwerden der Arbeiterschaft und unsere weitere Stellungnahme.  
 Referent: Kollege Handke.  
 2. Diskussion.  
 3. Branchenangelegenheiten.  
 4. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen und Kolleginnen! In dieser Versammlung wird das Verhalten der Arbeitgeber betreffend die Vereinbarung vom November 1910 Bericht erstattet. Da außerdem wichtige Beschlüsse gefaßt werden, ist es Pflicht jedes Einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

113/17 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Hausarztvereine.**

Sonntag, den 19. März, vormittags 9 Uhr, Weuffelsstr. 9:

**Verbands-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Anträge. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.  
 Pünktliches Erscheinen ist in Anbetracht des Frauentages Pflicht der Delegierten. Mitglieder haben als Gäste Zutritt.

**Im herrlichen Gnd! Heideschloß Hohenbinde**

Zum Gutenberg (Stat. Erkner) Empfehle mein romantisch an Wald und See gelegenes Lokal allen Vereinen, Gesellschaften und Naturfreunden. Sommerwohnungen, möblierte Zimmer.

Berzogen in Nixdorf nach Kaiser-Niederstr. 60 vis-à-vis dem Kgl. Volkshaus Dr. Seelig, Arzt.

Freunde und Bekannte einladet Albert Lehmann.

**Ein handgreiflicher Beweis**



der Billigkeit von Kathreiners Malzkaffee ist das ersparte Geld, das man am Ende des Jahres im Beutel hat, wenn man täglich Kathreiners Malzkaffee trinkt. — Das ist in diesen teuren Zeiten von größter Wichtigkeit! Der Gehalt macht's!

**Dr. Simmel Stoffe**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Große Firma** vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Staljerer, Colfere S. 100, „Vorwärts“-Spezialisten, Auguststr. 50.

**Rekord**

1910 Prinz-Heinrich-Fahrt 1. Preis  
 1909 Prinz-Heinrich-Fahrt 1. Preis  
 1908 Prinz-Heinrich-Fahrt 1. Preis  
 1907 Herkomer-Konkurrenz 1. Preis  
 1906 Herkomer-Konkurrenz 1. Preis  
 1905 Herkomer-Konkurrenz 1. Preis

Diese bedeutendsten Touren-Dauer-Wettbewerbe über lange Strecken und schwieriges Gelände wurden auf

**Continental Pneumatik** gewonnen.

Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover

**Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.**



Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Vorkauf. Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte, stark. Ganz Schwere Leder-Pilot-Tasche. Große Flecken unsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50

**Berufs- u. Schutzkleidung** für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

**BAER SOHN**

Spezial-Kaus größten Maßstabes  
 Chausseestr. 20-30 — Brückenstr. 20  
 Dr. Frankfurterstr. 20  
 Schöneberg, Hauptstr. 18.  
 Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verboten.

**„Vorwärts“:**  
 Refer! Die elegantesten, wenig gebrauchten Herren-Garderoben sind am billigsten und gut passend nur im Monats-Garderoben-Haus Luft u. Burger, 19 Mariannenstr. 19, kein Laden. Fahrverbindung von überall. Straßenbahn-Fahrtgeld wird vergütet.

**„Vorwärts“-Leser aufgepaßt!**

**Monatsgarderobe**  
 kauft man in der Pfandleihe Prinzen-Str. 34  
 1 Tropfen (kein Laden) wie allebekannt Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Hosen für jede Figur passend.

**Kranzspenden**  
 sowie sämtl. Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69 („Vorwärts“-Haus), Tel. IV 7203, 6890\*



# Ausnahmepreise

eines grossen Postens unserer bewährten Schuhwaren nur tadelloser Qualität.

Die Ausgabe unserer **Rabatt-Marken** erleidet **keine** Unterbrechung.  
 ➔ Sofortige Auszahlung von **1 Mark** in bar bei vollbenutzter Karte. ➔

Unsere Geschäfte in Berlin und Umgegend befinden sich:

- N. Reinickendorfer Str. 12
- N. Badstrasse 23
- N. Brunnenstrasse 42
- NW. Turmstrasse 55 Exke Waidstr.
- W. Potsdamer Strasse 54
- S. Kottbuser Damm 5
- O. Andreasstrasse 47
- O. Frankfurter Allee 144
- Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 121
- Schöneberg, Hauptstr. 159
- Weissensee, Berliner Allee 23

**Melton-Hausschuhe**  
 Cordelsohle  
 Kin-der 68 Mä-d-chen 78 Da-men 88 Pf.

**Herr.-Schnürstiefel und Zugstiefel**  
 glatt, la. Wachs-leder, genagelt. **5<sup>90</sup>**

**Damen - Schnürstiefel**  
 strapazierfähig, starker Boden. **4<sup>90</sup>**

**Kinder - Schuhe**  
 Chagrineder 18-22  
 Ohren-**85** Schnür-**1<sup>55</sup>**  
 schuhe Pf. stiefel

**Schulstiefel**  
 strapazierfähig  
 25-26 **2<sup>40</sup>** 27-30 **2<sup>90</sup>** 31-35 **3<sup>40</sup>**

**Herren-Schnürstiefel**  
 Prima Box-Chrom mit Besatz **7<sup>50</sup>**

**Dam.-Schnürstiefel**  
 Box-Chrom und Chevreaux-horse Lackkappe. **5<sup>90</sup>**

**Hausschuhe, kleiner Absatz, Chagrineder**  
**1<sup>55</sup>**  
 Kind. **1<sup>95</sup>** Dam. **2<sup>45</sup>** Herr **2<sup>95</sup>**

**Knopfstiefel für Mädchen, braun Chevette**  
 27-30 **4<sup>40</sup>** 31-35 **5<sup>40</sup>**

**Herren-Schnürstiefel**  
 feinst. Chevreaux, elegante Ausstattung **9<sup>30</sup>**

**Damen-Schnürstiefel**  
 feinstes Chevreaux, elegante Ausstattung **9<sup>30</sup>**

**Spangenschuhe**  
 für die **2<sup>65</sup>** für Ball- und Gesellschaft **3<sup>45</sup>**  
 Straße

Schuhwaren - Fabrik

Günstigste Kaufgelegenheit für die : **Konfirmandenzeit** :

# Max Tack

**Buchhandlung Vorwärts**  
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).

Zum **18. März** empfehlen wir:  
**Freiligrath Gedenkblatt**

Zahlreiche Illustrationen —  
 Interessante belehrende Artikel.  
 Preis **20 Pf.** 25/14\*

**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung  
 elegante

**Herren-Moden**  
 fertig und nach Mass,  
 feinste Verarbeitung.  
**S. Boltuch**

**Herren-Schneiderer**  
 Frankfurter Allee 75, 1  
 Eingang Tilsiter Strasse.

## Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Gegründet 1898

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage,  
 dicht an der Potsdamer Straße,

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40—60 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

**Kein Abzahlungs-Geschäft.**



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung

Neue Friedrichstr. 35  
 neben Zentral-Wartthalle  
 liefert an jedermann elegante  
**Herren-Garderoben**  
 nach Maß unter Garantie für  
 tadellose Sitz gegen wöchent-  
 liche Teilzahlung von 1 Mark an.  
 Aufgeberei u. Werkstoff im Hause.  
 Auf Wunsch Besuch des Neuen  
 mit neuesten Stoffmustern.  
 Sonntags geöffnet. 30602

**Salon-Briketts**

große Marke, 1000 Stück **7,75 M.**,  
 ab Bahn. Handwagen zur Lieferung frei.  
 Bahn liegt Kottbuser-Hfer 60.

**Hut-Arnold** Dresdenerstr. 116  
 (Kein Laden) am Granlenplatz

Hut und Mützen Engros-geschäft  
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Welche Herrenhüte v. 1,50—6,00  
 Nur fehlerfreie moderne Ware.  
 Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.  
 Stiefe Herrenhüte v. 2,00—7,00  
 Nur fehlerfreie moderne Ware.

## Jeder Herr, welcher schön!

Sich kleiden und beim Einkauf sparen will, empfehle aus großen Vorken gebrauchte Herren-Anzüge und Paletots, für jede Figur passend. Diese Sachen sind aus prima Stoffen gefertigt, einzeln aus aus Abonnement-Dauern kommend, früher bis 100 Mark, jetzt zu nachfolgenden billigen Preisen:  
 Frühjahrs-Paletots 10.— 11.— 18.— 20.— M. 20.  
 Jackett-Anzüge 10.— 11.— 18.— 20.— M. 20. | Herbst-Anzüge 18.— 22.— 26.— 29.— M. 20.  
 Mod.-Anzüge 14.— 18.— 20.— 25.— M. 20. | Herren-Hosen 3.— 4.— 5.— 7.— M. 20.  
 Große - Bestellung für neue, elegante Garderobe.

**J. Wand,** Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Str. 116, an der Andreasstr.  
 11. Geschäft: Chausseestraße 80. 111. Geschäft: Brunnenstraße 179.

Vorjährige feinste  
**Frühjahrs - Ulster**  
 und  
 elegante Anzüge

Jetzt **20—50 Mark.**  
 Täglicher Verkauf.  
**Kavaller-Klub,**  
 Unter den Linden 61 "

*Josefetti*

**VERA**

FEINSTE 3 Pfg. CIGARETTE

Herr v. Burgsdorff und die Sozialdemokraten.

Vor dem Landgericht Frankfurt a. O. hatte am Mittwoch Mittergutsbesitzer v. Burgsdorff, Mitglied des Herrenhauses, sich wegen Beleidigung zu verantworten.

Der Verein bekam zu seinem Stiftungsfest im August 1909 kein Lokal, so daß er auf dem Feld eines Mitgliedes einen Festplatz herrichten mußte.

So befandete vor dem Schöffengericht Frankfurt a. O. im Juni 1910 der Gastwirt Feldner, aber der Angeklagte v. Burgsdorff wurde freigesprochen.

Am Landgericht Frankfurt a. O. hatte die Strafkammer I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Parthey das zu prüfen und danach zu entscheiden.

Der Angeklagte äußerte in seiner Vernehmung sich zunächst darüber, wo die Sozialdemokraten herkämen.

das sind Bürgerliche. Sozialdemokraten sind die Fabrikarbeiter, die Bergleute; das sind Jüdische. In Lindow wurden bei der Reichstagswahl 240 Stimmen abgegeben, davon waren 150 sozialdemokratisch.

Die Äußerung des Herrn v. Burgsdorff gegenüber dem Gastwirt Feldner, die den Gegenstand der Klage bildet, wird von dem Angeklagten in der schon früher behaupteten Form wiedergegeben.

einkehrenden Herren den Saal verweigert, weil er nichts ohne seine Frau tun dürfte. Man habe ihm geantwortet, dann solle er sein Bier allein kaufen.

Ihr Ergebnis wird gewürdigt vom Rechtsanwalt Falkenfeld. Für den Kläger führt er aus, erwiesen sei das Wort „sozialdemokratischer Pöbel“, aber auch der Ausdruck „pöbelhaftes Betragen“.

Das Urteil lautete wieder auf Freisprechung. Glauben müsse man dem Angeklagten die von ihm selber behauptete Form seiner Äußerung über die Sozialdemokraten.

Dieses Urteil wird gewiß mit dazu beitragen, daß bei den kommenden Reichstagswahlen die Sozialdemokratie in Lindow und Umgegend noch sehr viel mehr Anhänger findet.

Ämtlicher Marktbericht der Königl. Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.

GEGRÜNDET 1867



Zentrale und Versand: Jerusalemer Str. 38-39

Friedrich-Strasse 75 Potsdamer Strasse 2 Tauentzien-Strasse 19a König-Strasse 25-26

Schöneberg, Hauptstr. 146 Rixdorf, Berg-Str. 25-26

Tauentzien-Strasse 7b Mark 12.50 Spezial-Verkauf

Neu eröffnet: Rosenthaler Strasse 5

REICH ILLUSTRIRTER HAUPT-KATALOG GRATIS

Erfordernis für ein neues Frühjahrs-Kostüm ist moderne Fußbekleidung

Die alte Stiller-Firma ist mit allen neuen Erzeugnissen der internationalen Schuh-Industrie so überaus reichlich versehen, dass der verwöhnteste Geschmack befriedigt werden kann.

Täglich Eingang von Frühjahrs-Neuheiten

Neue Formen □ Neue Schaftschnitte □ Neue Farben

Die grosse Mode für Damen

Eleg. Halbschuhe in den verschiedensten Variationen Samt und Seide □□□ Samtkalb und Lack

Feine Herren-Strassen-Stiefel

in den neuesten deutschen, französischen und amerikanischen Fassons

Haupt-Preislagern für Herren- und Damen-Stiefel

8<sup>75</sup> 10<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 15<sup>50</sup> 18<sup>00</sup>

Das Beste in Qualität □ Das Vollkommenste in Passform □ Das Höchste in Eleganz



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Görlitzer Viertel.**  
Bezirk 227, Teil II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Schlosser  
**Otto Grell**  
Kallhorstr. 20, gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 18. März, nach-  
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause  
aus nach dem Emmaus-Kirchhof,  
Germannstraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
216/17

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 16. März verstarb unser  
Genosse, der Schlosser  
**Hermann Springer**  
Deusselstraße 22.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 19. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilands-Kirchhofes in  
Pöppensee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
226/18

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verein**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlosser  
**Hermann Springer**  
am 16. März an Lungenleiden ge-  
storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 19. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilands-Kirchhofes  
in Pöppensee aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.  
113/15

**Deutscher Bauarbeiterverband.**  
(Zweigverein Hermsdorf.)  
Am 15. März verstarb unser  
Mitglied  
**Wilhelm Scharf.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des Gemeinde-  
friedhofes in Lütbars aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
107/8

**Verband der Lederarbeiter.**  
Berlin I.  
Am Montag, den 13. März,  
verstarb unser Mitglied, der Weiß-  
gerber  
**Hans Aue.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 18. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilands-Kirchhofes,  
Müllerstraße, Ecke See-  
straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung bitten  
Der Vorstand.  
144/5

**Daufigung.**  
Für die vielen Beweise aufrichtiger  
Teilnahme und Kranzsenden bei  
dem unerwartlichen Verlust meiner so  
plötzlich dahingegangenen Frau und  
Mutter  
**Pauline Glinka**  
geb. Zimmerling  
sage ich allen Freunden und Be-  
kannten meinen tiefempfindlichen Dank.  
Schöneberg-Berlin.  
August Glinka.  
34502

**Todes-Anzeige.**  
Nach kurzem, schwerem Leiden  
verstarb am 16. März mein innig-  
geliebter Mann, unser bergens-  
guter Vater, Sohn und Bruder  
**Paul Dehnst**  
im 33. Lebensjahre.  
Kantwig, 17. März 1911.  
**Klara Dehnst** und Kinder,  
Ulrich und Geschwister.  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 19. März, nachmittags 3 Uhr,  
auf dem Friedhof Groß-Lichter-  
felde-Df, Langestraße, statt. 34332

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Lankwitz.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse und Vorstands-  
mitglied, der Mechaniker  
**Paul Dehnst**  
am Donnerstag, den 16. März,  
nach kurzem, schwerem Leiden  
verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 19. März, nach-  
mittags 3 Uhr, vom Friedhof  
Gr.-Lichterfelde-Df, Langestraße,  
aus statt. 302/5  
Um zahlreiche Beteiligung er-  
sucht  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
**'Propeller', Lankwitz.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Sportgenosse  
**Paul Dehnst**  
am Donnerstag, den 16. März,  
nach schwerem Leiden verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung erfolgt in  
Lichterfelde-Df, Langestraße, am  
Sonntag nachmittags 3 Uhr.  
10/9  
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Mit-  
teilung, daß mein lieber Mann,  
unser unversehrter Vater, Bruder,  
Schwager und Onkel, der Maurer  
**Wilhelm Scharf**  
nach langem schwerem Leiden ver-  
storben ist. 700b  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag nachmittags 3 Uhr von  
der Leichenhalle des Gemeinde-  
friedhofes in Lütbars aus statt.  
(Station Bahmannsdorf an der  
Nordbahn.)  
Um stillen Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Frau **Auguste Scharf.**

Allen Freunden und Bekannten  
zur Nachricht, daß mein lieber  
Mann, unser guter Vater,  
Schwager und Großvater, der  
Lederer  
**Rudolf Behrens**  
am Donnerstag, den 16. März,  
abends 8 Uhr, nach langem Leiden  
sanft entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen,  
Frau **Ortild Schreub** u. Söhne.  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 21. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilands-Kirchhofes  
in Nordend aus statt.

Hierdurch die traurige Nachricht,  
daß wir am 17. März, morgens  
6 Uhr, meine liebe Frau  
**Marie geb. Hiebel**  
nach schwerem Tobestampfe im  
60. Lebensjahre verstorben ist.  
**Eduard Rosmus, Rentant.**  
Die Beerdigung findet am  
20. März, nach 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Karlsruher Fried-  
hofes - 30 Minuten vom Bahnhof  
Karlsruhe - aus statt. 707b

**Zur Aufklärung und gefälligen Beachtung.**

Am **1. April** eröffne ich wieder mein im Jahre 1879 gegründetes, bekanntes  
**Herren-, Knaben-Garderoben u. Maß-Geschäft**  
unter meiner **persönlichen Leitung** mit vollständig neuem, modernem Warenlager,  
und sichere dem geehrten Publikum und meiner werten alten Kundschaft wie in früheren  
Jahren strenge Reellität und **Preiswürdigkeit** zu.

Meine Firma wird durch den zur Zeit bekanntgegebenen Ausverkauf in keiner Weise berührt,  
da ich demselben **persönlich vollständig fernstehe.**

**Julius Lindenbaum, Berlin O.**

Vom 1. April ab: **Große Frankfurter Straße 141, Ecke Frucht-Straße.**

Unsere neuen Modelle  
sind unsere  
neuesten Schläge



**Einheitspreis Mk. 12.50**  
für Damen u. Herren  
Luxus-Ausführung M. 16.50  
Fordern Sie Musterbuch



**Salamander**

Schuhges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W8, Friedrichstraße 183

- W. Friedrich-Strasse 182 NO. Gr. Frankfurterstr. 102
- SW. Friedrich-Strasse 221 (am Strausberger Platz)
- N. Friedrich-Str. 118/119 NW. Wilancker Strasse
- C. König-Strasse 47 Ecke Turmstrasse 9
- W. Potsdamer Strasse 5 Charl. Wilmersdorferstr. 126
- C. Rosenthaler Tor Steglitz, Schloss-Strasse 20
- W. Tauentzien-Strasse 15 Spandau, Breite Strasse 30
- N. Bad-Strasse 20. Potsdam, Nauener Str. 24

**NEUERÖFFNUNG**

unserer 15. Gross-Berliner-Niederlassung  
**Martin Lutherstrasse 2. Anfang April 1911.**  
50 eigene Geschäfte. Ueber 400 Alleinverkaufsstellen.

**MÖBEL**



**Zum Umzuge**  
offerieren wir unsere  
anerkannt gediegen ge-  
arbeiteten Möbel, für  
welche wir langjährige  
Garantie übernehmen.  
Ganz besonders stellen  
wir jetzt zusammen:

- Einrichtung 15 M. Anzahlung
- Einrichtung 25 M. Anzahlung
- Einrichtung 50 M. Anzahlung
- Einzel-Möbel  
eichen von 4 M. Anzahlung an.

Wochenrate 1 M. an!

**S. Gottlieb**

G. m. b. H.

Rosenthaler Strasse 54, I. Etage.

**Frühjahrs-Neuheiten**  
fertig und nach Maß.  
Schlecke Ulster . von 25 M. an  
Sakkosanzüge . . . 20 " "  
Gehrockanzüge . . . 25 " "  
**Als Spezialität**  
empfohlen wir: 30/18  
Anzug nach Maß . . . 50 M.  
Paletot " . . . 50 " "  
**Versandhaus Germania**  
Unter den Linden 21.

**Sämereien**  
**Gartenartikel**  
für Laubenkolonien.  
**Ad. Demmler**  
Dresdener Str. 17  
am Kottbuser Tor.

**Total-Auflösung!**

Wegen vollständiger  
**Geschäfts-Aufgabe**  
unseres seit Jahren bestehenden Spezial-Hauses sollen die Riesen-  
Vorräte, bestehend in:  
**Teppichen, Gardinen, Portieren, Diwan-, Tisch- und**  
**Stoppdecken etc.**  
schleunigst geräumt werden, und sind die Preis-  
**33 1/3 bis 50 0/0** herab-  
gesetzt.  
Sollten günstiger Ge-  
genstande für die **neue Wohnung**

**Teppichhaus Adler**

Königsstr. 20-21. an der Jüdenstraße.

**Möbel-Lechner**

Brunnen-Straße 7, am Rosenthaler Tor.  
**Riesen-Auswahl**  
in bürgerlichen Wohnungseinrichtungen  
**auf Kredit und gegen bar**  
Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an  
Einz. Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an  
**In bunten Köchen hervorzugend schöne Muster.**  
Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark  
gut geschrieben.  
Liefere auch nach auswärts.  
Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.



**1 Mark**

wöchentliche Teilzahlungen  
liefere elegante fertige

**Herren-Garderoben**

:: Ersatz für Mass ::  
Anfertigung nach Mass  
Tadellose Ausführung

**Julius Fabian**

Schneidermeister  
Gr. Frankfurter Str. 37, b  
Eingang Strausberger Platz.  
II. Geschäft: Turmstr. 18  
nur I. Etage, kein Laden.



# Für alle Welt

bringen hiermit zur gefl. Kenntnis, dass für die Folge das Waren-Kredithaus **Felix Jacob** vorm. Robert Blumenreich, Berlin, Neue König-Strasse 43 ebenfalls unter derselben Leitung wie das bekannte Kaufhaus auf Kredit „Für alle Welt“, Schöneberg bei Berlin, Hauptstrasse 19 geführt wird. Es gibt also nunmehr **2 Verkaufsstätten** unter der Firma

## WEST

Kaufhaus auf Kredit

# FÜR ALLE WELT

Kaufhaus auf Kredit

- 1. Schöneberg, Hauptstrasse 19
- 2. Berlin, Neue Königstrasse 43

direkt am Kaiser Wilhelm-Platz, dem alten Rathaus gegenüber.  
Ecke Alte Schützen-Strasse dicht hinterm Grand-Hotel.

In beiden Geschäften werden dem verehrten Publikum Vorteile geboten, wie solche eben von keiner Seite zu übertrumpfen sind. Wer also irgend welchen Bedarf hat und trotz allergünstigster Zahlungsbedingungen unbedingt gut und reell bedient sein will, der präge sich unsere Adressen genau ein und komme zu uns. Wir führen in reichhaltigster Auswahl:

## Möbel

Einzelne Stücke in allen Holz- u. Stilarten  
Vollständige Wohnungs-Einrichtungen  
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer,  
Salons, bunte Küchen, Klein- u. Luxusmöbel

## Garderobe

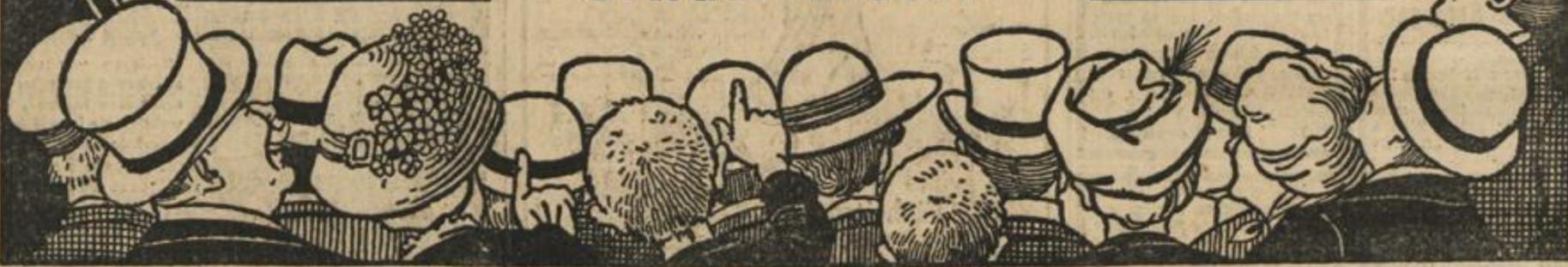
für Herren, Damen und Kinder  
Anfertigung auf Wunsch n. Mass  
Einsegnungs-Anzüge und -Kleider  
Nur moderne Genres in allen Artikeln.

Teppiche, Läufertücher, Bettvorleger, Dekorationen, Portieren, Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen, Steppdecken, Betten etc.

**Kleinste Anzahlung.**  
Beamte und alte Kunden  
**ohne jede Anzahlung.**  
Allerbequemste Teilzahlung.

**Jedermann**  
ob Dame oder Herr, ob ledig oder verheiratet,  
**erhält Kredit!**

**Reichhaltigste Auswahl**  
in allen Abteilungen.  
**Billigste Preisnotiz.**  
Kulante Bedienung.



## Billiger

können Sie nirgends kaufen, wenn Sie Ihren Bedarf an eleganter Herrengarderobe bei mir decken, denn **wie**

in jeder Saison, bringe ich auch diesmal eine überraschend grosse Auswahl sowohl in Qualitäten als auch in Farben, und zwar **im**

modernsten Schnitt und bester Passform sowie Ausführung

Anzüge in allen neuesten Modellen 38.- 28.- 18.-  
Paletots und Ulster . . . . 38.- 28.- 18.-  
Hosen und Westen . . . . 12.- 6.- 3.-

**Kein Ausverkauf-Angebot.**

August Pietsch G. m. b. H.  
Rosenthaler Strasse 9, Ecke Auguststr.

## Möbel-Angebot.

Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Rinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgechäft. 6765\*

# Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung  
liefere elegante

## Herren-Moden

Fertig und nach Maß  
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung

## J. Kurzberg

Maß-Schneiderei  
Rosenthaler Strasse 40-41  
direkt am Hackeschen Markt.

II. Geschäft:  
Frankfurter Allee 104, prt., Ecke Friedenstr.



# OXO

## Bouillon-Würfel

der Compie.

# LIEBIG

geben durch einfachen Aufguß  
kochenden Wassers eine große  
Tasse guter Fleischbrühe.

Preis **5 Pfg.** das Stück

## A. B. KOCH

Kohlen- u. Briketts-Großhandlung

Hauptkontor: Petersburger Str. 1 Berlin. Telefon: Amt 7, 3040 und 3096.

Lagerplatz 1: O., Rüdersdorfer Str. 71 (am Küstriner Platz, alt. Ostb.).

Lagerplatz 2: O., Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Lagerplatz 3: N., Schenstr. 36 (Schivelbeiner Str., Ecke Malmber Str.).

Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

pr. Ztr. pr. Ztr.

1a Senteuh. Marienglück Salon 82 Pf. 1a Tise Salon . . . . 1.-M.

1a Senteuh. Gotthold Salon . 92 Pf. 1a Hahlsteine . . . . 80 Pf.

1a Diamant Salon . . . . 1.-M. 1a Anthracit Cadé . . 2.80 M.

(Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stok.)

Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 10-18 Pf. mehr.

Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.

Holz, verkleinert, per Zentner 2.- M.

Bei größeren Abschlüssen u. Originalwagg. verl. Sie meine Spezialofferte.

Als besond. preiswert sind meine unübertroffenen Marienglück-Briketts zu empfehlen, welche ich bei 2000 Stück mit **8.75 pr. Taus.** bei 30 Ztr. mit **97 Pf. pr. Ztr.** franko bis 4 Treppen lukulive aller Unkosten liefere.

## Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monats-Garderoben, Große Frankfurter Straße 93, mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen. Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots etc. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliereu etc., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen. Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz auszeichnen. Wir empfehlen getragene Wah-Anzüge 8 M., 14 M., 18 M. Wah-Paletots 6 M., 12 M., 16 M. etc. Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monats-Garderoben

nur Große Frankfurter Str. 93 nur

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Keine Filialen am Platze.

Abteilung II Neue Garderoben.

Nur Große Frankfurter Straße 93

# Möbel

- |                 |           |   |           |
|-----------------|-----------|---|-----------|
| 1 Kleiderspind  |           | 1 Bettstelle mit Matr.                    |           |
| 1 Bettstelle    | 15 Mark   | 1 Kleiderspind                            | 35 Mark   |
| 1 Tisch         |           | 1 Wäschespind                             |           |
| 2 Stühle        |           | 1 Spiegelspind                            |           |
| 1 Küchenschrank |           | 1 Sofa                                    |           |
| 1 Küchentisch   |           | 1 Tisch                                   |           |
| 1 Küchenstuhl   | Anzahlung | 2 Stühle und eine komplette farbige Küche | Anzahlung |

Einzelne Möbelstücke Anzahlung v. 3 M. an wöchentlich 1 M.

Offertiere ferner komplett aufgestellt:  
Moderne Schlafzimmer | Moderne Wohnzimmer  
Moderne Speisezimmer | Moderne Herrenzimmer  
in jeder gewünschten Holz- und Stilart,  
Anzahlung 40-80 Mark.

# M. Beiser

Lothringer Straße 67.

Prachtkataloge nach außerhalb gratis und franko.

**Vorort - Nachrichten.**

Salbe (Kreis Teltow).

Sonderbare Rechtsbegriffe. Besondere Leistungen in der Auslegung von Gesetzen vollbringen häufig die Gemeindevorsteher. Welche Rechte diese Herren sich oft anmaßen gegenüber den Bürgern, sollte man im Lande der „gesicherten Rechtsgarantien“ und der kommunalen „Selbstverwaltung“ kaum für möglich halten, obgleich man in dieser Beziehung manches in Preußen-Deutschland gewöhnt ist.

Wir teilten vor einigen Tagen mit, daß bei der am 3. d. M. in Salbe stattgefundenen Gemeindevahl in der 3. Klasse sich eine Stichwahl notwendig machte zwischen den Kandidaten Sperling und Schneider. Letzterer wurde jedoch, nachdem er in der 3. Klasse in die Stichwahl kam, in der 1. Klasse zum Gemeindevorsteher gewählt. Obgleich nun der Wahlvorstand Stichwahl zwischen Sperling und Schneider proklamiert hatte, fand am 10. März die Stichwahl nicht zwischen diesen beiden Kandidaten, sondern zwischen Sperling und dem Postvorsteher Viegand statt. Letzterer erhielt allerdings die Mehrheit und wurde als gewählt proklamiert entgegen den Bestimmungen der Landgemeindevorsteherordnung. Gegen diese Wahl wurde Einspruch erhoben und zwar in einem

ausführlichen Schriftsatz. Der Herr Gemeindevorsteher, der den Einspruch in Empfang nahm, war darüber allem Anschein nach wenig erfreut. Bei dieser Gelegenheit äußerte er Ansichten, die mit dem Gesetze wirklich nicht in Einklang zu bringen sind. Er kündigte dem Beschwerdeführer an, wenn es vor dem Kreisaußschuß zum Prozeß käme, er beantragen würde, daß derselbe vorher die Kosten hinterlegen muß, denn nachher wäre doch nichts mehr zu holen! Dem Herrn schwebte dabei wahrscheinlich vor, weil bei einigen Privilegierten die Steuern so schwer zu erlangen sind, daß damit auch andere Bürger ähnliche Neigungen an den Tag legen könnten.



**Nach erfolgtem Umbau**

erstrecken sich meine bedeutend vergrößerten Verkaufsräume auch über die ganze erste Etage, deren Eröffnung heute stattfindet mit der FRÜHJAHR - AUSSTELLUNG FERTIGER Herren - Bekleidung

Durch deren Herstellung im eigenen Betriebe, durch Einkauf der Stoffe und Zutaten unter Umgehung des Zwischenhandels direkt in den Fabriken, bin ich in der Lage ein qualitativ hervorragendes Kleidungsstück, als vollwertigen Ersatz für Maßbekleidung unvergleichlich preiswert zu liefern. — Besondere Sorgfalt soll in den neuen Räumen der

**Anfertigung nach Mass**

gewidmet werden, die ersten Meistern unterstellt ist, und von langjährig bewährten Arbeitskräften ausgeführt wird. Zu diesem Zwecke ist mein Lager englischer und deutscher Stoff-Neuheiten besonders reichhaltig gestaltet worden.

Bedeutend vergrößert ist mein Lager fertiger Knaben-Bekleidung

Neu aufgenommen: Herren-Artikel in grosser Auswahl. Hüte, Wäsche, Krawatten, Hosenträger

**Gottlieb Weiss**

Schöneberg, Hauptstrasse 161 Ecke Stubenrauchstrasse u. Kaiser-Friedrichstrasse

**Toupets, Locken, Zöpfe**

billigste Bezugsquelle. Nur reelle Ware.

O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3. Bekannt als beste und billigste Bezugsquelle für Herren-Hüte in jeder Preislage. Radloff, Charlottenburg, Berliner Str. 51. Gegründet 1878.

**Blitz-Briketts**

von stannenerregender Heizkraft, 100 Stück ab Lager meiner Filialen 78 Pf., frei Haus 90 Pf. für 10 Pf. 13 Stück. Bernhard Raaber, Zaughofstr. 21.

Damentaschen Schulmappen Einzelverkauf direkt in der Werkstatt. E. Dietrich Warschauer Str. 86, an der Frankf. Allee.

Ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gebirgter Arbeit empfiehlt. Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simeonstr. 10. Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste

Achtung, Hausfrauen! Wir empfehlen heute, Sonnabend, von 5 Uhr ab unsere anerkannt feinste warme Delikateß-Grüdwurst a Pfd. 65 Pf. Berliner Wurst- u. Fleischwarenfabrik, Petersburger Platz 8.

Wäsche, Trikotagen Schneiderei - Artikel Neu aufgenommen: Bettfedern. Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25 Ecke Samariterstraße.

Für das Frühjahr:

**Jackett-Anzüge:**  
24<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> 34<sup>50</sup> 38<sup>50</sup> 42<sup>50</sup> M.

**Moderne Ulster:**  
25<sup>50</sup> 30<sup>50</sup> 34<sup>00</sup> 36<sup>00</sup> 42<sup>50</sup> M.

**Mod. Paletots:**  
24<sup>50</sup> 27<sup>50</sup> 30<sup>00</sup> 36<sup>00</sup> 42<sup>00</sup> M.

Verlangen Sie bitte den neuen Katalog für Massanfertigung porto- und kostenfrei!

**M. Schulmeister,**  
Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Konfektion,  
Berlin, Dresdenerstr. 4, Kottbuser Tor.

Charlottenburg  
F. Kunstmann Wallstr. 1  
Medizin. Uhren u. Goldwaren

**Hüte** in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher, Prinzenstr. 57, an der Fahrgeld wird vergütet.

**Schweinefleisch - Woche!**  
Schweinefleisch u. Schmalz . . . 65 Pf.  
Bauch, Rücken, Vieren . . . 60 Pf.  
Stamm und Schmalz . . . 70 Pf.  
Kotelettschmalz . . . 75 Pf.  
Kahler-Stamm u. Schmalz . . . 70 Pf.  
Kotelettschmalz . . . 75 Pf.  
Schweinefleisch . . . 30 Pf.  
5 Pfd. gemischte Wurst . . . 3 u. 4 Pf.  
Tee-Veredelung pro Pfund 1,05 Pf.

**Lübower Str. 5a**  
am Rathaus

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**

Berlin C. A. Sahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
W. G. Schmidt, Reichshofstr. 14.  
O. H. Gadelbusch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenickerstr. 8. R. Wenzel, Gr. Frankfurter Str. 120.  
NO. 2. Nacht, Annamüllersstr. 12. A. Reul, Bornimstr. 42.  
N. 23. Baumann, Bernauer Str. 9. R. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl Mars, Lohener Str. 123. Karl Weiche, Kazaretschstr. 49. G. Vogel, Vorplatzstr. 37. H. Tiesch, Invalidenstr. 124. S. Dechand, Rubeplatzstr. 24.  
NW. Karl Anders, Salzweidenerstr. 8. Wiedert, Gohlfeldstr. 29.  
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72. Tachn, Hagelberger Str. 27.  
S. St. Fris, Prinzenstr. 31. F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Langer Platz 14/15. P. Horich, Engelauer 15. Adlershof, Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9. Baumschulenweg, G. Hornig, Marienbaderstr. 13. L. Horschwalde, Paul Kienast, Rauschstr. 10. Charlottenburg, Gustav Zahnberg, Seidenheimer Str. 1. Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18. Grünau, Franz Klein, Behnhofstr. 6. III. Johannisthal, Weidner, Kaiser-Wilhelm-Platz 4. Karlshorst, Richard Küter, Röhlfstr. 9. II. Köpenick, Emil Wöhler, Riegestr. 6. Loden. Liechtenberg, Otto Zeitel, Kronprinzstr. 4. I. Nieder-Schöneeweide, Max Brühl, Brühl Str. 14. II. Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7. Ober-Schöneeweide, Alfred Haber, Wilhelmminnenhofstr. 17. II. Pankow, Otto Rühmann, Mühlentstr. 30. Reinickendorf, B. Gurisch, Provingstr. 58. Loden. Rixdorf, W. Reinrich, Redachtstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50. C. Rohr, Siegfriedstr. 29/29.  
Rummelsburg, A. Roienhaus, III. Vorhang 56. Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 51 im Laden. Spandau, Köppen, Brechtstr. 64. Steglitz, G. Bernsee, Schloßstr. 119. Tempelhof, Albert Thiel, Berliner Str. 41/42. Treptow, Robert Gramenz, Nieboisstr. 412. Laden. Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Thausen 39a. Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 28, Hof parterre.

# Damenmäntel-Fabrik Paul Ginck Rixdorf, Reuterstr. 63

an der Kaiser-Friedrich-Strasse

**Moderne  
Frühjahrs-**

**Kostüme  
Mäntel  
Jackette  
Kimonos  
Röcke**

## Meine Fabrikate

sind bekannt reell  
Tadellos im Sitz  
Sauber gearbeitet

Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete ausserordentlich billig  
♦ ♦ **Maass-Anfertigung** ♦ ♦

## Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knabenbekleidung  
fertig und nach Maß.

### Einsegnungs-Anzüge

in gutem, tief schwarzem Cheviot, Satin-Kammgarn und Tuch-Kammgarn  
Moderner, eleganter Schnitt

Schwarzer Cheviot, sehr solide und haltbar	Hochfeines schwarzes Rips-Kammgarn von feinem Rips
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 11.- 12.- 13.- 14.- 15.-	Anzug 19.- 20.- 21.- 22.- 23.-
Schwarzes Satin-Kammgarn, sehr solide	Hochfein schwarzes Tuch-Kammgarn, sehr solide Qualität
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 13.- 14.- 15.- 16.- 17.-	Anzug 21.- 23.- 25.- 27.- 29.-
Gutes schwarzes Satin-Kammgarn, sehr zu empfehlen	Sehr elegantes schwarzes Tuch-Kammgarn, Ersatz für Maß
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-	Anzug 23.- 25.- 27.- 29.- 31.-
Sehr gutes, fein geripptes Satin-Kammgarn	Hochfein schwarzes Tuch-Kammgarn, beste Qualität, Ersatz für Maß
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 17.- 18.- 19.- 20.- 21.-	Anzug 25.- 27.- 29.- 31.- 33.-
Beste blauer Melton-Cheviot, haltbare solide Qualität	La blancs Kammgarn, beste Verarbeitung u. Zutaten, vollkomm. Ersatz für Maß
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 16.- 17.- 18.- 19.- 20.-	Anzug 23.- 24.- 25.- 26.- 27.-

### Prüfungs-Anzüge

in aparten modernen Stoffarten, neueste Moden, moderner Schnitt

13.- 14.- 15.- 16.- 17.- 18.- 19.-  
20.- 22.- 24.- 26.- 28.- 30.- 32.-

Der neue reich illustrierte Pracht-Katalog mit Angaben der neuesten Moden für Frühjahr und Sommer ist erschienen. — Zusendung erfolgt auf Wunsch kostenlos.

Möbel-  
Kredit

Kredit an  
Jedermann

## J. Ostrowski jr.

(am Frankfurter Tor) Gr. Frankfurter Strasse 1 (vis-à-vis dem Memeler Park)

### Grösstes Möbel-Kaufhaus des Ostens

### mit Kredit-Bewilligung

### Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Spezialität:

### Ein- u. Zwei-Zimmer-Wohnungen

### Anzahlung von 15 bis 30 Mark an

Grosse Auswahl

### Schlafzimmer □ Speisezimmer

### Herrenzimmer □ Farbige Küchen

### Bequeme Teilzahlungen

Kulant

Reell

Berliner Str. 54-55 **H. Joseph & Co. Rixdorf** Berliner Str. 54-55

**1 Waggon Zündhölzer Paket 15<sup>8</sup>**

Um die Vorteile dieses Angebotes unserer w. Kundschaft bieten zu können, verkaufen wir, soweit der Vorrat reicht, bei Einkäufen von je 1 Mark ein Paket Zündhölzer zu 15 Pf.

Heute Sonnabend: **Extra billige Angebote in Lebensmitteln.**

**Gratis:** Probe-Ausschank von Bouillon-Würfel Marke „Krone“.

Heute und folgende Tage **Ausnahme-Preise:** Glas, Porzellan, Steingut.

Partei-Angelegenheiten.

Auf die morgen stattfindenden Volksversammlungen anlässlich des Frauentages machen wir hierdurch nochmals aufmerksam und erwarten, daß die Genossen, besonders aber die Genossinnen, für lebhaftesten Besuch agitieren.

Der Aktionsausschuß. Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt, 3. und 4. Abteilung. Sonntag, den 19. März, abends 6 Uhr, im „Rehpalast“, Alexandrinenstraße 110, Märzfeier, unter freundlicher Mitwirkung des Friedrichshain. Männerchors. Gedendruck: Heinrich Ströbel. Eintritt 20 Pf.

Rege Beteiligung erwarten Die Abteilungsleiter. Groß-Lichterfelde. Der Bildungsausschuß veranstaltet heute, Sonnabend, den 18. März, abends 9 Uhr, im Restaurant Wahrensdorf, Vankesstr. 22, eine Märzfeier, bestehend aus Vortrag, Rezitation und Chorgesang. Eintritt frei!

Lichtenberg. Heute, Sonnabend, den 18. März, findet das Stiftungsfest des Bezirks Lichtenberg im Etablissement von P. Schwarz, Mollendörstr. 25/26, statt. Da das Programm hervorragende Kunstkräfte aufweist, wird auf ein zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen geredet. Willkürs sind bei familiären Gruppen- und Bezirksführern zu haben.

Johannistal. Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Vieler, Friedrichstr. 6, Tagesordnung: Leichter Vortrag des Genossen Groger über: „Die Programme der politischen Parteien“. Sonntag mittag 1/2 Uhr treffen sich die Genossinnen und Genossen bei Artner, Kaiser-Wilhelmstr. 48 und besuchen die Versammlung in Adlershof. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Heute, Sonnabend, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in „Wilhelminenhof“ eine Märzfeier des Wahlvereins statt. Die Feitrede hält Genosse Karl Barmuth.

Zehlendorf (Wannseebahn). Die Parteigenossen und Genossinnen versammeln sich morgen, Sonntag mittag 1/2 Uhr, bei Wilh. Schulz, Keltomer Straße, um gemeinsam die Versammlung in Lichterfelde (Kaiserhof, Arnoldplatz) zu besuchen. Der Vorstand.

Schmargendorf. Morgen, Sonntag vormittag 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung vom Lokal von Köpfer, Spandauer Straße 40 aus.

Mariendorf. Heute abend feiert der Wahlverein in den Räumen bei Preuß, Kurfürstenstraße, sein Stiftungsfest, verbunden mit Märzfeier. Ein gut gewähltes Programm verspricht einen angenehmen Abend. Am Sonntag mittag 1/2 Uhr pünktlich Treffpunkt Bahnhof Mariendorf.

Adlershof. Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Kaul, Wisnarsstr. 10: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht der Gemeindevorteiler und Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevwahl. Der Vorstand.

Karlshorst. Abmarsch zur Frauentagsdemonstration am 13. Uhr vom „Fürstend.“, Inh. Bartels, nach Oberschöneweide.

Neuenhagen, Bruchmühle, Eggersdorf, Frederdorf, Petershagen. Sonntag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung in Neuenhagen bei Wörmann. Der Bezirksleiter.

Niederschönhausen-Nordend. Heute, Sonnabend, den 18. März, hält der Wahlverein im „Lindengarten“, Lindenstr. 43, eine Märzfeier ab. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt für Mitglieder und deren Wäite frei.

Die Genossinnen und Genossen, die am Sonntag, den 19. März, an der Versammlung in Panfow teilnehmen, treffen sich bei schönem Wetter an der Kirche um 1 1/2 Uhr mittags, bei schlechtem Wetter im Restaurant von Niedemit. Die Bezirksleitung.

Regel. Zu der heute abend stattfindenden Märzfeier sind Eintrittskarten am Eingang des Saales zu haben. Am Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Julius Klippenstein, Spandauer Straße 4: Mitgliederversammlung. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Märzereinerungen.

Es war vor vielen Jahren — ich war noch Lehrling —, als mich mein Lehrmeister zu dem Eigentümer eines Hauses in dem ältesten Teile Alt-Berlins schickte, um die morschen, vom verflochtenen Winter wieder arg mitgenommenen Fenster in ihrem aussichtslosen Kampfe gegen den nagenden Zahn der Zeit durch einen neuen Anstrich zu unterstützen. Cines Tages — es war der achtzehnte März — klopfte ich an eine der Inarrenden schiefen Türen des Dachgeschlosses und trug der öffnenden alten Frau den mir gewordenen Auftrag mit der Bitte um Einlass vor. Vereinstwillig gewährte sie mir den Zutritt. Die Zeit schien an der Tür dieses Stübchens Halt gemacht zu haben. War auch das Haar der Bewohnerin weiß, die Gestalt gebeugt, so verrieten die großen, lebensvollen Augen noch so gar keine Spur der sonst in diesem Alter eintretenden geistigen Mäßigkeit. Ich fühlte: diese Frau lebte ein starkes Innenleben; welche machtvollen Erinnerungen mußten es sein, die diesen Geist so wenig von seiner jugendlichen Schmiegsamkeit einbüßen ließen? —

Meine Arbeit war bald beendet, und es war auch gerade Mittag, als ich mich anschickte, das Stübchen der Greisin zu verlassen, da fiel mein Blick auf ein paar Stiche, die, in für jene Stilepode typische Rahmen untergebracht, von außergewöhnlicher Kraft in der Behandlung des Objektes waren. Da ich selber in meinen Ruhestunden etwas radierte, hat ich, mir die Bilder näher ansehen zu dürfen. Ein Leuchten ging über das Gesicht der alten Frau. Wir kamen ins Gespräch. — und sehen Sie, das ist er selbst. Wir hatten uns verlobt, da brachte er die beiden Bilder mit. Ja, ja, junger Mann, ich war auch mal jung und vielleicht auch etwas schön,“ fügte sie mit einem leisen ironischen Lächeln hinzu. „Das Mädchen dort, das bin ich. — Eigentlich war er Muster-maler; verdiente auch genügend Geld, so daß wir daran dachten, uns im Sommer achtzehnhundertunddunndvierzig zu verheiraten. Ja, ja, der Feuerkopf: Ich verstand ihn damals noch nicht recht; war oftmals recht böse auf ihn, wenn er zu den Versammlungen in den Zelten ging. Glaubte ich doch manchmal berechtigten Grund zu der Annahme zu haben, daß ihm die Politik, seine Bücher, die Sie dort sehen sehen“ — dabei zeigte sie auf ein Bücherbrett, das aber bedeutenden Buchwuchs aus der Neuzeit erhalten hatte — „mehr wert waren als ich. Machte ich ihm dann darüber Vorwürfe, so setzte er sich zu mir und sprach mir von diesen Dingen mit einer Begeisterung, daß ich froh war, daß er so war und nicht anders. Meine Eltern zuckten darüber die Achsel, sie waren ja auch zufrieden, warum er nicht? — Und wozu das alles, es führte ja doch zu nichts. — Und dann kam jener fürchterliche Tag, wo nach einer bangen Stille die Straßen von Buttdreien widerhallten. Hier in dieser Stube war es, denn damals

wohnten schon meine Eltern hier, als mein Bräutigam heraufgestürzt kam und uns erzählte, was vor dem Schlosse passiert war. Nur Waffen bekommen; Raube für den hinterlistigen Ueberfall. Alles lockte in ihm. Er lief wieder davon. Niemand dachte daran, daß wir ihn nicht wiedersehen sollten. Alles war so überstehend gekommen, daß wir kaum zur Versammlung kamen. —

In weher Erinnerung versunken, blickte die Greisin durch das offene Fenster den in unendliche Fernen dahinziehenden Wolken nach. Wie laut doch die Uhr tickte.

„Und dann haben sie ihn dort draußen am Friedrichshain verscharrt; und hunderte mit ihm. Die Zeit verging, ich wurde alt, und jene Toten dort am Friedrichshain waren bald vergessen. Erst erschien es, als sollte es anders werden, aber nicht lange, da wurde es noch schlimmer wie zuvor.“

Meine Eltern waren auch bald gestorben; ich hatte auch sie gern gehabt, aber ich weiß nicht, es ist ganz etwas anderes, wenn ich einen Bergleich ziehe zwischen ihnen und meinem Freund. In den letzten Jahren ist es mit den Märzgefallenen so ganz anders geworden; da gehen soviel Arbeiter hin, und die Sozialdemokraten legen Kränze mit roten Schleifen auf die Gräber, daß unserinem alles so fremd wird. Das Andenken an meinen lieben Toten verändert sich; er wird mir jetzt so fern, so groß. Wenn ich offen sein soll, ich bin doch recht stolz auf ihn; es muß etwas Großes gewesen sein, wofür er gestorben ist, daß es so viel freiwillige Teilnahme und Verehrung noch jetzt erregt. Ich glaube nicht, daß an dem Todestage jenes Mannes, auf dessen Veranlassung sie nieder-kartiert wurden, auch so viel Menschen in schwer Verehrung zu seiner Grabstätte gehen. Vielleicht ist das auch eine Vergeltung. —

Und merkwürdig: ich, der weder einen Freund, noch Eltern hatte, die mich verstanden, ich teilte der fremden Frau meine Pläne, Hoffnungen und Ansichten mit. Wahrlich, nichts war dem damals noch led ins Leben stürmenden Arbeiter-jungen zu hoch, als daß er nicht led die Hand danach ausstreckte.

Einige Jahre legte ich am „Achtzehnten“ im Auftrage der alten Dame einige Frühlingsblumen auf das gleich links am Eingang liegende Grab des Mustermalers.

Und dann kam jener März morgen, an dem sich die milden Augen meiner Freundin für immer schlossen. Durch eine Nachbarin hatte sie mich am Abend vorher rufen lassen. Stunde um Stunde verrann. Die feberglühenden Lippen der Sterbenden malten die Bilder einer glücklichen Jugendzeit. Doch gegen Morgen wurde sie ruhiger; das Bewußtsein schien wieder zurückgekehrt zu sein, als sie mich bat, das Fenster zu öffnen. Weiße, zarte Schleier entstieg dem Boden eines gegenüberliegenden früheren Friedhofes. Der östliche Himmel erglühete in strahlendem Lichte. Noch war die Leben spendende Sonne nicht zu sehen. Nur unten von der Straße ließen sich dann und wann eilige Schritte vernehmen. Da stimmte ganz leise und schüchtern eine Drossel in dem fahlen Gezweig des Friedhofes ihr Lied an. Von irgendwo hallte eine Antwort herüber und, immer kräftiger werdend, schmetterte sie nun ihre Liebes- und Jubelarie dem ewigen Lichte entgegen. —

„O, es wird so kalt; ich kann die Morgenluft nicht mehr vertragen. Ich habe nun noch eine Bitte an Sie. Es geht zu Ende. Damals, als mein Freund auf dem Schloßhof lag, sang man einen frommen Choral. Ich habe seitdem viel an mir vorüberfließen gesehen. Auch Sie haben mir viel von Ihren Idealen erzählt; ich verstehe diese Sprache nicht mehr, aber Ihre Begeisterung, das Kampfesfeuer, das Sie und Ihre Freunde befeuert, und vor allem jenes Lied, das man damals, im vorigen Jahre, sang, als die Arbeiter durch die Straßen zogen, das alles gibt mir das Gleichgewicht, die Gewißheit an den Aufstieg der Menschen. Nun setzen Sie sich an unser Spinett und spielen Sie mir Ihr Lied. Sie wissen doch welches? —

Es wurde mir schwer, die Fassung zu bewahren. In den leisen Harfentönen des altmodischen Tafelklaviers erfüllten die Rhythmen der Marxellaise das kleine Stübchen.

Und dort im Bett war es still geworden. —

Die „Lieblichkeit“ der Berliner Kriminalpolizei. Kriminalkommissar Klinghammer veröffentlicht im „Hochblatt“ die „Polizei“ einen längeren Artikel „Kriminalpolizei und Verbrechertum“, und der Berliner Lokal-Anzeiger, der nach solchem Stoff stets mit beiden Händen greift, um sich am Alexanderplatz noch mehr „Liebes Kind“ zu machen, druckt die Schilderung nach. Der Artikel enthält im wesentlichen lauter alle Polizeiklammern mit Anklang an verbrecherische Ereignisse aus neuerer Zeit. Daß sich auch das Verbrechertum in der Weltstadt gemauert hat und statt mit Wallon-nische und halbseidenem Anstrich in Lat und Claque einbergeht, ist allbekannt. Leider hat sich die Polizei nicht auch gemauert. Sie läßt an Rückständigkeit nichts zu wünschen übrig. Von Interesse sind nur drei eingestreute Bemerkungen, mit denen der Verfasser seine Arbeit würgt. So heißt es an einer Stelle:

„Bei aller Unfreundlichkeit, die debakulierweise gegen die Polizei im allgemeinen besteht, erfreulich der Kriminal-beamte bei seinen Nachforschungen, insbesondere bei den die Öffentlichkeit interessierenden Kapitalverbrechen, einer gewissen Lieblichkeit beim Publikum. Mander macht ihm „heimlich“ bemerkenswerte Mitteilungen mit der Bitte, ihn nicht zu benennen, da er nichts „mit dem Gericht“ zu tun haben wolle.“

Ach nein, Herr Kommissar. Das verhält sich doch wohl etwas sehr anders. Bei heimlich Angaben macht und mit der Behörde nichts zu tun haben will, der bemisst damit den Drang, ein Verbrechen geführt zu sehen, will aber den bekannnten Polizeibereichen und der Möglichkeit aus dem Wege gehen, daß er vielleicht noch in Angelegenheiten wegen solcher Anschuldigung kommt. Wie man daraus eine „gewisser Lieblichkeit“ herleiten kann, ist uns wirklich nicht recht klar. Seitdem noch dazu der geniale Herr von Jagow am Ruder ist, machen neunzig Prozent der Berliner Bevölkerung um alles, was Berliner Polizei heißt, einen großen Vogen.

Herr Klinghammer erwähnt sodann die ebenfalls allbekannte Tatsache, daß Polizeibeamte sich vielfach in Verkleidung bewegen, über die aus nabellegenden Gründen näheres nicht gesagt werden könnte. Als Kuriosum wird bemerkt, daß „vielfach andere Polizeibeamte den als „Strolch“ verkleideten Kriminalbeamten für den Verbrecher hielten und den wirklichen Verbrecher als „Besser-gesellenden“ aus den Händen des Beamten befreiten.“ Das ist nur ein neues Unfähigkeitszeugnis. Hat denn der Polizei-„Strolch“ nicht seine Erkennungsmarke in der gerulmpften Westentasche? Ueber die Art der Verkleidung könnte Herr Klinghammer ruhig aus der Schule plaudern. Wie wenigstens wissen sehr genau, unter welcher Maske sich Polizeigenossen in unsere politischen Versammlungen und in die Wahlvereine einschleichen.

Bemerkenswert ist endlich die Erwähnung, daß im Jahre 1910 bei Razzien von Patrouillenbeamten tausend Personen wegen Obdachlosigkeit aufgegriffen und dem Polizeigewahrsam zugeführt worden sind. Gegen solche armen Kerl ist der Polizeikampf, besonders

wenn er mit Hilfe von Polizeihunden geführt wird, nicht schmer. Herr Klinghammer hätte lieber verraten sollen, wieviele Verbrecher im Jahre 1910 nicht gefast worden sind. Das würde vielleicht der Zahl tausend sehr nahe kommen.

Ueber eine bevorstehende Einigung zwischen Stadt und Straßenbahn brachten gestern „Lokal-Anzeiger“ und „Tag“ nähere Mitteilungen, in welchen genau die Bedingungen angegeben waren, die der Einigung zugrunde liegen. Dem gegenüber wird aus dem Rathaus berichtet:

„Der „Lokal-Anzeiger“ und der „Tag“ bringen in ihrer Morgenausgabe die Nachricht, daß eine Einigung zwischen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn erzielt sei und daß der Magistrat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Beratung des Vertragssentwurfes befaßt würde. Diese Mitteilungen beruhen auf Erfindung. Ueber ist der Magistrat mit einem solchen Vertragssentwurf befaßt worden, noch haben die Verhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahn bereits zu einer vollständigen Einigung geführt. Auch die in dem Artikel gegebene Darstellung der angeleglichen Grundlagen der angestrebten Verständigung entspricht nicht den Tatsachen.“

Der alte „Botanische Garten“ an der Potsdamerstraße, dessen Verwanlung in einen öffentlichen Park der Stadt Berlin ein bißchen lange auf sich warten läßt, soll einen neuen Namen erhalten. In der letzten Sitzung der Parbdeputation wurden für die beabsichtigte Umlaufung verschiedene Vorschläge gemacht: angeregt wurden die Bezeichnungen „Kleistpark“, „Gedächtnispark“, „Berliner Bürgerpark“. Der Name „Kleistpark“, der im Hinblick auf die bevorstehende hundertste Wiederkehr des Todestages des Dichters Heinrich von Kleist vorgeschlagen wurde, fand schließlich allgemeine Unterstützung. Von einer Beschlußfassung wurde aber zunächst noch abgesehen. Dossentlich kommt die Deputation nicht noch nachträglich auf die Idee, dem Magistrat doch lieber die Bezeichnung „Gedächtnisgarten“ zu empfehlen. Was hat mit diesem Park, den die Stadt dem königlich preussischen Fiskus teuer hat abkaufen müssen, die Gattin des Kronprinzen zu tun?

In dem Bericht über die Stadtverordnetenversammlung heißt es in den Darlegungen des Genossen Leid über das Vorkindulwesen, daß in 492 Klassen 90 100 Kinder sich befinden. Diese Ziffer ist auf einen Hörschüler des Berichterstatters zurückzuführen; es handelt sich um 19 100 Kinder.

Die helfende Polizei. In Nr. 62 teilten wir mit, daß ein Zeitungshändler F. in der Nacht vom 1. zum 2. März in der Landbergerstraße hilflos aufgefunden, durch einen Schuttmann nach der Rettungswache in der Reibelstraße gebracht und von dort als „Betrunkener“ dem Polizeigewahrsam im Präsidialgebäude am Alexanderplatz zugeführt worden war. Die Angehörigen des alten Mannes hatten nach ihm gesucht und schließlich am 4. März auch die Polizei von seinem Verschwinden in Kenntnis gesetzt, aber erst am 6. März konnte auf Grund der polizeilichen Ermittlungen ihnen der Bescheid gegeben werden, daß er schon seit dem 2. März sich im Virochowkrankenhaus befand. Die Polizei selber hatte ihn dem Krankenhaus überwiefen, nachdem er im Polizeigewahrsam am Morgen des 2. März als hilflosbedürftig erkannt worden war und ein herbeigerufener Arzt eine durch Schlaganfall verursachte Lähmung festgestellt hatte. Heute haben wir mitzuteilen, daß Herr F. im Virochowkrankenhaus inzwischen verstorben ist.

Im Anschluß hieran wiederholen wir die schon in Nr. 62 aufgeworfene Frage: Warum wurde der angeblich „betrunkene“ Mann dem Polizeigewahrsam zugeführt? Nach den Vereinbarungen zwischen Magistrat und Polizeipräsidium hätte er entweder einem Krankenhaus überwiefen oder bis auf weiteres auf der Rettungswache behalten oder nach seiner Wohnung gebracht werden müssen. Seine Wohnung konnte bekannt sein, denn er hatte Legitimationspapiere mit Adresse bei sich, die von seinen Angehörigen im Krankenhaus bei ihm vorgefunden wurden. Die Polizei allerdings hat den Angehörigen erst am Abend des 6. März mitzuteilen vermocht, wo der Kranke geblieben war, den sie selber in der Nacht des 1. März samt seinen Legitimationspapieren in Gewahrsam genommen und am 2. März samt seinen Legitimationspapieren dem Virochowkrankenhaus zugeführt hatte. Daß die Polizei über das ganze Vorkommnis schweigt, wundert uns nicht. Aber will nicht der Magistrat sich darüber äußern, warum die zwischen ihm und dem Polizeipräsidium getroffene Vereinbarung hier nicht inne gehalten worden ist?

Eine Millionärin aus der Maison de santé entflohen. Die Bekannte Schöneberger Privat-Irrenanstalt hat mit Millionärinnen entflohen. Ende vorigen Jahres wurden hier, wie wir berichteten, zwei schwerere Damen interniert. Davon ist die eine, eine 78jährige Rechtsanwältinwitwe, wenige Wochen später in der „Schulhaas“ der Anstalt gestorben. Die andere, ein dreißigjähriges Fräulein Anna Kollé, ist nun nicht etwa auch gestorben, sondern sehr lebendig geworden, nämlich entflohen. Die Entflohenen befindet sich außerhalb der ungesicherten schwarzweißen Grenzspähle in Sicherheit.

Schwer verletzt wurde am gestrigen Freitag mittag die 21jährige Verkäuferin Hedwig Wischmann, Tiffler Straße 85 wohnhaft. Vor dem Hause Königsberger Straße 85 stieß das Gefährt eines Korbwarenhandlers aus der Müllerstraße mit einem Bierwagen zusammen. Bei dem Anprall zerbrach der Scheerbaum des Korb-wagens und das Pferd, das durch die Deichsel des Bierwagens an der Brust verletzt worden war, stürzte in rasendem Tempo die Königsberger Straße entlang nach der Frankfurter Allee zu. Vor dem Hause Frankfurter Allee 83 riß das Tier die Verkäuferin Hedwig Wischmann um und stürzte über sie hinweg. Dabei erhielt das junge Mädchen einen Hufschlag gegen den Kopf, sodah sie außer einer Gehirnverletzung eine klaffende Wunde unterhalb des linken Auges davontrug. Fräulein W. wurde nach der Unfallstation in der Warschauer Straße gebracht und von dort aus in bedenkliehen Zustande nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt. Das Pferd raste durch die Gasse eines Fuhrwarengeschäfts in dem Hause Frankfurter Allee 85, stieß zum Entsetzen der im Laden befindlichen Verkäuferinnen gegen den Ladentisch und gewann dann durch eine Glasür, die auf den Haus-sur führte, das Freie. Auf dem Hofe brach das Tier, das durch die Glaszerberben zahlreiche Schnittwunden erhalten hatte, jedoch zusammen und mußte von der Wobereier fortgeschafft werden.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich am gestrigen Freitag vormittag gegen 10 1/2 Uhr in der Eeststraße. Dort wollte der Kaufmann Alfred Heschel, Eeststraße 64 wohnhaft, einen Straßenbahn-wagen besteigen. Als er auf dem Perron stand, verlor er jedoch plötzlich das Gleichgewicht und stürzte rückwärts von dem Wagen herab. Mehrere Passanten schafften den ledlos auf dem Boden Liegenden nach der Unfallstation in der Lindower Straße, wo der Arzt feststellte, daß H. einem Herzschlage erlegen sei. Die Leiche wurde nach dem Spandauer Hof übergeführt.

Dyfer des Verlehrs. Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich Donnerstag nachmittag in der Greifswalder Straße. Dort ver-suchte vor dem Hause Nr. 80 der Kaufmann Wilhelm Voegelski aus der Jablonskistr. 4 einen Straßenbahnwagen der Linie 62 während der Fahrt zu verlassen. Beim Abspringen strauchelte er und stieß mit dem Kopf gegen einen in diesem Augenblick vorüber-fahrenden Arbeitswagen und wurde mit solcher Gewalt zurück-geschleudert, daß er blutüberströmt und bestunmungslos auf dem

**Straßenpflaster liegen blieb.** Der Verunglückte, der eine schwere Gehirnerschütterung und mehrere flache Kopfwunden erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

**Unfall am Ostbahnhof.** Ein Betriebsunfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern vormittag auf dem Ostbahnhof ereignet. Dort war gegen 11 Uhr der dreißigjährige Bahnarbeiter Robert Heidrich aus der Lütticherstr. 19 mit dem Anstreichen einer Lokomotive beschäftigt. Als er von der Maschine auf den Tender kletterte, glitt er aus und stürzte kopfüber in einen daneben befindlichen Reparaturschacht. Vermunungslos wurde der Verunglückte von Bahnbeamten herausgezogen und nach der Unfallstation in der Warschauerstraße gebracht, wo er kurz nach seiner Einlieferung an den Folgen des erlittenen Schädelbruchs starb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe überführt.

**Drogisten und Apotheker.** In der letzten Plenarsitzung der Drogisteninnung, der über 600 Drogengeschäfte Berlins und der Vororte angehören, wurde der Beschluß gefaßt, zu Heilzwecken nur solche Ware zu verkaufen, die den Ansprüchen des kürzlich zur Ausgabe gelangten Deutschen Arzneibuches entspricht. Veranlaßt zu dieser Selbstverpflichtung wurden die Mitglieder durch das Vorgehen des Wirtschaftsbereichs Deutscher Apotheker, der zu agitatorischen Zwecken wiederholt die Behauptung aufstellte, daß die Waren der Drogengeschäfte an Güte denen der Apotheken zurückstehen.

**Die Neue freie Volkshöhle** hielt Donnerstag in der Neuen Philharmonie die Generalversammlung der Kaufmännischen ab, die einstimmig den Antrag des Vorstandes annahm, das neue Volkshaus am Bülowplatz im ehemaligen Scheunenviertel zu errichten. Das Terrain wird nunmehr erworben und der Bau durch Baumeister Kaufmann, dem Schöpfer des Sebbeltheaters, errichtet werden.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Sonntag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engländerstr. 15: Ludwig Thoma - Abend. Vortrag: Friedrich Stampfer. Rezitation: Fritz Richard vom Deutschen Theater; Lantje Frieda. - Sausubengeschichten. - Kohlenwagen. - Rede des bayrischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Sebastian Hilger. - Ueber die Kunst. - Der Krieg. - Ueber Preußen. - Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Dachstuhlbrand in Berlin N.** Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte die Feuerwehr gestern früh in der Chorinerstraße 28, im Norden Berlins. Das Feuer war erst spät bemerkt worden, sodaß bei Ankunft der Löschzüge der Dachstuhl des Hauses fast in ganzer Ausdehnung schon in Flammen stand. Um die Nachbargebäude zu schützen, ließ Brandinspektor Wende sofort mit drei Schlauchleitungen Wasser geben. Die Löschmannschaften drangen über eine mechanische Leiter und über die Treppen hinweg gegen den Brandherd vor, doch wurden die Löscharbeiten durch starke Rauchentwicklung sehr erschwert. Es mußte daher auch ein Rauchschutzhelm in Anwendung genommen werden. Während der Ablösung erkrankte der Feuermann Dörfer an den Folgen der Raucheinatmung. Er mußte nach der nächsten Unfallstation geschafft werden, von wo aus er dann nach seiner Wohnung entlassen wurde. Die vollständige Ablösung des Feuers und die Ausräumung der Brandstelle dauerte volle vier Stunden. Der Dachstuhl ist fast völlig zerstört. Ueber die Brandursache konnte nichts ermittelt werden.

**Die Gasvergiftung im Hause Oldenburger Str. 8,** über die wir dieser Tage berichteten, ist nicht in der Wohnung des Droschkenfählers Brandt, sondern in einer anderen Familie des Hauses passiert.

**Zwergengespuk.** Personen, welche gesehen haben, wie am 14. d. M., früh um 7 Uhr, in der Verleberger Straße, Ede Hefzengmeisterstraße, ein junger Radfahrer von einer Autodrolsche überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei M. Wader, Müllerstr. 7a, vorn 4 Treppen, abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Sind Staatsbetriebe wirkliche Musterbetriebe?** Dieses Thema stand auf der Tagesordnung einer am Dienstag im Lokal Spandauer Weg tagenden öffentlichen Versammlung. Wie wichtig das Thema speziell für die Staatsarbeiter ist, bewies die stattliche Zahl der Anwesenden, die den großen Saal bis auf den letzten Platz füllten. Der Redner, Reichstagsabgeordneter Genosse Severing, führte aus: Der stolze Ausspruch: „Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein!“ wurde vor mehr als 20 Jahren getan. Wenn man aber heute, nach so langer Zeit, fragt, ist der Anspruch im Interesse der Arbeiter verwirklicht worden, dann muß man mit einem glatten „Nein!“ antworten. Gewiß sind die Staatsbetriebe Musterbetriebe, aber nur für die Herren Leiter und oberen Beamten. Während diese Herren wiederholt gute Gehaltsaufbesserungen erhalten haben, für sie überhaupt wahre Einkunftsquellen sind, sind die Löhne der Arbeiter jedoch noch genau so miserabel wie früher. Wenn wirklich einmal von den Arbeitern höhere als von der Verwaltung festgesetzte Löhndörner erzielt wurden, sind diese sogar noch herabgesetzt worden. Im Reichstag wird von den Regierungsvorstreitern immer gesagt, es können keine höheren Löhne als in der Privatindustrie gezahlt werden. Dabei vergessen die Herren aber, daß die Privatindustrie, auf die sie soviel Rücksicht nehmen zu müssen glauben, bedeutend höhere Löhne zahlt. Redner ging dann auf die Arbeitsverhältnisse ein. Diese sind genau so schlecht wie die Löhne. In keinem staatlichen „Musterbetrieb“ ist ein Normalarbeitsstag von 8 Stunden eingeführt, im Gegenteil sind die Arbeitszeiten noch länger wie in manchem Privatbetrieb. Die Behandlung der Arbeiter ist ebenfalls eine ganz miserable. Die Herren Vorgesetzten kommandieren und der Arbeiter hat, genau wie beim Militär, zu gehorchen. Zwar werden alle diese elenden Zustände immer und immer wieder von den Vertretern der Sozialdemokratie in den Parlamenten an den Pranger gestellt und Abhilfe verlangt; dies allein genügt jedoch nicht, auch die Staatsarbeiter müßten endlich einmal einsehen, daß auch in ihren Betrieben eine Erleichterung der gewerkschaftlichen Organisation unbedingt nötig ist. Aber nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen, der sozialdemokratischen Parteiorganisation, müssen sich die Staatsarbeiter anschließen, dann werden auch in Preußen-Deutschland endlich andere Einrichtungen geschaffen werden. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Genossen W I I wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

### Schöneberg.

**Arbeiter-Wochen- oder Monatslöhne.** In der letzten Sitzung des Magistratsausschusses zur Neuregelung der Arbeiterverhältnisse wurde über die Frage debattiert, ob es sich empfiehlt, für Arbeiter Wochen- oder Monatslöhne einzuführen. Die Arbeiter haben Wochenlöhne beantragt, bisher bezahnten Tagelöhne. Wie berichtet wird, kam es über das Entlohnungssystem zu eingehenden Erörterungen. Es sollen „Erwägungen“ angestellt und bei Nachbargemeinden noch persönliche Rücksprache genommen werden. Die Frage, ob Tage- oder Wochenlöhne — auf Monatslöhne verzichten die Arbeiter — sollte eigentlich für sozial und gerecht denkende Verwaltungen ohne große Untersuchungen zugunsten der Wochenlöhne entschieden werden. Diese Entlohnungsart ist für Arbeiter bei den heutigen Verhältnissen zweifellos die beste. Sie sichert dem Arbeiter ein regelmäßiges Einkommen und gibt damit die Möglichkeit, einen geordneten Haushalt zu führen. Monatslöhne können bei den relativ niedrigen Lohnsätzen nicht als gut bezeichnet werden. Wichtiger wäre es, wenn der Magistrat anstatt langer Erörterungen und Rücksprachen sich zum System der Wochenlöhne erklären würde und damit den größeren Gemeinden Groß-Berlins mit diesem Entlohnungssystem voranginge. Kleinere Gemeinden — wir nennen nur Adlershof — haben dieses Lohnsystem schon eingeführt. Augenblicklich stehen die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter

Schönebergs unter denen verschiedener Nachbargemeinden. Es wird sich auch bei der Frage zeigen, ob der Kommunalburalismus seinen Idealen treu bleiben will oder ob er es vorzieht, im Fahrwasser des verführerischen Berliner Kommunalburalismus zu segeln.

**Die Wiederholung des heiteren Volkunterhaltungsbands** der Stadt Schöneberg findet am Sonntag, den 19. d. M., abends 6 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Velziger Straße, Ede Eisenacher Straße statt. Willets a 30 Pf. sind in der Expedition, Martin-Lutherstr. 51 und im Konsumladen Apostel-Paulusstr. 40 zu haben.

### Rigdorf.

**Ein Straßenbahnunfall,** bei dem ein Kind schwer zu Schaden kam, trug sich vorgestern abend gegen 1/2 8 Uhr vor dem Hause Hermannstraße 222 zu. Dort lief der vierjährige Sohn Wilhelm des Weisstraße 18 wohnhaften Schmiedes Schmolz unmittelbar vor einem in der Richtung nach dem Hermannplatz fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 58 auf das Gleis und wurde, obwohl der Fahrer Gefahrbremse anwandte und Gegenstrom gab, ungerissen. Der Knabe, der unter den Vorderperren, aber vor den Schuttrahmen zu liegen kam, erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes und eine Quetschung des linken Unterarmes. Nachdem dem Verunglückten von einem in der Nähe wohnenden Arzt ein Notverband angelegt worden war, wurde er nach der elterlichen Wohnung gebracht.

**Elternverein für Sport und Wandern.** Am Sonntag, den 19. März, abends 6 Uhr, findet in Doppes Festsaal, Hermannstraße 49 ein Lichtbildvortrag über Wanderungen durch die Mark Brandenburg statt. Vortragender Herr Dr. Krause. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammeln. Parteigenossen und Genossinnen sind mit ihren Kindern hierzu freundlichst eingeladen. Eintritt für Erwachsene 20 Pf.

### Sanktvi.

**Einen herben Verlust** hat unser Wahlverein durch den von der Proletierkrankheit dahingerafften Genossen Paul Dehnst erlitten. Seit Jahren dem Vorstand angehörig, war er einer der nie Rastenden. Er widmete seine ganze Kraft der Sache des Proletariats. Nun hat ihn die tödliche Krankheit uns entzissen. Die Beerdigung findet Sonntagvormittag 3 Uhr vom Friedhof in Gr.-Lichterfelde-Ost, Langestraße, aus statt.

### Lichtenberg.

**Stadtvorordnetenversammlung.** Bei Festsetzung der Baukostenbeiträge für die Ausführung von Regenwasserleitungen in neuen Straßen für das Rechnungsjahr 1911 wurde beschlossen, dieselben auf 40 M. pro laufenden Meter festzusetzen. — Ferner lag ein Antrag des Magistrats gemäß § 53 des Kommunalabgabengesetzes vor, wonach diejenigen nachweisbaren Mehrausgaben einer Gemeinde für das öffentliche Volksschulwesen, welche durch Einwohner erwachsen, die in einer anderen Gemeinde in Fabrikbetrieben usw. beschäftigt sind, von diesen Gemeinden zurückverlangt werden können. Berlin soll mit 120.400,50 M. zu den Schulunterhaltungskosten für 1910 herangezogen werden. Troßdem die Genossen Grauer und Prühl darauf hinwiesen, wie widersinnig es sei, jetzt schon wieder mit einem derartigen Antrag zu kommen, nachdem erst vor kurzem die Frage vom Vorjahr zurückgezogen worden ist. Linere Genossen wiesen weiter darauf hin, daß, wenn Berlin eine Gegenrechnung aufstelle, Lichtenberg zweifellos in gleicher Höhe wieder an Berlin zurückzahlen müsse. Troß alledem stimmten die Bürgerlichen geschlossen für die Magistratsvorlage.

Widmann sollte endlich die definitive Beschlußfassung über die Errichtung eines städtischen Krankenhauses und die Bewilligung der hierfür erforderlichen Baukosten erfolgen. Troßdem nun schon seit dem Jahre 1898 die Frage der Erbauung eines Krankenhauses die frühere Gemeindeverwaltung sowie jetzige Stadterwaltung beschäftigt hat, war man jetzt auf bürgerlicher Seite der Meinung, daß die Vorlage zwecks eingehenden Studiums bis nach der Stadterberatung zurückgestellt werden solle. Nachdem unsere Genossen Prühl, Düwcll und Grauer den Herren eingehend an der Hand der bisherigen Verhandlungen und gefassten Beschlüsse nachgewiesen, daß doch ein nochmaliges Zurückstellen einer Verschleppung gleichkäme, gaben die Herren die ausdrückliche Erklärung ab, daß bestimmt sofort nach Erledigung des Etats über die Krankenhausvorlage entschieden wird. Die Auffassung der bürgerlichen Herren illustrierte Herr Sanitätsrat Dr. Wolf in recht drastischer Weise, indem er u. a. betonte, daß, nachdem es nunmehr 13 Jahre gedauert habe, könne es wirklich nicht auf weitere 2 bis 3 Wochen ankommen. Wenn nach dieser Ansicht auch bei den späteren Beschlüssen verfahren wird, dann allerdings wird der Fortgang des Baues ganz den Vorbereitungen hierzu entsprechen.

**Von regem Interesse für das kommunale Leben** zeugte der große Andrang zu der am Dienstagabend in Paul Schwarz' Konzertgarten tagenden Volksversammlung, in welcher die Genossen Grauer und Prühl referierten. Die engbrüstige Kirchturnspolizei der bürgerlichen Mehrheit in der Frage der Einverleibung Rummelsburgs in Lichtenberg, die heuchlerische Selbstverwaltungsschulskommission bei der vorgeschlagenen Erhöhung des Einkommensteuerverzinses, sowie das plan- und ziellose Verhalten bei der Zweierverbandsfrage, gaben dem Genossen Grauer Gelegenheit zu scharfer Kritik. Den Mangel jeder sozialen Fürsorge, so u. a. die ständelosen Volksschulverhältnisse, die nicht zu rechtfertigende Beschränkung der Weizenzahl des zu errichtenden Krankenhauses und der Umstand, daß im Etat neben den städtischen Werken, die als mickende Kuh benutzt werden, nur zwei Titel figurieren, die Heberbüchse liefern, nämlich der Steueretat und die Friedhofverwaltung, charakterisierte der Redner unter lebhafter Zustimmung der Versammlung. Genosse Prühl beleuchtete dann in eingehender Weise die Nebenart der Bürgerlichen, als seien sie die wirklichen Arbeiterfreunde. Die Ablehnung der Arbeitslosenversicherung, der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises, der Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden für die städtischen Arbeiter, der obligatorischen Gewährung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld sowie der Regelung von Anstellungen- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, die Verhöhnung und Verleumdung der nichtgewerblicher Charakteristiken sie als Erbsünde der Arbeiterklasse. Und doch hätte die „Intelligenz“, „Sparsamkeit“, und der „Fleiß“, womit die bürgerlichen Herren immer prahlen, nicht hingereicht, um aus den einst armen Schladern die heute schwer reichen Leute zu machen, wenn dies nicht der Wienenfleiß der arbeitenden Bevölkerung bewirkt hätte. Die impotente Versammlung gab ihrer Meinung in folgender einstimmig angenommenen Resolution Ausdruck: „Die am 14. März im Lokal des Herrn Schwarz tagende, äußerst zahlreich besuchte Volksversammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem rüchigen, unsozialen Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten. Insbesondere verurteilt die Versammlung die Haltung der bürgerlichen Stadtverordneten zu allen Fragen, welche für die weitere Entwidlung und den Ausbau Lichtenbergs unbedingt notwendig sind. Die heutige Versammlung fordert ganz entschieden den weiteren Ausbau der Volksschule, die Schaffung eines Krankenhauses und einer Volkshausanstalt, Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung und eines kommunalen Arbeitsnachweises, Neuorganisation der Waisen- und Armenpflege und Erziehung der Frauen zu allen kommunalen Ehrenämtern. Die Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Stadtverordneten vollständig einverstanden. Insbesondere erklärt die Versammlung, daß zur Durchführung dieser Forderungen die sozialdemokratischen Stadtverordneten mit Recht für die Erhöhung des Kommunalabgabengesetzes gestimmt haben. Die Versammlung verpflichtet sich, mit aller Energie dahin zu wirken, daß es bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen durch die Sozialdemokratie vertreten wird.“

### Ober-Schönebeide.

**Aus der Gemeindevertretung.** In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Vertretung kam es zu recht lebhaften Aus-

einanderschungen zwischen den Vertretern unserer Partei und den Direktoren der Industriewerke als Vertreter der ersten Wählerklasse. Den Anlaß dazu gaben die von unseren Vertretern gestellten Anträge betr. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweise. Die Begründung, welche die Genossen Nuth und Grunow den Anträgen gaben, war ganz und gar nicht nach dem Herzen dieser Herren. Wenn auch Herr Weierls zur Arbeitslosenversicherung erklärte, daß auch die Fabrikanten der Angelegenheit sympathisch gegenüberständen, so war ihnen doch ein Gemeindevorwaltung unterstellter Arbeitsnachweis ein Stein des Anstoßes. Die Würdigung, die nun die Genossen Nuth und Grunow den Gespinnstereien der Arbeitsnachweise der Arbeitgebervereinigungen mit ihren schwarzen Listen, sowie dem Einstellungs-bureau des hiesigen Nobelwerks, als auch den gelben Gewerkschaften zuteil werden ließen, brachte die Herren vollends in Harnisch. Herr Direktor Engel verlangte für die ehrenträgenden Neuerungen des Genossen Grunow über die selben nach einem Ordnungsruf. Bei dem sich darauf entspannenden Diskurs ereignete sich ein ganz eigenartiger Zwischenfall. Ein ganz unschuldiger Zwischenruf eines Zuhörers, der übrigens von niemand verstanden war, gab dem Gemeindevorsteher Veranlassung, den Rufer mit Aufwand großer Schreie unter Androhung der Polizeigewalt hinauszuweisen; ein Vorgehen, welches Genosse Nuth gebührend feignagelte. Der Herr Vorsteher war anscheinend durch die vorausgegangenen Debatten nervös geworden. Das Benehmen der Herren war überhaupt recht sonderbar. So brachte es der Direktor Benz fertig, dem Genossen Nuth bei seinen Ausführungen Schluß zuzurufen, was ihm allerdings eine Abfuhr eintrug; offenbar verwechselt der Herr die Sitzung mit seinem Kriegerverein. Die Anträge wurden schließlich einem Ausschuss überwiesen.

### Marzgrafriede.

**Sozialdemokraten als Gemeindefürsorge.** Anfang September des vergangenen Jahres wählte die hiesige Gemeindevertretung den Genossen Otto Grahnig zum Gemeindevorsteher, der allerdings — wie in Preußen nicht anders zu erwarten ist — nicht bestätigt wurde. Am Sonntag, den 12. März, hatte die Gemeindevertretung die Wahl von drei Schöffen vorzunehmen. Gewählt wurden die Genossen Richard Kästel, Wilhelm Förster und Gustav Gierz I. Da die Mehrheit der Gemeindevertretung aus Sozialdemokraten besteht, dürfte auch im Falle der Nichtbestätigung der Gewählten durch den Landrat kaum ein anderes Resultat herbeigeführt werden. — wenn wir in Preußen eine Selbstverwaltung hätten. So aber bestimmen letzten Endes die junkerlichen Granden im Lande der „Selbstverwaltung“ und demonstrieren immer aufs Neue dem Volke die Tatsache, daß es eben nur Objekt sein darf, jedoch niemals Subjekt.

### Adlershof.

**Zu unserer gefrigen Notiz:** „An Vergiftungserscheinungen verstorben“, teilen uns die Angehörigen des verstorbenen Eigentümers Mit, daß der Tod durch Herzschlag eingetreten sein dürfte. Zu dieser Annahme neigen die Angehörigen, weil der Verstorbene an Krämpfen gelitten hat und außerdem während von einem nervösen Leiden geplagt war. Das Ergebnis der Obduktion steht noch aus.

**Bermehrung der Gemeindeverordneten.** Der Beschluß der Gemeindevertretung, die Vertretung um drei Gemeindevorordnete zu vermehren, ist nunmehr veröffentlicht. Die Ergänzungswahlen sollen in den nächsten Tagen stattfinden. Die bürgerlichen Parteien, hauptsächlich die Grundbesitzer und Freisinnigen, befinden sich dadurch, daß die Sozialdemokratie sich an der Wahl in allen drei Abteilungen beteiligen will, in der größten Aufregung. Ihr Angstgefühl um Vereinträchtigung ihrer Machtstellung wird in einem Eingangs der „Adlershofer Zeitung“ am besten illustriert: „In der zweiten Abteilung kommt es jetzt darauf an, ob sie der Sozialdemokratie ausgeliefert werden soll oder nicht. Geschieht das jetzt, so ist in sechs Jahren die Mehrheit der Gemeindevorordnete sozialdemokratisch. 2 x 5 = 10 Sitze; gegen 5 (erste Abteilung) + 3 (Schöffen) + 1 (Bürgermeister) = 9 Sitze. Wer das nicht wünscht, muß dafür eintreten, daß möglichst eine Zerspaltung der Stimmen vermieden wird.“ Unsere Parteigenossen werden bei der Wahl ihre Pflicht erfüllen. Öffentlich gelingt es, die zweite Abteilung zum Bestand der Sozialdemokratie zu machen.

### Spandau.

**In eine sehr gefährliche Lage** geriet, so berichtet der „Spand. Anzeiger“, gestern früh eine Arbeiterkolonne in der Nähe des Bahnhofes Spandau-West. Auf dem hochliegenden Bahndamm zwischen Klosterstraße und Bahnhof Spandau-West werden Erdarbeiten und Neubauten von Gleisen ausgeführt. Die dabei beschäftigten Arbeiter, zum größten Teil Polen, sind in mehrere Kolonnen eingeteilt, die unter Aufsicht eines Schachtmeisters stehen. Eine Kolonne von etwa 20 Arbeitern, die am Westende des Bahnhofs arbeitete, war im Begriff, eine 20 Meter lange Schiene über die Gleise zu tragen, als der 6.28 Uhr auf dem Hauptbahnhof fällige Personenzug aus Hannover mit voller Geschwindigkeit durch den Bahnhof und gerade auf die Kolonne zufuhr, die sich mit der schweren Schiene auf dem Gleise befand. Weil die aus dem Westen kommenden Fernzüge bis zur Fertigstellung des Ferngleises noch auf dem Vorortgleise fahren, so war es dem Zugführer erst möglich, die Arbeiter zu sehen, als sich der Zug ihnen auf etwa 50 Meter genähert hatte; er ließ sofort die Dampfpeife ertönen und setzte die Luftdruckbremse in Tätigkeit. Jetzt erst wurde die Kolonne gewahrt, in welcher Lebensgefahr sie schwebte. Während einige vor Schreck im Augenblick nicht wußten, was sie tun sollten, ließen andere die Schiene los und brachten sich durch Seitensprünge in Sicherheit. Als der Zug hielt, lag die Schiene zum Glück so, daß sie kein Unheil weiter anrichten konnte. Von den Arbeitern sind zwei Mann verletzt worden, dem einen sind die Beine gebrochen, der andere hatte eine große Fleischwunde am Fuße; sie wurden von ihren Kollegen ausgehoben, die Wöschung hinuntergetragen und nach dem Schladischen Restaurant gebracht, wo sie bald darauf ärztlichen Beistand erhielten. Später wurden die Verunglückten nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt. Die Schuld an dem Unfall trifft den Schachtmeister, der der Vorschrift zuwider die Kolonne ohne Aufsicht arbeiten ließ. Anfaßt sie durch Hornsignale auf das Rollen eines Juges aufmerksam zu machen, befand er sich in dem kritischen Augenblick bei einer anderen Kolonne. Das Weiterarbeiten wurde vorläufig unterjagt.

### Jugendveranstaltungen.

**Zehlendorf (Wannseebahn).** Heute, Sonnabend, den 18. März, findet abends 8 1/2 Uhr bei M. Med. Karlstraße 12, ein Lichtbildvortrag über: „Eine Wanderung in den kleinen und kleinsten Lebewesen“ statt. Referent: Ewald Fimer.

**Nachdem gemütliches Beisammeln.**

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 19. März, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15-17 und Rigdorf, Bredelstraße: Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Prof. Dr. H. Geirle: „Die Taten der Selbsthilfe“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metastädter** (E. H. Hamburg). Filiale Berlin 3. Heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engländerstr. 15, Saal 1: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 9. Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Piotrowski, Verdingenstraße 14: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 10. Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Haber, Stephanstr. 11: Mitgliederversammlung. — Filiale Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Köpenickerstr. 3: Mitgliederversammlung. — Filiale Rigdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Labbert, Steinstraße 114: Mitgliederversammlung. — Filiale Zehlendorf. Heute, 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Frau Kallies, Berliner Str. 92.



Eleg. Frühjahrs-Kostüm in la engl. Ware  
25<sup>75</sup>



Neuer Paletot in engl. Stoff 130 cm lang  
12<sup>00</sup>



Engl. Kostüm spart und solid  
28<sup>00</sup>



Geschmackv. Paletot in Fantasiestoff mit Seidengarnitur 110 cm lang  
7<sup>75</sup>

Fescher Paletot in engl. Stoff Gürtel-Façon 130 cm lang  
16<sup>75</sup>

# Fünf Gute Gründe

sollten Sie veranlassen, bei der

## HEUTE statt- ERÖFFNUNG findenden

unseres neuen Berliner Geschäftes zugegen zu sein!

Dann würden Sie sich rasch davon überzeugen, eine wie **reiche Auswahl** wir Ihnen bieten, wie **billig** man bei uns kauft, und welche **gute Bedienung** Sie bei uns finden.

Auch geben wir Ihnen auf alle bei uns gekauften Mäntel und Kostüme **ein Jahr Garantie!**

# C. & A. Brenninkmeyer

Berlin C, König-Strasse 33.

Am Alexander-Platz.



